

Konfliktträume

Öffentlicher Raum ist für alle da. Seine Verfügbarkeit und Zugänglichkeit ist jedoch beschränkt durch physische Gegebenheiten, geschriebene und ungeschriebene Gesetze, soziale oder symbolische Schranken, Regeln, Traditionen und Verbote. Wenn unterschiedliche Ansprüche auf ein begrenzt verfügbares Territorium oder den durchlässigen Klangraum der Stadt aufeinandertreffen, ist der Konflikt unvermeidbar. Städtischer Raum ist deshalb immer umkämpfter Raum. Gestritten wird um Deutungshoheit, Zugang, Nutzung, Rechte, Privilegien und Besitz, um die Strassen, den Boden und den Stadtwald. Die Stabilität und Kontinuität einer Stadt stehen in permanent hoher Spannung zum plötzlichen Bruch, zur Diskontinuität und zum Unerwarteten. Die latente Störung des Bestehenden, das Aufbegehren, Neudenken, Aneignen oder Verwerfen, ist konstitutiv für die Stadt.

Aushandlungsraum Hardwald – zwischen Stadt und Land, Waldweide und Industrie

Mirjam Hähnle, Lisa Cronjäger

Der östlich von Basel am Rhein gelegene Hardwald fällt auf der Karte ‹Einzugsgebiet der Hard› von 1941 sofort ins Auge. Eine Schraffur mit weiten Linienabständen hebt den Wald auf der statistischen Karte hervor [31]. Eine breite Umrandung gibt der Waldfläche eine dreidimensionale Erscheinung. Diese visuellen Verfahren rücken den Hardwald in ein besonderes Verhältnis zur Stadt. Jene Gebiete, von denen aus Basler:innen in einer halben Stunde zur Hard gelangen können, werden durch zwei verschiedene Schraffuren markiert: Das geometrische Rastermuster steht für die Erreichbarkeit zu Fuss, die Kreuzschraffur für die Einzugsgebiete der Strassenbahnen. Die Orientierung auf dieser ungewöhnlichen Darstellung des Basler Stadtgebiets braucht etwas Zeit. Das Spalentor sucht man beispielsweise vergeblich. Stattdessen gibt die Kreuzschraffur an dieser Stelle zu verstehen, dass aus der Spalenvorstadt eine Tram in weniger als einer halben Stunde zum Hardwald fährt. Das Gleiche gilt für den Claraplatz oder die Schiffländle. Im Gellertquartier wird der suchende Blick dagegen auf die überdimensional gross skizzierten Konturen eines Spaziergängers gelenkt.

Im ‹Bericht über die beabsichtigte Rodung der Hardwaldung bei Basel›, dem die Karte entnommen ist, bezeichnete die Regionalgruppe Nordwestschweiz der Landesplanungskommission den Hardwald ‹als in nächster Nähe der Stadt gelegenes Erholungsgebiet›, das einen grossen Einfluss auf die Lebensqualität der Basler Bevölkerung habe.¹ Damit verdeutlichten die Ingenieure, Architekten und Förster der Planungsgruppe die zentrale Bedeutung des Hardwaldes für die Menschen in Basel, und dies trotz seiner etwas abgelegenen Lage an der Grenze zum Landkanton. Bei einer grossflächigen Abholzung nähmen die Frostgefahr und die Windstärke in Basel und den umliegenden Gemeinden zu. Betont wurde auch die Funktion der Hard als Schutzzone: ‹Es ist damit zu rechnen, dass sich im Gebiet von Pratteln–Schweizerhalle in Verbindung mit dem Rheinufer weitere Industrie ansiedeln wird. Gegenüber dieser Industriezone bildet die Hard einen wirksamen Schutz, der besonders geeignet ist, die von den vorherrschenden Ostwinden herangetragenen Industriedünste abzuhalten.›²



31 Faltkarte «Einzugsgebiet der Hard», 1941, mit vergrössertem Ausschnitt.

Die Hard als gut erreichbarer Erholungsraum im Grünen, als unverzichtbarer Regulator des Lokalklimas und als Pufferzone zum Schutz vor giftigen Emissionen der Industrie – die Konzeptionalisierungen des Hardwaldes von 1941 werfen Fragen auf: Wie wurde der Hardwald als Raum genutzt? Welche lokalpolitischen Auseinandersetzungen gab es über den Zugang zum Wald? Welche Rolle spielte die Hard und alles, was in ihr geschah, bei der Kantonstrennung von 1833? Und wie kam es, dass ein ehemals so grosses, zusammenhängendes Waldgebiet im Verlauf der Zeit immer stärker schrumpfte?

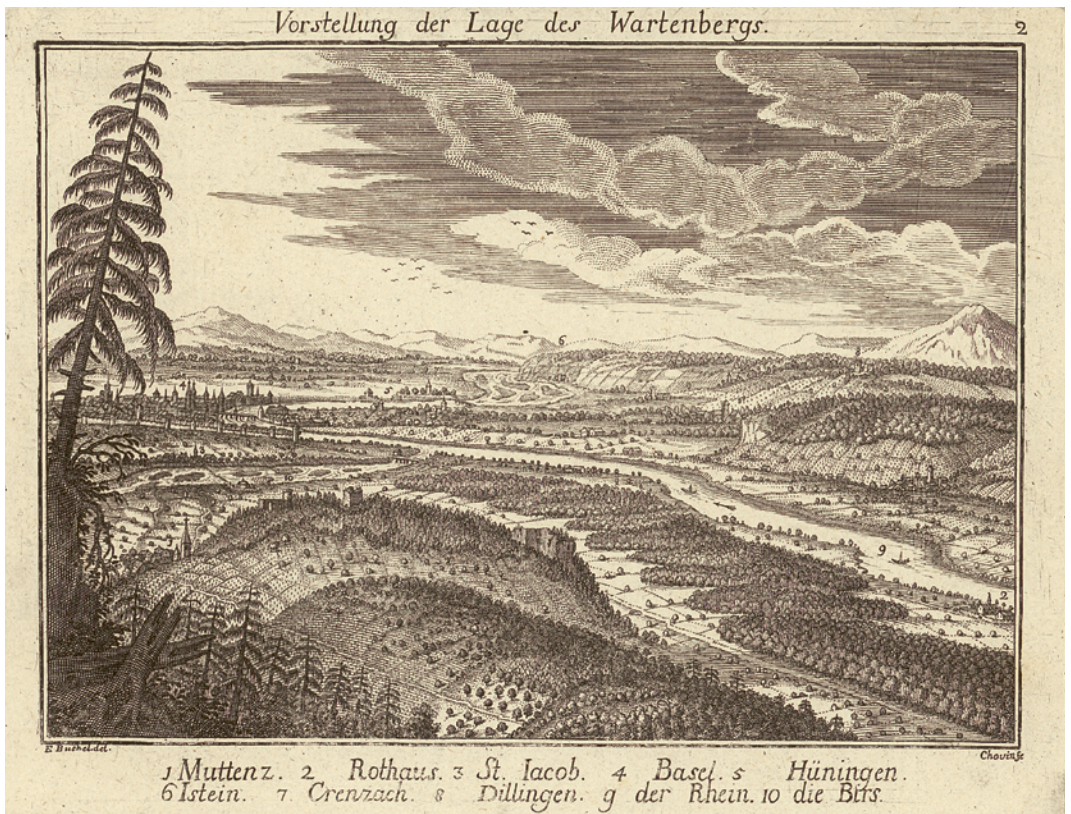
Der Beitrag will Konturen einer Stadtgeschichte entwerfen, die vom Wald ausgeht, und zeichnet anhand von drei Themenkomplexen die Geschichte der Hard seit dem 17. Jahrhundert nach: Erstens stehen die Waldweide und andere

Waldnutzungspraktiken als Konfliktthema zwischen der Stadt Basel, ihren Einwohner:innen sowie jenen der Gemeinden Muttenz und Pratteln im Fokus. Der sogenannte Hardwaldstreit wird dabei eine besondere Rolle spielen, denn in ihm kulminierten in den 1830er-Jahren Unstimmigkeiten über Waldnutzungsrechte. Der Salzfund von 1836 auf dem Gebiet der heutigen Schweizerhalle bildet den Ausgangspunkt für den zweiten Themenabschnitt, da diese Entdeckung die Grundlage für die Entwicklung von Salzsäuren und somit für die Chemieindustrie in Basel und in der Umgebung darstellte. Der dritte Teil schliesslich widmet sich den anfangs angedeuteten Protesten gegen Rodungen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, die für die Geschichte der neueren Umweltbewegungen und für die Sandoz-Katastrophe von 1986 einen wichtigen Referenzrahmen darstellen. Am und im Wald, so wollen wir zeigen, formierte sich (Stadt-)Politik – und diese politischen Aushandlungsprozesse waren von lokaler, nationaler sowie globaler Reichweite.

Historische Waldnutzungsformen, Regulierung und Verstoss

Der Hard(t)wald beziehungsweise ‹la forêt de la Hardt› dehnte sich im Mittelalter vom elsässischen Neuf-Brisach rheinaufwärts über das St. Johanns-Tor bis nach Muttenz und Pratteln aus. Westlich der Birs fanden sich auf dem Bruderholz, im heutigen Gundeldingen sowie im St. Albanquartier Waldbestände der Hard. Die einst grosse Hardwaldregion wurde im Verlauf der Jahrhunderte immer weiter verkleinert und aufgeteilt. Isoliert vom Hardwald existieren heute auf französischer Seite östlich der Birs noch Ausläufer der Hard, deren parzellierte und von Autobahnen durchkreuzte Erscheinungsform sich stark von den Wäldern der Vor-moderne unterscheidet.³

Auf einem Kupferstich von 1748 [32] sind die damaligen Ausmasse des Hardwaldes von der Birs bis zum unten rechts am Rhein gelegenen Rothausgut erkennbar. An den Waldrändern und in der Hard selbst war die Weide bis ins 19. Jahrhundert üblich.⁴ Wie von dem Basler Landschaftsmaler Peter Birmann dargestellt, wurden Rinder und Ziegen in den Wald getrieben [33]. Üblich war in der Hard auch die Schweinemast, in der lokalen Mundart *Aeckerig* genannt. Während die Rinder und Ziegen vor allem Graswuchs sowie Baumrinde und Laub frassen, gruben die Schweine nach Baumfrüchten wie Kastanien, Eicheln und Bucheckern sowie Pilzen und Würmern. Entgegen heutigen Vorstellungen verhielt es sich dabei keineswegs so, dass sich die Bewohner:innen ‹drinnen› in der Stadt und die Weidetiere ‹draussen› im Wald aufhielten. Die Tiere hatten ihre Stallungen häufig in den



32 ‹Vorstellung der Lage des Wartenbergs›, Radierung von Jacques-Antony Chovin nach Emanuel Büchel, 1748. — Der Kupferstich von Chovin aus der Monografie von Daniel Bruckner zeigt den Blick über die Oberrheinregion vom Wartenberg aus. Erkennbar sind die historischen Ausläufer des Hardwaldes mit Weideflächen an den Rändern des Waldes.

Wohngebäuden der Stadt und wurden im Takt der Jahreszeiten abwechselnd in vorher festgelegte Waldstücke getrieben.⁵ Die Bewegungen der Tiere und der sie begleitenden Menschen überschritten somit in regelmässigen Rhythmen die Grenzen zwischen Stadt und Wald.

Der Hardwald wurde wie viele Wälder des vormodernen Europas sowohl landwirtschaftlich als auch zur Holzproduktion genutzt. Für Bürger:innen und Hintersassen aus der Stadt wie auch für die untertänige Landbevölkerung aus dem Umland waren beide Nutzungsformen jeweils spezifischen Regelungen und

Hard

Der Flurname Hard oder Hardt verweist auf die Nutzung des Basler Hardwaldes in vor-modernen Zeiten. Hard bezeichnete im Alt- und Mittelhochdeutschen Wald, Gehölz oder festen Sandboden.⁶ Meistens waren mit Hard-Waldungen ausserdem Areale gemeint, die anliegende Gemeinden zur ‹Weidetrift›, also zur Waldweide, nutzten.⁷ Hard kennzeichnete sowohl ein Ökosystem als auch eine soziale Praxis, über welche die Teilhabe der Gemeindemitglieder an Holz- und Weideflächen

als bedeutende Ressourcen verhandelt und sichergestellt wurde. Im deutschsprachigen Raum finden sich in verschiedenen Regionen Hardwälder oder Flurnamen mit verwandter Etymologie (zum Beispiel Spessart, Harz), wobei Hardwälder in Rheinnähe oder an anderen Flussläufen besonders oft vorkommen: so bei Karlsruhe, Bonn, Landau (Rheinland-Pfalz), aber auch in Zürich und Winterthur. Für ehemals beweidete Wälder wurde der Ortsname oftmals beibehalten.

Einschränkungen unterworfen, zunächst unter der Herrschaft der Familie Münch von Münchenstein und seit dem frühen 16. Jahrhundert durch die Stadt Basel, die neue Eigentümerin des Hardwaldes.⁸ Neben dem Wald als Weidefläche waren die Menschen auch auf Brenn- und Nutzholz sowie auf Laub als Tierfutter und Nadeln als Einstreu für die Ställe angewiesen.⁹ Ein Teil der Hard diente im 18. und 19. Jahrhundert zudem als *Rütiland*. Ärmere Prattler Bewohner:innen konnten auf diesen gerodeten Flächen Kartoffeln und Obst anbauen.¹⁰

Einerseits arbeiteten Menschen im Wald, die wie jene Holzfäller in der Darstellung aus dem Hardwald des 17. Jahrhunderts [34] oder wie Kuh- und Schweinehirten [33] für ihre Tätigkeiten entlohnt wurden. Andererseits gingen Bewohner:innen von Stadt und Umland in den Wald, um dort Brennholz zu sammeln oder kleinere Äste für den täglichen Bedarf zu schneiden, und mussten sich dabei nach den jeweils gültigen Regeln richten. Weidetiere wie Menschen beeinflussten die Ökologie des Waldes: Der Hardwald war bis ins 19. Jahrhundert hinein ein Mittelwald, das heisst, er bestand aus vereinzelt hochgewachsenen Bäumen, zwischen denen Tiere weideten, und aus niedrigeren Büschen und Bäumen. Wurden Laubbäume am Stamm zurückgeschnitten, schlugen sie neu aus. Die ‹Nutzung› des Waldes für den Hausbedarf musste in diesem Kontext nicht ‹Übernutzung› bedeuten. Entgegen der lang tradierten Standarderzählung in der Forstgeschichtsschreibung ist es vermutlich gerade die Vielfalt von Waldinteressen, welche die Erhaltung eines artenreichen Waldes über lange Zeiträume hinweg ermöglicht hat, auch wenn es in Krisenzeiten lokal zu Abholzungen von Wäldern kam.¹¹



33 «Bauer mit Vieh in der Basler Hard», Gemälde von **Peter Birman, 1813**. — Das Bild liefert keine authentische Abbildung der historischen Waldweide im Hardwald, sondern eine ästhetische Überhöhung zu einer Waldidylle.

Birmanns «Bauer mit Vieh in der Basler Hard» [33] lässt sich nicht als detailgetreue Abbildung der historischen Waldweide im Hardwald lesen. Vielmehr handelt es sich hier, wie in der romantischen Landschaftsdarstellung um 1800 typisch, um eine ästhetische Überhöhung zu einer Waldidylle.¹² Der Bauer steht mit seinen Tieren ganz allein in einer Komposition alter, gross gewachsener Bäume mit dichtem Unterholz. Weg, Mensch und Tier sind harmonisch im Gesamtbild der Waldlandschaft eingebettet. Es entsteht der Eindruck einer «Kulturlandschaft» einheitlicher Prägung. Diese Darstellung blendet aus, dass die Waldweide und andere Waldnutzungspraktiken Gegenstand von zahlreichen und jahrhundertelangen Aushandlungsprozessen waren: Dass Bauern und Tiere den Wald ungehindert durchschreiten durften, entsprach um 1800 nicht der Lebenserfahrung der Menschen aus Basel und Umgebung.



34 ‹Biersee bey Basel›, Radierung von Matthäus Merian d. Ä., 1622–1624. — Am Ufer des Flusses Birs (hier in alter Schreibweise ‹Biersee›) rasten vier Holzfäller; vor ihnen fällt eine weitere Person gerade einen Baum. Im Hintergrund sind umliegende Wälder erkennbar.

Wie die Obrigkeit, im Fall des Hardwaldes der Basler Rat, seit dem 16. Jahrhundert die Nutzungen des Waldes für ihre Bürger:innen regulierte, lässt sich in Waldordnungen nachverfolgen.¹³ Diese normativen Texte stellten das wichtigste Mittel zur Regulierung von Wald- und Forstangelegenheiten eines Territoriums durch die Obrigkeit dar.¹⁴ Sie waren damit Teil der frühneuzeitlichen *Policey*-Gesetzgebung und einer fortschreitenden Verrechtlichung und Verschriftlichung, die von den herrschaftlichen Ordnungsvorstellungen der Zeit zeugt. Die erste eindeutig der Stadt Basel zuweisbare Ordnung ‹Erkanntnus der Höltzer, und Geissen halb› stammt von 1538 und war handschriftlich verfasst. Aus der ersten gedruckten Basler Waldordnung von 1667 lässt sich die Empörung des Rats über die angebliche ‹Unordnung› der Basler Wälder herauslesen: In jüngster Zeit sei an Bau- und Brennholz ganz unverantwortlich ‹geschweint› worden.¹⁵ Mit dem höchsten Strafmass drohte die Ordnung beim Abhauen ganzer Stämme, aber auch das unrechtmässige Anritzen von Bäumen zum Abschöpfen von Harz sollte vor der Obrigkeit verzeigt werden. Mehrfach wurden die verbotenen oder einzuschränkenden Tätigkeiten dabei mit dem vieldeutigen Begriff des ‹Frevels› bezeichnet (vgl. S. 94).

Ort.	Monat und Tag der Ereignung	Namen der Thäter	Namen und Wohnung der Verurtheilten, Art der Strafe und Bemerkungen
	1856.		der Ort
1.	26. Januar	Abel Peter Bagel in Müttung	Maria Högler mit Jacob Lachard Müttung Dorf jacobus in der Hand fünf Büchlein aus 3. d. S. zu abgehauen, mit einem Rößgen.
2.	15. März	der pler	sein Stümpfen fünf Rößgen fünf Stümpfen Büchlein, mit einem Rößgen abgehauen.

35 Strafregistereintrag im Forstfrevelregister zum Hardwald, 1856. — Im Jahr 1856 wurden verhältnismässig viele Frauen mit «Waldstrafen» belegt: Elisabeth Senn etwa hatte laut Tabelle «mit einem Gertel (Messer zum Holzschlagen) ein dür Bächlein abgehauen», Frau Weber «fünf dürre Stümpf abgehauen».

Zur Verzeichnung von Frevelvorfällen in den Waldungen führte der Basler Rat von 1820 bis 1899 ein nach Bezirken geordnetes Waldstrafenregister. Bannwarte, das heisst von der Stadt Basel finanzierte Waldhüter, hatten die Vergehen angezeigt. Die Tabellen listen die Namen der Ertappten nach ihrer Gemeindezugehörigkeit, dem Ort der Tat und der verordneten Strafsumme auf.¹⁶ In dem Register, das seit den 1850er-Jahren spezifisch für den Hardwald geführt wurde, war auch der anzeigende Waldhüter notiert und eine kurze Beschreibung des «geverfelten Gegenstandes» sowie das Gerichtsurteil mit aufgenommen.¹⁷

Beim Blick auf einige Einträge aus dem Jahr 1856 wird deutlich, dass verhältnismässig viele Frauen mit «Waldstrafen» belegt wurden [35]: Elisabeth Senn etwa hatte laut Tabelle «mit einem Gertel (Messer zum Holzschlagen) ein dür Bächlein abgehauen», Frau Weber «fünf dürre Stümpf abgehauen» und Jakob Tommen «Stümpfe von 4 bis 8 Fuß lang abgehauen». Frau Berger hingegen war lediglich mit einem Gertel im Wald angetroffen worden. Offenbar genügte dies als Beweis ihrer unlauteren Absichten. Mehrfach werden Personengruppen aufgeführt, die zusammen Holz aus dem Wald trugen. Gemeinsam ist allen Taten, dass lediglich geringe

Holz mengen von meist schlechter Qualität entnommen wurden: «dürre Eichli» oder «dürre Stumpf», die mit einem Messer schnell geschlagen und zu Fuss weggetragen werden konnten. Die aufgenommenen Fälle erwecken aus heutiger Sicht den Eindruck von vergleichsweise harmlosen, alltäglichen «Mitnahme»-Delikten. Für die städtische Verwaltung und den Rat, die den Wald als Eigentum Basels sahen, verhielt sich dies anders. Die Frage der Waldnutzung war für die Stadt ein Politikum.

Von alten Rechten und dem Hardwaldstreit

Den Zugang zum Hardwald regulierte die Stadt Basel nicht nur im Hinblick auf ihre eigenen Einwohner:innen, Waldnutzungsrechte wurden auch in Konflikten zwischen verschiedenen Gemeinden zum Kristallisationspunkt. Oft geriet die Stadt dabei mit umliegenden Gemeinden aneinander, die bis ins späte 18. Jahrhundert im Untertanenverhältnis zu Basel standen. Basel und seine Waldkommission spielten meist die ordnende oder verbietende Rolle, während benachbarte Dörfer, insbesondere Muttenz und Pratteln, den Zugang zu Holz oder Weideland zu sichern suchten. Diese Konstellation liegt darin begründet, dass die Stadt seit dem 16. Jahrhundert offiziell Eigentümerin von Holz und Boden des Waldes war, während andere Akteur:innen darum kämpften, das Gewohnheitsrecht der Waldweide auch für Basler Untertanen zu beanspruchen. Richten wir unseren Blick etwa auf ein Waldstück westlich der Hard in den 1730er-Jahren, so sehen wir, dass sich das nahe gelegene Dorf Reinach immer wieder gegen Versuche Basels wehrte, dort in grösserem Umfang Holz zu schlagen. Wenn zu viele Eichen gefällt würden, so argumentierten die Reinacher, würden ihre Weidrechte eingeschränkt und ihren Schweinen die Eicheln weggenommen.¹⁸ Ähnliche Konflikte gab es zwischen dem Dorf Pratteln und der Stadt Basel. Während die Einwohner:innen von Pratteln ihre Tiere im Hardwald weiden liessen und diese Waldweide als ihr Recht betrachteten, wagte Basel zwar kein grundsätzliches Verbot, versuchte aber, die Weide auf bestimmte Gebiete zu beschränken und Verstösse zu sanktionieren. Im 19. Jahrhundert zeigen die Archivalien dann, dass bestimmte Flächen des Hardwaldes zwischen der Stadt Basel und ländlichen Gemeinden getauscht oder verliehen wurden. Es sind auch Versuche rekonstruierbar, Wald in Felder umzuwandeln. Zugangsrechte, Nutzungen und die Ökologie des Waldes waren im Wandel begriffen.

1816 finden wir einen Brief des Basler Försters an die städtische Forstkommision, der verschiedene Argumente aus Pratteln und Basel enthält. Die Basler Beamten behaupteten, das Weiden von Ziegen, Kühen und anderen Tieren in den Wäldern zerstöre Bäume und Boden und müsse deshalb verboten werden. Sie

erklärten ausserdem: «Mit Documenten können die Gemeinden diese Waidgangerechtigkeit nicht nachweisen.»¹⁹ Pratteln hingegen argumentierte, dass sie dies «jederzeit so weit ihr Bann sich [erstreckt]» getan hätten, und «bitten die Herren Deputierten auf die alte Observans einigermassen Rücksicht zu nehmen». Unter «Observans» wurde bereits in der Frühen Neuzeit eine althergebrachte Gewohnheit oder ein tradiertes Recht verstanden.²⁰ Der Konflikt zwischen schriftlicher und mündlicher Überlieferung von Rechten ist in vielen Waldstreitigkeiten im frühneuzeitlichen Europa präsent; ebenso wie das Argument der Zerstörung des Waldes durch Beweidung. Das Besondere am Basler Fall ist, dass die Konflikte um die Waldweide zu einem viel grösseren Konflikt führten: Zwischen 1834 und 1839 kam es zu einem Streit, der sich nicht einhegen liess, sondern auf Bundesebene ausgetragen werden musste. Im sogenannten Hardwaldstreit traten die jahrhundertalten Kämpfe zwischen Stadt und Land wieder an die Oberfläche.²¹ Dabei prallten die Gegensätze von Arm und Reich, von Holzproduktion und Weide aufeinander. Die Konflikte wurden vor Gericht und bei gewaltsamen Auseinandersetzungen im Wald ausgetragen.

Was war geschehen? Pratteln verklagte Basel-Stadt vor dem eidgenössischen Schiedsgericht – dessen Aufgabe das Schlichten von Streitigkeiten zwischen Kantonen war – wegen Missachtung des Gewohnheitsrechts, das ihnen Waldweide und Holznutzung im Hardwald zugestand. Pratteln verlor das Verfahren und musste die Prozesskosten tragen.²² Ausschlaggebend für den Entscheid von 1839 war eine «Dotationsurkunde» aus dem Jahr 1803, in der die Stadt Basel als Eigentümerin des Hardwaldes festgehalten wurde. Dies bedeutet, dass auch hier die Ansprüche der Dörfer Pratteln und Muttenz wegen fehlender schriftlicher Unterlagen abgelehnt wurden. Aus Prattler Perspektive heisst es dazu in der Heimatkunde von Johannes Martin: «Beym Prozess wurde Pratteln auserkohren, es müsse beweisen, durch sichere Mittel, dass dieser Boden sein Eigenthum sey! Und als keine ganz triftigen Gründe angeführt werden konnten, denn der Gantrodel fehlte, eben so der Kaufbrief von diesem Stück [sic].»²³ Wenn Leute aus Muttenz und Pratteln fortan im Wald ihre Tiere weideten oder Holz sammelten, musste dies, so machten Vertreter Basels klar, als «frevle Eingriffe» gelten.²⁴ So gesehen hat der in den Folgejahren dokumentierte «Frevel» nicht nur subsistenzwirtschaftliche Bedeutung, sondern lässt sich auch als gezielte Protestform in Reaktion auf den verlorenen Gerichtsentscheid und die Aberkennung der Wälder lesen. Im Zeitzeugenbericht von Johannes Martin steht denn auch: «Es muss noch bemerkt werden, dass von da an der Wald gross und viel beschädigt wurde. Ganze Wagenladungen Eichenstekenholz wurden abgeführt, gefräfelt, nachts.»²⁵

Bei dieser langen Geschichte des Streits um den Hardwald lohnt es sich, auf den grösseren politischen Verhandlungsraum der 1830er-Jahre zu blicken: Kurz vor Beginn des Hardwaldstreits hatten sich mehrere Ortschaften von Basel losgesagt, auch Pratteln und Muttenz gehörten dazu. Die eidgenössische Tagsatzung bestätigte die Trennung von Basel-Stadt und dem neu geschaffenen Kanton Basel-Landschaft am 26. August 1833 – nicht einmal einen Monat nach der sogenannten Schlacht an der Hülftenschanze.²⁶ Nach dem Angriff durch städtische Truppen an diesem zwischen Pratteln und Augst gelegenen Ort gingen Soldaten der Landschaft brutal gegen die städtische Partei vor, als diese sich im Rückzug durch die Hard befand. Zuvor hatten Standestruppen aus der Stadt in Pratteln mehrere Häuser in Brand gesetzt. Für den Wiederaufbau der zerstörten Häuser fällten Prattler Einwohner wiederum ein Jahr später Eichen im Hardwald.²⁷ Es stellt sich die Frage, ob die Trennung der Kantone nicht auch von diesem langwierigen Streit über den Zugang zum Wald beeinflusst wurde. Dass ein Grundgefühl der politischen und sozialen Benachteiligung, unter anderem aufgrund der hohen Steuerabgaben durch die Ortschaften rund um Basel, eine Rolle bei der Entzweiung der Kantone spielte, wurde mehrfach betont.²⁸ Die sozialökologische Dimension der Kantonstrennung wurde aber bisher noch nicht untersucht: Dabei dürfte die lange Geschichte der Konflikte im und um den Wald einige Gemeinden in ihrem Bestreben beeinflusst haben, sich von Basel loszusagen. Aus dem Bericht des Zeitzeugen Johannes Martin entsteht jedenfalls der Eindruck, dass der Gerichtsentscheid von 1834, das «Machtwort: Der Wald gehört Basel», aus Prattler Perspektive nur den Schlusspunkt eines viel länger andauernden Prozesses der Verdrängung aus der Hard bedeutete – einer Verdrängung, an die sich die Betroffenen mit einiger Bitterkeit erinnerten und die Widerstand herausforderte.²⁹

Die Kantonstrennung wurde vom Streit um den Wald beeinflusst

Frevel

Der Begriff selbst hat eine lange Geschichte mit religiösen Implikationen, gleichzeitig war er Gegenstand strafrechtlicher Debatten: Frevel kann sowohl eine kühne Tat oder Übermut, eine Gotteslästerung oder gar Gottlosigkeit als auch einen Gesetzesverstoss meinen.³⁰ In rechtshistorischer Perspektive changiert der Frevel zwischen erstens der allgemeinen

Bezeichnung eines Vergehens gegen eine schriftlich oder mündlich tradierte Gesellschaftsordnung, zweitens der Kennzeichnung eines im Vergleich zum Holzdiebstahl «kleineren» Vergehens, wie sie Karl Marx in den «Abhandlungen über die Holzdiebstahlgesetze» beschrieb, und drittens der koordinierten Ausführung von Freveltaten als Sozialprotest.³¹

Zwischen Schweizerhalle, Industrie, Rangierbahnhof und Autobahn

Während der Hardwaldstreit im vollen Gange war, stiessen 1836 Explorationsbohrungen auf der Höhe der Herberge Rothaus am Rhein auf Salzvorkommen. Der sächsische Oberbergrat Christian Friedrich von Glenck war einer geognostischen Karte des Basler Universitätsprofessors Peter Merian gefolgt, auf der vielversprechende Bodenschichten verzeichnet waren.³² Seit Jahren suchte man in verschiedenen Gebieten der Schweiz nach Salzlagerstätten. Musste doch das für die Viehwirtschaft so wichtige Salz aufwendig aus der Saline Reichenhall, dem Burgund und anderen ausländischen Regionen importiert werden. Schon 1837 – also ein Jahr nach dem Salzfund im Hardwaldgebiet und vier Jahre nach der Kantonstrennung – wurde die Saline Schweizerhalle eröffnet. In den folgenden Jahrzehnten leistete sie einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Unabhängigkeit des Kantons Basel-Landschaft.³³ Die Saline befand sich auf dem Gebiet der politischen Gemeinden Muttenz und Pratteln und grenzte direkt an den Hardwald.³⁴ Für ihren Bau wurden grosse Mengen Holz und Kohle benötigt; ein weiterer Grund für die Gemeinden, ihre Gewohnheitsrechte im Hardwaldstreit zu verteidigen.

Da auch der Betrieb der Salinenpfannen viel Brennmaterial verbrauchte und der Rhein künftig als Abwasserkanal genutzt wurde, soll hier der sozial, wirtschaftlich und ökologisch geprägte Raum in den Blick genommen werden, in dem die Saline Schweizerhalle situiert war.³⁵ In den Jahrzehnten nach der Gründung siedelten sich um den Standort Schweizerhalle Betriebe der Farben- und Düngemittelindustrie an. 1845 wurde die Chemische Fabrik Schweizerhalle gebaut.³⁶ Die Anfänge der Pharmastadt Basel können also nicht losgelöst vom Standort Schweizerhalle am Hardwald erzählt werden. Schliesslich markierten Rodungen im Hardwald den Beginn der Produktion von chemischen Säuren. Vorausgegangen waren Verkäufe von Waldparzellen an die Betreiber der jeweiligen Industrien – wohlgemerkt parallel zum Bau der Eisenbahn und begleitet von Konflikten mit Personengruppen und Gemeinden, die andere Ansprüche an den Hardwald stellten.

Ankäufe und Rodungsgesuche, um Industrieareale in der Hard auszuweiten, stiessen im Verlauf des 19. und frühen 20. Jahrhunderts wiederholt auf Widerstand. So wehrten sich Besitzende von Waldparzellen rund um das Rothausareal, vor allem Prattler Bürger:innen, in den 1830er- und 1840er-Jahren dagegen, Land zu verkaufen, das für den Bau der Schweizerhalle benötigt wurde.³⁷ Noch 1927 lehnte die Regierung des Landkantons ein Gesuch der Metallurgischen Gesellschaft auf Baumfällungen innerhalb der firmeneigenen Waldareale mit der Begründung ab, dass ein

Diese Abbildung kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht in der Open-Access-Ausgabe angezeigt werden. Sie ist jedoch in der gedruckten Ausgabe enthalten.

36 Rodungs- und Planierarbeiten im Hardwald beim Bau des Auhafens und der Schienenanbindung. Foto: A. Sackmann, um 1937/38.

«Unwille in der Bevölkerung gegen Kahlschläge und Rodungen» bestehe.³⁸ Dazu zählten auch die bereits erfolgten «grossen Waldverluste infolge des Muttener Rangierbahnhofs», der 1933 eröffnet worden war und bis heute ein zentraler Umschlagplatz im Schweizer Eisenbahnnetz ist.³⁹ Der archivierte Briefverkehr mit der Metallurgischen Gesellschaft aus den 1920er-Jahren verweist auf Momente des organisierten Protests in der Zivilgesellschaft sowie auf offizielle Einsprachen von Behörden gegen Rodungen für den Rangierbahnhof, selbst wenn der vorhergehende Verkauf von Waldflächen durch die Basler Bürgergemeinde rechtmässig erfolgt war.

Auch im 20. Jahrhundert wehrten sich die Nachbargemeinden immer wieder gegen Rodungen im Hardwald für Gewerbeflächen und Infrastrukturprojekte. Teilweise wurde auf die lange Geschichte des Hardwaldstreits zurückverwiesen und hervorgehoben, dass der Hardwald eigentlich im Muttener und Prattler Gemeindebann lag und dass bis zum ersten Drittel des 19. Jahrhunderts noch Gewohnheitsrechte galten wie die Waldweide und das Holzsammeln. Hier offenbart sich ein Unwille gegen die Abholzung eines ehemaligen Misch- und Weidewaldes zugunsten von Industrie und Verkehrsinfrastrukturen [36].

37 Projektion der zu rodenden Fläche im Hardwald auf das Stadtzentrum Basels, 1936. — Die schraffierte Fläche gibt die Grösse des Gebiets an, das für den Flugplatz im Hardwald abgeholzt werden sollte (63 ha). Die Projektion auf den Stadtplan von Grossbasel macht das Ausmass des Eingriffs deutlich. Die Grafik wurde für einen Zeitungsartikel angefertigt, der aber nie veröffentlicht wurde.



Erneut trat dieser Unwille 1941 in den Protesten gegen einen geplanten Flugplatzbau auf Hardwaldgebiet zutage. Eine Einwohnergemeindeversammlung forderte den Muttenzer Gemeinderat dazu auf, mit «allen Mitteln gegen die geplante Rodung zu kämpfen».⁴⁰ Im gleichen Schreiben wurde auf ein Phänomen hingewiesen, das die Bevölkerung von Sissach als eine Konsequenz aus den bereits erfolgten Abholzungen interpretierte: die verstärkte Nebelbildung im dortigen Ergolzthal. Mehrere Zeitungsartikel der 1930er- und 1940er-Jahre führten als Folge grossflächiger Abholzungen eine «katastrophale Verschlechterung des Klimas» an.⁴¹ Studien verschiedener Fachgremien, vom Kantonsforstamt bis zum geobotanischen Forschungsinstitut in Zürich, belegten die Bedeutung des Hardwaldes für das Lokalklima der Umgebung, insbesondere die regulierende Wirkung des Waldes in Bezug auf Wind, Frost, Hagel und Trockenperioden.⁴² Nicht zuletzt die wissenschaftlichen Untersuchungen sowie zivilgesellschaftliche Protestaktionen bewegten 65 Prozent der baselstädtischen Stimmbevölkerung dazu, im März 1943 den Flugplatzneubau auf dem Gebiet des Hardwaldes abzulehnen. Das Engagement gegen die geplante Rodung im Zuge des Flugplatzprojektes findet seine symboli-

sche Verkörperung in einer Visualisierung, auf welcher der Hardwald mitten in die Basler Stadtgesellschaft hineingeholt wurde.

Im archivierten Entwurf einer kritischen Stellungnahme wurde auf einem Kartenausschnitt der rechteckige Umriss der geplanten Flugplatzfläche über Grossbasel gelegt und demonstriert, dass die abzuholende Waldfläche dem Stadtraum zwischen Spalentor, Predigerkirche, Kunstmuseum und Heuwaage gleichkomme [37].⁴³ Auch wenn diese Projektion nur die Vorstellungskraft der Basler:innen in Bezug auf die Grössenverhältnisse ansprechen sollte, so haben politische Ereignisse des 20. Jahrhunderts wiederholt gezeigt, dass die Distanz zum subjektiv eher entfernt wahrgenommenen Hardwald mit seinen Industriearealen unter gewissen Umständen minimal klein werden konnte.

So fern und doch zu nah – die Sandoz-Katastrophe

«Schweizerhalle» machte aus Basel «Bhobâle» und «Tschernobâle». Dieses normalerweise als peripher wahrgenommene Industriegebiet am östlichen Rand des Hardwaldes wurde durch das Chemieunglück in das Zentrum des regionalen Geschehens und der internationalen Nachrichten katapultiert. Ein knappes halbes Jahr nach dem Reaktorbrand in Tschernobyl und kaum zwei Jahre nach der Chemiekatastrophe im indischen Bhopal führte am 1. November 1986 der Brand einer Lagerhalle auf dem dortigen Areal der Sandoz dazu, dass Giftstoffe unkontrolliert in die Umgebung gelangten. Die durch das Löschwasser in den Rhein geschwemmten Gifte lösten ein massives Fischsterben bis nach Mannheim aus. Die ersten Alarmpendungen mitten in der Nacht riefen dazu auf, die Fenster zu schliessen und die Wohnungen nicht zu verlassen – ein unmittelbarer Warnruf, dass auch die giftigen Aerosole in der Luft keine Stadtgrenzen kennen. Auch wenn die Gefahr von Vergiftungen über die Atemwege später ausgeschlossen wurde, war die Sandoz-Katastrophe für viele Basler:innen ein Anstoss zum Protest. Tote Fische und Fabrikschornsteine waren auf Plakaten, Flugblättern [38], Graffitischablonen und Transparenten zu sehen, zum Beispiel auf einer Demonstration mit zehntausend Teilnehmenden am 8. November 1986, ebenso an der folgenden Fasnacht.

In all den Protestaktionen war der Wald eher indirekt präsent, vor allem in seiner elementaren Funktion für die Trinkwasseraufbereitung, denn im kiesreichen Waldboden filterte die Hardwasser AG seit 1955 das Leitungswasser für die Stadt.⁴⁴ So verteilten Aktivist:innen nach dem Brand «Gratismineral in Tschernobâle», wie ein Banner verriet.⁴⁵ Wenn das Trinkwasser aufgrund des kontaminierten Löschwassers nach dem Brand nicht mehr sicher schien, so die Botschaft,

38 «Beaubâle – Bhobâle», Schablonen-
druck auf Karton geklebt, 1986. —

Unter dem Druck steht die handschriftliche Notiz: «In den Tagen nach dem Brand in Schweizerhalle zirkulierten in Basel (Tschernobâle) Flugblätter, Aufkleber und Handzettel wie dieser, die in Inhalt und Form eindringlich und direkt Angst und Protest zugleich zum Ausdruck brachten.»



musste es eben abgefülltes Mineralwasser sein. Im Nachhinein zeigte sich, wie unzulänglich die Grundwasseruntersuchungen der Sandoz AG angesichts der Chemiekatastrophe waren. An die Öffentlichkeit kommunizierten Vertreter:innen von Sandoz, dass es sich nur um einen von vielen Brandvorfällen handele und man unbesorgt sein könne. Dem Altlastenexperten Martin Forter zufolge sollte verhindert werden, dass den karzinogenen Stoffen, die mit dem Löschwasser in den Rhein und in das Grundwasser gelangen konnten, zu viel Aufmerksamkeit geschenkt würde.⁴⁶ Als Verbindungsraum zwischen Stadtmitte und dem Industriegebiet Schweizerhalle trat der Hardwald in den Hintergrund – und dies, obwohl das Waldgebiet bereits in der ersten Jahrhunderthälfte als «Schutz» von durch Ostwinde «herangetragene Industriedünste»⁴⁷ präsentiert worden war. In der Rückschau wird deutlich, dass der Wald als Pufferzone instrumentalisiert wurde. Im Verlauf der Geschichte des Industriestandorts Schweizerhalle wurden Schadstoffe in Luft, Boden und Wasser abgeleitet. Nach dem Bau des Auhafens 1937, der bis heute als grösstes Lager und wichtigster Umschlagplatz für Erdöl sowie andere

Brennstoffe und Mineraldünger in der Schweiz dient, lassen sich auch entlang der Hafen- und Verkehrsanlagen erhebliche Altlasten von verschiedenen Mineralölprodukten nachweisen, deren Untersuchung und Sanierung erst seit 2016 angegangen werden.⁴⁸ Auf dem Gebiet des heutigen und ehemaligen Hardwaldes stossen somit verschiedene Nutzungen des Raums über und unter der Erde aufeinander: ein Entsorgungsraum für Abgase der Industrie sowie für Altlasten im Boden; ein Trinkwasserschutzgebiet und daher ein «sehr sensibler Bereich»;⁴⁹ und über dem Boden der von Trockenstress angegriffene Wald, der zwischen Autobahn, Eisenbahn, Rheinhäfen und Industriegebieten als Naherholungsgebiet ausgewiesen ist.

Die politischen Aushandlungsprozesse über die Nutzung des Hardwaldes reichen von frühneuzeitlichen Konflikten um Holzfrevel über den Hardwaldstreit (1834–1839) bis zu den Abstimmungen in Muttenz (1936) und Basel (1943) gegen einen Flughafenbau auf dem Hardwaldgebiet; von Strafregistern aus dem 18. Jahrhundert bis zu Einsprachen von Behörden und Bevölkerung gegen weitere Rodungen nach 1900. Es geht dabei nicht nur um die Konfliktkonstellation Stadt versus Landgemeinden, sondern auch darum, die wechselhafte Geschichte des Zugangs zum Wald als Raum der Selbstversorgung sowie heute vergessene Formen der Nutzung nachzuvollziehen. Ausgehend vom historischen Blick können

Grünflächen und Forste als Räume der Stadt gestalten

Fragen für die Gegenwart formuliert werden: Wie organisieren wir unsere Gesellschaft und ihre natürlichen Ressourcen? Wie sollen die Grünflächen und Forste als Räume unserer Stadt gestaltet werden? Diese Fragen gewinnen in Zeiten der Klima- und Umweltkrise immer mehr an Relevanz. Das gilt gerade auch im Hinblick auf neue Infrastrukturprojekte. Das im November 2024 abgelehnte Autobahnprojekt Rheintunnel sollte bei Birsfelden beginnen und in Klybeck eine Verbindung zur Autobahntangente Richtung Deutschland herstellen. Auch dafür hätten Teile des Hardwaldes gerodet und die Dreirosenanlage während der Bauarbeiten gesperrt werden müssen. Um dies zu verhindern, hatte sich das Bündnis «Nein zum Rheintunnel» gegründet, in dem sich verschiedene Basler Gruppierungen im Widerstand gegen den Autobahnbau zusammengesetzt haben.⁵⁰ Diese Grossprojektplanung schloss letztendlich an eine Reihe von Infrastrukturprojekten an, die – von der Landstrasse über die Eisenbahn, die Rheinhäfen, den Rangierbahnhof Muttenz bis zum gescheiterten Flugplatzprojekt – sämtlich den Hardwald betrafen. Am Ende vermitteln uns die verschiedenen Momentaufnahmen aus der Basler «Stadt-Wald-Geschichte» seit dem 17. Jahrhundert einen Eindruck davon, wie Menschen immer wieder Mitbestimmung und Zugang zu einem Wald einforderten, der als politischer Aushandlungsraum eine oft übersehene Rolle spielt.

Takt, Klang, Raum: Das Basler Frühläuten am Anbruch der Moderne

Markus Bardenheuer

Am Morgen des 31. Oktober 1872 schwiegen die Glocken. Jahrhundertlang war in der Stadt Basel jeden Werktag pünktlich um fünf Uhr die Morgenruhe von minutenlangen Glockenschlägen durchbrochen worden. Ein Regierungsbeschluss fünf Tage zuvor hatte dieser Tradition ein abruptes Ende gesetzt, ausgerechnet auf Betreiben jener, die das Läuten zu verrichten hatten. «Wir sind überzeugt, dass es ohne irgend einen Nachtheil geschehen könnte», gelobte die kurz zuvor eingereichte Petition der Basler Sigristen zur Abschaffung des Frühgeläuts, «und versichern, dass uns damit eine überaus lästige Pflicht abgenommen würde.»⁵¹

Das Schweigen des Basler Frühgeläuts war von kurzer Dauer. Bereits zwei Jahre später erklang zu früher Stunde wieder der Glockenton, und das von einer wachsenden Zahl von Kirchtürmen. Inmitten der umfassenden Transformationen des Basler Stadtraums der Folgejahrzehnte blieb das Frühläuten jedoch fortwährend Gegenstand scharf geführter Debatten. Die folgenden Bemerkungen widmen sich diesen Auseinandersetzungen von Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1914 – dem Jahr, in dem die Basler Regierung das endgültige Ende der öffentlichen Finanzierung des Frühläutens beschloss. In ihnen spiegeln sich die sinnlichen, funktionalen und emotionalen Wandlungen des Basler Klangraums zu einer Zeit, in der dem Glockenton eine zunehmende Klangkonkurrenz entgegentrat.

Bis weit ins 19. Jahrhundert waren Glockenschläge das lauteste Geräusch von Menschenhand im alltäglichen Basler Klangraum. Während es für den Stundenschlag bereits im Mittelalter mechanische Lösungen gab, blieb das Geläut – das längere Läuten teils mehrerer Glocken – bis ins frühe 20. Jahrhundert Handarbeit.⁵² Geläutet wurde, um zum Gottesdienst zu rufen, über Taufen, Hochzeiten und Abdankungen zu informieren sowie vor Gefahren zu warnen.⁵³ Daneben markierte das sogenannte weltliche, tägliche oder bürgerliche Geläut die Abschnitte des Tages: An Werktagen morgens um fünf und acht Uhr, mittags um halb zwölf, nachmittags um drei und je nach Jahreszeit abends zwischen fünf und sieben Uhr tätigten die Oberläuter der vier Basler Hauptkirchen vierzig bis achtzig Züge der jeweils kleinsten oder mittleren Glocke [39].



39 Glöckner bei der Arbeit im Gebäk eines Glockenturms. Foto: Lothar Jeck, um 1938.

Diese Zeiteinteilung ging auf klösterliche Traditionen zurück, und auch Mitte des 19. Jahrhunderts waren dem täglichen Geläut noch Elemente spiritueller Andacht eingeschrieben. Das weiterhin als «Betzeitglocke» bezeichnete Geläut war, wie die Gemeinde St. Theodor im Jahr 1856 in Antwort auf eine Umfrage des städtischen Rats anmerkte, «doch jedenfalls für den Meisten eine wenigstens indirekte Mahnung an das [...], was über den Glocken ist». ⁵⁴ Primär aber gaben die Arbeitsrhythmen des zünftischen Basel dem täglichen Geläut Form und Zweck. In manchen Betrieben diente es als Signal zum Arbeitsbeginn, und für zahlreiche Menschen in der Stadt fiel der Tagesanfang auf das Frühgeläut. ⁵⁵ Als klangliches Manifest einer Werks- wie Glaubensgemeinschaft war das tägliche Geläut eine Institution, für das die Kirchgemeinden entsprechend durch die Stadt entlohnt wurden. ⁵⁶

Mit dem Aufstieg der Basler Industrie regten sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts jedoch zunehmend Zweifel an dieser Einheit von Arbeits- und Klangordnung. ⁵⁷ Die oben genannte Petition der Sigristen vom Oktober 1872 versicherte, dass das Frühläuten «nur für einen ganz kleinen Theil unserer Arbeiterbevölkerung [...] noch einen Zweck haben kann». ⁵⁸ Das Läuten sei schlecht bezahlte, harte, im Winter geradezu gesundheitsgefährdende Arbeit, beteuerten

die Petenten, welche den grossen Aufwand schlicht nicht mehr lohne. Von behördlicher Seite hiess es zustimmend, «dass für das Fünfuhrläuten kein praktischer Zweck mehr bekannt ist, indem die Arbeitszeit gewöhnlich um sechs Uhr beginne, und überhaupt dabei aufs Geläute wenig Rücksicht genommen wird».⁵⁹ Der Kleine Rat folgte dieser Einschätzung und verordnete kurzerhand, das weltliche Geläut – Mittags- und Abendläuten ausgenommen – einzustellen.

Bald erhoben sich kritische Stimmen, welche die Massnahme als fehlgeleiteten Modernisierungsversuch deuteten. In seinem Predigtzyklus über die neuen Münsterglocken rühmte Antistes Immanuel Stockmeyer, wie die Betzeitglocke «in früheren Zeiten, als das Leben noch einfacher war», den Christenmenschen daran erinnert habe, den Tag mit Gott zu beginnen.⁶⁰ Neben dieser emotionalen Lücke leide auch die konkrete Alltagsgestaltung unter dem Ausbleiben des Morgentons, fügten die «Basler Nachrichten» kurz darauf an, denn: «Nacht ist Nacht und Schlaf ist Schlaf geblieben, auf diesem Gebiet hat sich der Fortschritt noch nicht geltend gemacht.»⁶¹ Auch die «Allgemeine Schweizer Zeitung» sah im Frühläuten unverändert das bewährteste Signal zum Tagesanbruch, trotz der zunehmenden Präsenz von Uhren in privaten Haushalten und im öffentlichen Raum. Keines dieser Hilfsmittel vermöge so unmissverständlich wie das Frühläuten der schlafenden Stadtbevölkerung den Anbruch des Tages zu verkünden. Dies sei umso notwendiger, als inzwischen von so vielen Seiten zugleich der Stundenschlag erklinge. Als klanglicher Ankerpunkt in einem wachsenden Durcheinander akustischer Zeitsignale, als Ordnungsprinzip täglicher Lebensführung wie auch als Mittel religiöser Sinnstiftung war der morgendliche Glockenton für seine Befürworter notwendiger denn je zuvor.

So prompt der Rat das Frühgeläut abgeschafft hatte, so unvermittelt führte er es Ende 1874 wieder ein. Solche Wechselhaftigkeit blieb kennzeichnend für die Basler Glockenklangpolitik des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Ein Regierungsbeschluss von 1883, nach dem nur noch die Münsterglocken um fünf Uhr zu läuten waren, wurde im Folgejahr nach reichlich Spott – in dem «Millionenquartier» um das Münster, hiess es, erhebe sich sowieso niemand zu solch früher Stunde von seinem Schlaflager – und einer Gegenpetition zurückgenommen.⁶² Ähnlich erging es in Kleinhüningen, wo 1906 das tägliche Geläut vollständig abgeschafft wurde, nur um nach heftigen Protesten im Folgejahr wieder eingeführt zu werden. Obwohl sich das Frühläuten somit hartnäckig halten konnte, gerieten seine Fundamente zunehmend ins Wanken. Eine im selben Jahr im Gefolge der Diskussionen in Kleinhüningen durchgeführte Umfrage unter Wirtschaftsverbänden und Kirchengemeinden ergab, dass sowohl Arbeiterbund wie Gewerbeverband dem täglichen Geläut keinerlei Bedeutung für Arbeitsbeginn und -fortgang mehr zumassen. «Die

Dampfsignale in den vielen Fabriken, sowie die massenhaft verbreiteten öffentlichen und privaten Uhren» hätten das Geläut vollständig ersetzt; das Frühläuten insbesondere dürfte für «die grosse Mehrzahl der Bevölkerung [...] eher den Charakter einer mehr oder minder unliebsamen nächtlichen Ruhestörung an sich tragen».⁶³ Nur der Landwirtschaftliche Verein führte an, dass das Läuten für diejenigen, «die auf den Feldern arbeiten und die nicht immer Taschenuhren zur Hand haben [...] als Signal zur Arbeitsunterbrechung betrachtet» werde⁶⁴ – die Landwirtschaft als letztes Bollwerk eines durch den Glockenklang getakteten Werktages.

Praktische Überlegungen schienen für die Beibehaltung des weltlichen Läutens demnach zunehmend irrelevant, und auch seine gemeinschaftsstiftende religiöse Funktion war einer diffusen Sentimentalität gewichen. «Je mehr das Tramgeklengel, das Velo- und Autogetute in den Strassen überhand nimmt», beteuerte etwa der Kirchenvorstand St. Leonhard 1906, «desto wohltuender wird es für normale Menschen, auch wenn sie nicht kirchlich sind, sein, ein paar mal im Tag eine schöne Glocke zu hören, die Niemandes Ohr zerreisst, und noch immer vielen Herzen etwas sagt von Dingen, die besser sind, als aller Lärm und Streit dieser ruhelosen Welt.»⁶⁵ Der Glockenlaut diente inzwischen selbst in kirchlichen Kreisen nurmehr der Rückbesinnung auf eine verlorene, vermeintlich harmonischere Lebens- und Klangordnung.

Letztlich besiegelte das Zusammenspiel religiöser Erosions- und technischer Innovationsprozesse dann wenig später das Ende des Frühläutens als öffentliche Institution. Noch 1913 – nach Aufhebung des reformierten Staatskirchentums – bezuschusste der Kanton erstmals das tägliche Geläut dreier katholischer Gemeinden. Als kurz darauf elektrische Läuteinrichtungen aufkamen und einige Kirchgemeinden versuchten, den Kanton an den hohen Kosten für deren Einbau zu beteiligen, zog dieser jedoch die Reissleine. Im September 1914 beschloss der Rat den Ausstieg aus der Finanzierung des weltlichen Geläuts.

Dieser Beschluss bedeutete nicht das Ende der Läu Praxis selbst, nur firmierte es fortan nicht mehr als weltliches, sondern als kirchliches Geläut, das zunächst auf sechs Uhr, später auf sieben Uhr verschoben wurde. Die Geschichte des Basler Frühläutens zeugt somit bei allen Brüchen und Wandlungen auch von enormer Kontinuität. Mit der Begründung, dass der Glockenton «für weite Teile der Bevölkerung [...] zum festen Tagesablauf» gehöre, wehrte der Regierungsrat zuletzt 2021 Forderungen nach Abschaffung des Frühgeläuts ab.⁶⁶ So bewahrt das Frühläuten als wohltönende Dissonanz in einem kakophonischen städtischen Klangraum und als alltägliches Signal des Tagesanbruchs weiterhin seinen festen Platz im urbanen Takt der Stadt Basel.

Die hochkulturelle Imprägnierung der Basler Innenstadt

Stefan Koslowski

Im 19. Jahrhundert veränderte die Neugestaltung des Steinenbergs das städtische Raumgefüge auch in kultureller Hinsicht. Es entstand ein stadträumliches Cluster, das rückblickend und im heutigen Sprachgebrauch als ›Kulturmeile‹ bezeichnet wird. Als Erste markierten das Stadt-Casino (1826) und das Blömleintheater (1834) mit bürgerlichem Repräsentationswillen in der nun erweiterten Innenstadt ein neues hochkulturelles Selbstverständnis. Doch dieses stellten die Zirkusse infrage, die während der Herbstmesse auf dem benachbarten Barfüßerplatz gastierten und dem Theater das Publikum entzogen [40]. Anlass für das Theater, alle politischen und argumentativen Hebel in Bewegung zu setzen, Zirkusse aus der Innenstadt zu verbannen.

«Durch gütige Erlaubniß der Behörde ist es mir gestattet worden zum ersten Male einen Circus auf dem Barfüßerplatze aufschlagen zu dürfen und haben Sie, Hochverehrteste! die Annehmlichkeit nicht in das weitentlegene Klingenthal zu den Vorstellungen gehen zu müssen.»⁶⁷ Diesen Anzeigentext stellte Zirkusdirektor Mathias Schlegel 1858 in die ›Basler Nachrichten‹, nachdem ihm die Polizei Zirkusvorführungen während der Herbstmesse auf dem zentral gelegenen Platz genehmigt hatte. Zirkusgastspiele waren bis zu diesem Zeitpunkt in der Basler Innenstadt nicht üblich, danach jedoch bis in die 1890er-Jahre die Regel. Für das nahe gelegene, 1834 eröffnete erste feste Theater auf dem Blömlein (seit 1857: Theaterstrasse) stellte diese als überaus attraktiv wahrgenommene Konkurrenz eine existenzielle Bedrohung dar. Unter den Schaugeschäften der Herbstmesse galten insbesondere die Zirkusse als «unbillige» oder «gefährliche» Konkurrenz, gar als «böser Feind».⁶⁸ «Was nun die Wirklichkeit der fraglichen Concurrenz und Schädigung gegenüber dem Theater betrifft, so lässt sich gar nicht leugnen, dass dieselbe eine sehr namenhafte und empfindliche ist [...] und so kann es [...] nicht fehlen, dass wenn sich die Räume eines Circus füllen, die Hallen des Theaters darunter leiden und demselben ein namhafter Theil seiner sonstigen Einnahmen entzogen wird.»⁶⁹

Besonders empfindlich traf es das Theater, dass «gerade während der ersten für die Saison so wichtigen und entscheidenden Wochen»⁷⁰ Zirkusgastspiele zu-

CIRCUS SCHLEGEL.

Hochgeehrteste Herrschaften!



Durch gütige Erlaubniß der Behörde ist es mir gestattet worden zum **ersten Male** einen Circus auf dem Barfüßer-
plaz aufschlagen zu dürfen und haben Sie, Hochverehrte! die
Annehmlichkeit nicht in das weitentlegene Klingenthal zu den
Vorstellungen geben zu müssen. Ich komme hieher mit einer
Gesellschaft von einigen 40 Personen und 38 guten Pferden,
darunter 12 gut dressirte Schulpferde. Bei der Gesellschaft be-
finden sich die ausgezeichnetsten Reiter und Reiterinnen. Obgleich



ich noch nicht die Ehre hatte, mich hier zu produzieren, so glaube ich doch, daß mein einfacher Name hier nicht ganz unbekannt
sein wird. Mein eifriges Bestreben wird dahin gerichtet sein, mir das überall geschenkte Vertrauen auch hier zu erwerben und die
geehrten Besucher meines Circus zufrieden zu stellen. Ueber unsere Leistungen sage ich gar nichts, sondern unterwerfe mich hin-
sichtlich derselben Ihrer gerechten Urtheile.

[13058

Hochachtungsvoll

Mathias Schlegel, Direktor.

40 Anzeige für den «Circus Schlegel» in den «Basler Nachrichten» vom 22. Oktober 1858. —

Im Jahr 1858 durfte der «Circus Schlegel»
als erster Zirkus überhaupt in der Basler Innen-
stadt gastieren.

gelassen wurden, zumal die Theatersaison nur wenige Monate dauerte und der gesetzlich vorgeschriebenen Aufführungseinschränkungen viele waren. In den 1830er-Jahren durfte an den Sonnabenden und Sonntagen («Sonntagsheiligung») sowie an den kirchlichen Feiertagen kein Theater aufgeführt werden. Auch um Weihnachten, Neujahr und Ostern war die Spielzeit für jeweils gut zwei Wochen unterbrochen. Erst gegen Ende des Jahrhunderts stand zum Leidwesen des «frommen», pietistisch geprägten Basel dem Theater mit Ausnahme weniger hoher Feiertage und ihrer Vorabende jeder Tag für Aufführungen zu Verfügung.

Dass Stadttheater und Schaustellungen einander konkurrenzten und dass vor allem die Zirkusgastspiele während der Herbstmesse auf dem Barfüßerplatz die finanziell ohnehin schlechtstehende Bühne vor grösste Geldprobleme stellten, darüber waren sich im 19. Jahrhundert Stadttheater, Regierung, Polizei, Presse und Publikum einig. Wie diese Konkurrenzbeziehung jedoch (kultur-)politisch zu behandeln sei, darüber gingen die Meinungen auseinander.⁷¹ Nach zeitgenössischer Einschätzung war die Stadt Basel «eben noch nicht Grossstadt genug, als dass Theater, Circus und sonstige Vergnügungen auf die Dauer nebeneinander

bestehen können, ohne sich gegenseitig zu beeinträchtigen».72 Im Zusammenspiel mit den weiteren im Laufe des 19. Jahrhunderts gegründeten (gross-)bürgerlichen Kulturinstitutionen konstituierte und verteidigte das Stadttheater sein hochkulturelles Selbstverständnis – mit allen stadträumlichen, architektonischen, rechtlichen und kulturpolitischen Auswirkungen, von denen noch die Rede sein wird. In dieser konfliktreichen Etablierung und Behauptung einer hochkulturell imprägnierten Zone in der Basler Innenstadt manifestiert sich eine vielschichtige Gemengelage von Wirklichkeiten und Einflussfaktoren. Teils verstärken sich diese, teils laufen sie einander entgegen, teils verändern sie sich im Laufe der Jahrzehnte, teils wirken sie eher zufällig in diese konfliktreiche Zonierung der wachsenden RheinStadt hinein: «Raum entsteht [...] genau dann, wenn aufeinander reagiert wird.»73

Aufwertung der Herbstmesse durch Zirkusse

Ein erstes Gastspiel eines Zirkus in Basel ist in den Polizeiakten für das Jahr 1846 vermerkt; weitere Veranstaltungen fanden bis 1858 im Reitstall der Kaserne statt, also im rechtsrheinischen Kleinbasel am Rande der Stadt. Die Kaserne wurde damals von der Basler Miliz genutzt, stand jedoch 1858 wegen eines geplanten Umbaus nicht mehr zur Verfügung. Statt auf ein Gastspiel zu verzichten oder den Zirkus auf ein vergleichbar peripher gelegenes Areal zu verweisen, hofften die Behörden, mit ihrer Genehmigung von Zirkusvorführungen auf dem Barfüsserplatz der ins Straucheln geratenen Herbstmesse unter die Arme zu greifen.

Diese hatte mit dem sukzessiven Anschluss der Stadt an das internationale Eisenbahnnetz (1844, 1854, 1856) und mit den Folgen der Handels- und Gewerbefreiheit, die andere Schweizer Kantone früher als Basel einführten, einen schmerzlichen wirtschaftlichen Bedeutungsverlust erlitten. Immer weniger auswärtige und zunehmend auch ortsansässige Gewerbetreibende boten dort noch ihre Waren feil. War die Herbstmesse einstmals die letzte Möglichkeit gewesen, sich vor dem Winter mit allem Nötigen einzudecken, ermöglichten nun die verbesserten Verkehrs- und Handelsbedingungen zunehmend eine kontinuierliche Warenversorgung auch über die Wintermonate hinweg. Wie in Zürich oder Bern diskutierte man auch in Basel über den Fortbestand der Messe, hielt jedoch stets an ihr fest. Im Gegenzug zum Funktionsverlust des Warenmarktes, der von 1822 bis 1877 auf dem Münsterplatz und danach auf dem Petersplatz stattfand, gewann ihr Unterhaltungssektor auf dem Barfüsserplatz deutlich an Gewicht. Die Schaustellungen, bis ins 18. Jahrhundert gleichsam die Anhängsel der Jahrmärkte, entwickelten im

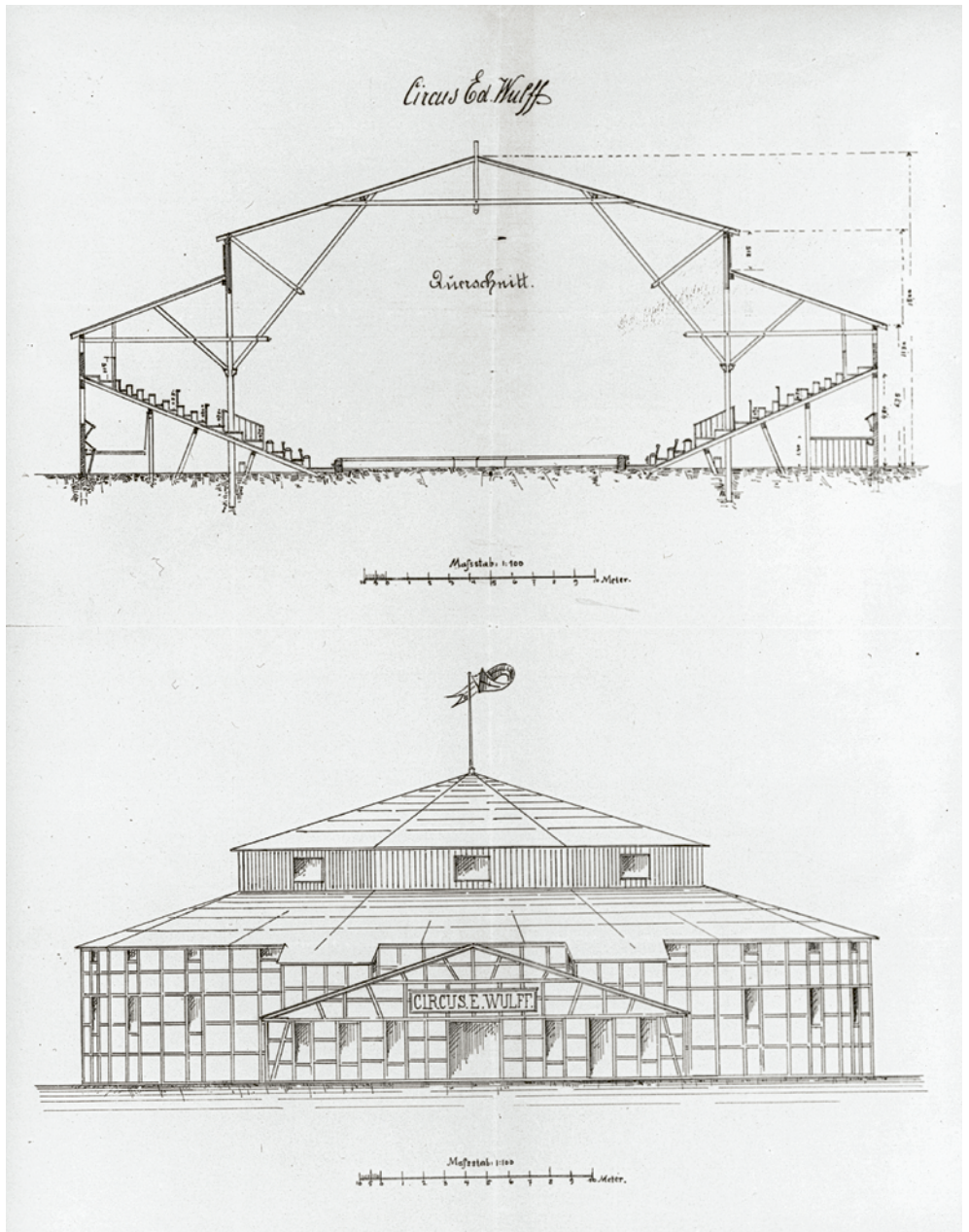
Laufe der Zeit eine Dynamik, welche die nachlassende Anziehungskraft der Warenmärkte sogar überflügelte. Um Laufkundschaft für den schlecht frequentierten Warenmarkt auf dem Petersplatz zu gewinnen, erwogen die Händlerinnen und Händler gar, die bisherige Trennung von Warenmarkt und Jahrmarktsunterhaltung aufzuheben und zwischen ihren eigenen Ständen Schaubuden, Karussells oder Schiessbuden zuzulassen.⁷⁴

Kulturelle Konkurrenzbeziehungen

Mit den Zirkussen zog eine verbürgerlichte Form der Jahrmarktskünste in die Basler Innenstadt ein, die nicht nur als Nachfahrin barocker Spektakel und Hofeste zu verstehen ist, sondern auch als Vorbotin einer modernen Unterhaltungs- oder Kulturindustrie. Spätestens seit Mitte des 19. Jahrhunderts verdrängten grössere, kapitalistisch geführte Gesellschaften mit zahlreichen Angestellten die fahrenden Kleinunternehmungen und Familienbetriebe. Grosse Schaugeschäfte vereinten verschiedene Schaustellungsformen und erhoben keinen Anspruch mehr auf Belehrung oder Bildung. Insbesondere die Zirkusleiter – und später auch die Direktoren der ortsfesten Variétés – versuchten, sich von den traditionellen Fahrenden abzusetzen und traten mit bürgerlich-unternehmerischem Selbstbewusstsein auf. Dass Zirkusse ihre mehrere Tausend Zuschauer:innen aufnehmenden Holzbauten auf dem Barfüsserplatz aufstellen durften, ist Ausdruck und Folge sowohl der Veränderungen der wirtschaftlichen Bedeutung der Basler Herbstmesse als auch der Entwicklungen des Schaustellerwesens [41].

In ihrem Hinweis auf das erste Gastspiel eines Zirkus auf dem Barfüsserplatz 1858 übersah die Presse das übergeordnete Anliegen der Basler Behörden, die Herbstmesse durch schauattraktive Unterhaltungsangebote aufzuwerten, und interpretierte den Spielort in der Innenstadt einfach als «gutes Zeichen»⁷⁵ für die Qualität des Circus Schlegel. Zunächst einmal verschärfte die neue Bewilligungspraxis die ökonomische Schiefelage des Theaters auf dem Blömlein und erhöhte seinen Legitimationsdruck. Dabei hatten die Basler Bürger mit ihrer Gründung einer Aktiengesellschaft, die den Theaterbau auf dem Blömlein errichtet hatte und an Theaterpächter vermietete, auf finanziellen Gewinn gehofft [42]. Doch ein Pächter nach dem anderen machte Pleite, und die Aktionäre gingen leer aus.

So erwies sich das Stadttheater vom ersten Tag an als kulturelles Dienstleistungsangebot ohne ausreichende und anhaltende Nachfrage. Angesichts einer Bevölkerung von 21 219 Personen im Jahr 1835 erscheint die Absicht der Aktiengesellschaft, das Blömleintheater mit seinen 1200 Plätzen gewinnbringend zu



41 Bauplan «Cirkus Ed. Wulff», 1880. — Bis zur Jahrhundertwende liessen die Zirkusunternehmen an jedem Gastspielort ein eigenes Holzgebäude errichten. Die noch heute üblichen, vergleichsweise schnell aufbaubaren Grosszelte wurden erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts eingeführt.

betreiben, als grobe Fehleinschätzung. An diesem Missverhältnis zwischen Platzangebot und erwartbarer Nachfrage hat sich während des 19. Jahrhunderts – und im Grunde bis in die Gegenwart – trotz wachsender Bevölkerung⁷⁶ wenig geändert. Dass dieses Geschäft kulturellen Charakter hatte, war während des 19. Jahrhunderts noch kein Grund für ein finanzielles Engagement des Gemeinwesens. Die einmütige Ablehnung jeglichen Staatsinterventionismus, die viele heute selbstverständliche Politik- und Verwaltungsbereiche betraf, war gross und deutlich. Es gab noch keinen gesellschaftlichen Konsens über eine kulturpolitische Mitverantwortung der öffentlichen Hand für das Kulturleben. Bis ins 20. Jahrhundert entwickelte sich Kulturförderung als Staatsaufgabe nur zögerlich und in der Regel reaktiv auf Krisen wie Pleiten oder Gebäudebrände. Die Verpachtung eines Theatergebäudes blieb ein privatwirtschaftliches Unternehmen, dem wenig ökonomischer Erfolg beschieden war.

Erschwerend trafen die zumeist deutschen und österreichischen Theaterpächter in der Schweiz auf eine städtische Kultur, die sich deutlich vom übrigen deutschsprachigen Raum unterschied. So existierte zur Zeit der Stadttheatergründungen in der Schweiz – St. Gallen 1805, Zürich und Basel 1834, Bern 1836, Luzern 1839, Solothurn 1856 – noch kein hoch entwickeltes und ausdifferenziertes System öffentlich zugänglicher Freizeitangebote, wie beispielsweise im Wien des 18. Jahrhunderts.⁷⁷ Erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts setzte in der Schweiz ein kultureller Modernisierungsschub ein, der künstlerisches und kulturelles Tun in den öffentlichen Raum brachte. Zuvor fand kulturelles Leben weitgehend in privat organisierten Kreisen statt. Für grössere musikalische Darbietungen stand neben den Kirchen nur der Saal der Universität an der Augustinergasse zur Verfügung. Das sollte sich erst mit der Eröffnung des Stadtcasinos am Steinenberg ändern.⁷⁸ Auch gingen von den Basler Patriziern⁷⁹ weitaus weniger kulturelle Impulse aus als von den Landesfürsten des europäischen Auslands.

Die lokale Abwesenheit feudaler Hofkultur bedeutete aber nicht deren Unwirksamkeit auf die kulturellen Ambitionen und das Kulturverständnis in der Rheinstadt. Kulturell initiativ waren ausschliesslich (gross-)bürgerliche Kreise und seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vor allem Vereine jeglicher Prägung.⁸⁰ Die öffentliche Hand half nur zögerlich subsidiär aus. Die deutschsprachigen Hoftheater – finanziell durch den ökonomischen Abstieg der Höfe dazu gezwungen und inspiriert von der Nationaltheateridee – konnten ihr Publikum insbesondere auf bürgerliche Kreise ausweiten. Dabei kam den Theatern die bürgerliche Neigung zugute, aristokratische Kultur- und Repräsentationsformen zu imitieren. Auf diesen unmittelbaren Nachahmungseffekt konnten die Theaterpächter in der



42 Ecke Steinenberg/Theaterstrasse mit Theater auf dem Blömlin (rechts im Bild), Aquarell von Johann Jakob Schneider, 1856. — 1832 nach Plänen des Architekten Melchior Berri fertiggestellt, konnte das erste feste Theater Basels aufgrund fehlender Finanzmittel sowie der Kantonsstrennung seinen Vorstellungsbetrieb erst mit zweijähriger Verzögerung am 6. Oktober 1834 aufnehmen.

Schweiz nicht hoffen. Auch auf die Beamtenschaft und auf das Militär, die im 19. Jahrhundert wichtige Publikumssegmente in den Hoftheatern des Auslands bildeten, konnte das Basler Stadttheater nicht bauen, da beide in der RheinStadt keine grosse Rolle spielten. Nicht zuletzt standen die Theaterpächter vor der Aufgabe, gegen die Theaterablehnung der pietistisch geprägten ‹frommen› Oberschicht ein Interesse zu wecken für die ‹importierte Theateridee›⁸¹ des professionellen Kunst- und Literaturtheaters.

Kulturelle Imprägnierung des Steinenbergs

Im Jahr 1820 hatten die Stadtbehörden die innere Befestigung schleifen, den Stadtgraben auffüllen und den Steinenberg als Strasse mit beidseitigen Bürgersteigen anlegen lassen. Der zusätzliche Abbruch des früheren Konventsgebäudes des Barfüsserklosters ermöglichte Neubauaktivitäten. Diese ‹innere Entfestigung› gilt als ‹bedeutendste bauliche Umgestaltung innerhalb der Stadtmauern› im Basel des 19. Jahrhunderts.⁸² Sie änderte nicht nur das Stadtbild, sondern ermög-

lichte auch die Etablierung einer neuen Stadtzone zwischen dem bisherigen Stadttinnern und den damals noch bestehenden äusseren Befestigungsanlagen. Die Ausgestaltung des 1820 neugewonnenen Raums folgte zunächst keinem ausformulierten politischen Plan. Rückblickend ist jedoch festzustellen, dass sich eine rein kulturell genutzte Zone herauskristallisierte, welche die frühere innerstädtische Mischzone aus Wohnen und Arbeiten unterbrach, ergänzte und veränderte. Es entwickelte sich ein stadträumliches Cluster, das im heutigen Sprachgebrauch als ‹Kulturmeile› bezeichnet wird.⁸³

Ein erster architektonischer Ausdruck eines elitären, bildungsorientierten Verständnisses von Kultur, dem auch die späteren Gebäude in räumlicher Nachbarschaft huldigten, war das 1826 von Melchior Berri im Auftrag der Casino-Gesellschaft errichtete klassizistische Stadtcasino. Es diente gesellschaftlichen und öffentlichen musikalischen Anlässen und als Ausstellungsraum. Berri zeichnete auch verantwortlich für das 1832 auf dem Areal des ehemaligen Steinenklosters erbaute private Blömleintheater (seit 1857: Theaterstrasse) [42].⁸⁴ Den Unruhen der Kantonstrennung geschuldet, wurde die Bühne aber erst ab 1834 bespielt. Gegenüber von diesem Theater hatten im ‹Ballenhaus› (seit 1857: Theaterstrasse 12) schon im 18. Jahrhundert Theateraufführungen von Wandertruppen stattgefunden. Sowohl die ‹Theaterkommission› als auch die Casino-Gesellschaft hatten Pläne mit dem Ballenhaus, die sich zerschlugen.

Sein konsequent kulturelles Gepräge erhielt der Steinenberg erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, ausgelöst durch den Beschluss, nun auch die äusseren Befestigungsanlagen zu schleifen. Der Stadttumbau wurde zudem beschleunigt durch personelle und organisatorische Veränderungen.⁸⁵ Karl Sarasin übernahm die Leitung des Baukollegiums. Dessen bisher treibende Kraft, Johann Jakob Stehlin-Hagenbach (d. Ä.), wurde Bürgermeister, sein Sohn Johann Jakob Stehlin-Burckhardt (d. J.) Baudirektor. Weiter beschloss der Grosse Rat die Übernahme des städtischen Bauwesens durch den Kanton. Das Gesetz zur Stadterweiterung und zur Schleifung der Mauern von 1859 ist einer der wenigen frühen Belege für eine ‹kühle planerische Weitsicht›.⁸⁶ Es ist als Beginn einer planungsgeleiteten Raumentwicklungspolitik zu werten. 1860 begann die ‹äussere Entfestigung› der Stadt, 1879 war sie vollendet.

Das Theater auf dem Blömlein wurde bis 1873 bespielt und dann 1875 abgelöst durch einen Theaterneubau nach Plänen von Johann Jakob Stehlin d. J. an der Ecke Steinenberg und Theaterstrasse [43]. Mit der daraufhin eingeführten Selbstbezeichnung ‹Stadt-Theater› erhob diese Bühne unmissverständlichen Anspruch auf den neuen, prestigeträchtigen Stadtraum am Eingang zur inneren Stadt.



43 Das neubarocke Stadttheater, undatierter Lichtdruck. — 1875 wurde der Neubau des Stadttheaters am Steinenberg eingeweiht. Architekt war Johann Jakob Stehlin d. J.

Stehlin hatte schon 1869 im Auftrag des Basler Kunstvereins auf dem Areal des ehemaligen Steinenklosters zwischen Steinenberg und Klostersgasse die Kunsthalle in klassizistischem Neobarock errichten lassen. 1876, ein Jahr nach der Eröffnung des ebenfalls neobarocken Theaterbaus, nahm der auch im neobarocken Stil erbaute Musiksaal seinen Betrieb auf. Dieser war im Auftrag der Stadtcasino-Gesellschaft, der Konzertgesellschaft, der Liedertafel und anderer ebenfalls von Stehlin auf dem Areal des ehemaligen Kaufhauses gebaut worden. Schliesslich wurde 1894 in der ehemaligen Barfüsserkirche das Historische Museum eröffnet. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts mag die Zone rund um den Steinenberg manch Weitgereisten leise an die städtebaulich und architektonisch als Vorbild geltende

Ringstrasse in Wien erinnert haben, das Referenzprojekt für Kulturquartiere im 19. Jahrhundert und darüber hinaus.

Alle genannten Gebäude rund um den Steinenberg gehen auf private Initiativen zurück. Sie besetzten mit bürgerlichem Repräsentationswillen und hochkulturellem Selbstverständnis die neu entstandene Stadtzone am Eingang zur inneren Stadt: «Die freie, gar nicht barocke Anordnung der Bauten machen die städtebauliche Wirkung des Kulturzentrums aus.»⁸⁷ Mit diesem materialisierten Anspruch auf kulturelle Vorherrschaft ging ein rhetorisches Hauen und Stechen um Relevanz und Legitimation einher. Der Blick auf materielle Raumwirklichkeiten bleibt blind, wenn er nicht um den auf die «immaterielle Wirklichkeit» ergänzt wird.⁸⁸

Kulturelle Hierarchisierung

Erst beim zweiten Gastspiel eines Zirkus auf dem Barfüsserplatz im Jahr 1860 sah sich das Stadttheater genötigt, für seine theatrale Vorherrschaft im Basler Stadtgefüge zu kämpfen. Der erste Versuch des Theaters, unliebsame Konkurrenz über politische Instanzen verbieten zu lassen, konnte allerdings nur einen Teilerfolg verbuchen. Am 15. Dezember 1860 beschloss der Kleine Rat: «Messvorstellungen können um des Theaters willen nicht verboten werden, dagegen verdiene es die Berücksichtigung, dass ausser der eigentlichen Messzeit erstere beschränkt u. dass dem Ertheilen von Bewilligungen an grössere Konkurrenzanstalten während der Theatersaison möglichst ausgewichen werde.»⁸⁹ In der Folge forderte das Stadttheater bis zum Ende des Jahrhunderts in regelmässigen Abständen (1) die Verbannung von Zirkussen und aller theatralen Konkurrenz auf Plätze ausserhalb der Stadtgrenzen, insbesondere aber ein Verbot für Zirkusse auf dem zentralen Barfüsserplatz, (2) die zeitliche Begrenzung von konkurrenzierenden Aufführungen, (3) die Besteuerung der Konkurrenz direkt zugunsten des Stadttheaters und schliesslich (4) dessen öffentliche Subventionierung aus der Staatskasse. Letztlich waren die Vorstösse des Basler Stadttheaters unzeitgemässe Forderungen nach Theaterprivilegien wie in den Willkürakten feudaler Staatsgewalt, bestimmten Theatergruppen ein Monopol zu gewähren.

Rhetorisch orchestriert wurde das kulturelle Hegemonialstreben des Theaters durch die Umdeutung der gewinnorientierten Aktiengesellschaft in eine «Pflanzstätte der Kunst». Aus der Not des mangelnden Publikumszuspruchs leitete das Stadttheater die Tugend der unterstützungsbedürftigen «hohen Kunst» ab. Die Werthaltigkeit der kulturellen Innovation Stadttheater und die Dignität der «hohen Kunst» konnte das Stadttheater aber nur plastisch machen, indem es seine

Konkurrenz abwertete: Hier das Stadttheater, das mit seiner ‹hohen Kunst› zur ‹Bildung› des Publikums beiträgt, dort die Zirkusse und Schaubuden, die mit ihrer ‹niederen Kunst› das Publikum ‹verrohen› und ‹demoralisieren›. In diesem Wortkulturkampf und in der Konkurrenz der Ideen ging es wie immer um Diskursmacht, um Anerkennung in der Gegenwart sowie um die Aufnahme ins kulturelle Gedächtnis der Stadt und seine Archive für die Nachwelt.⁹⁰

So ist die auch rechtliche Abwertung der Konkurrenz bei gleichzeitiger rechtlicher Aufwertung des Stadttheaters als Erfolg des Bildungsbürgertums zu bewerten. 1834 und noch 1853 behandelte ein- und dieselbe Verordnung Theater und Schaustellungen. Ab 1894 regelte das Gesetz betreffend das Markt- und Hausierwesen im Abschnitt ‹Patentpflichtiger Hausierverkehr› «die Produktion von Schaustellungen, von gewerblichen oder künstlerischen Leistungen, bei denen ein höheres wissenschaftliches oder künstlerisches Interesse nicht obwaltet».

Auf diese Weise fand die polarisierende Aufspaltung der Künste in hochniedrig, bildend–unterhaltend, moralisch–unsittlich ihren normierenden Niederschlag im Basler Recht. Was das Förderkriterium ‹höheres Kunstinteresse› inhaltlich meinte, wie es verifiziert oder falsifiziert werden könnte, führten weder das Gesetz noch die entsprechende Verordnung aus. Weil das Stadttheater jedoch seit 1878 mit der ausdrücklichen Auflage subventioniert wurde, ‹hohe Kunst› zu machen, betrachtete man die staatliche Unterstützung offenbar als verlässlichen Ausweis derselben. Dieses zirkuläre Zusammenwirken von Rechtsetzung und Auslegungspraxis kann als Basler Meilenstein der begrifflichen, ästhetischen und ideologischen Verengung von Theater auf ein hochkulturell ausgerichtetes professionelles Kunst- und Literaturtheater gelesen werden – und als räumliche Verortung eines bestimmten normativen Kulturverständnisses in einer Zone links und rechts des Steinenbergs. Nur sehr langsam, so scheint es, entspannen sich die wirkungsmächtigen, von der Autonomieästhetik des 18. Jahrhunderts geprägten und im 19. Jahrhundert alltagsprägend gewordenen, oft moralisierenden Denkschablonen ‹E und U›, ‹highbrow & lowbrow›, ‹Hoch-› versus ‹Alltags-›, ‹Trivial-›, ‹Unterhaltungs-›, ‹Massen-›, ‹Pop-›, ‹Laien-› und ‹Volkskultur› zugunsten eines demokratiethoretisch begründeten Verständnisses von kulturell vielgestaltiger Teilhabe.⁹¹ Aller zeitlichen Beharrungskraft zum Trotz erweisen sich die hierarchisierenden Verortungen kulturellen Tuns, unter der Lupe betrachtet, als in hohem Grad dynamisch: Jedes kulturelle Schaffen verändert den kulturellen Raum und stellt frühere Ausrichtungen und Werte infrage.

Diese kulturelle Hierarchie mit all ihren Über- und Unterordnungen, Anziehungen und Abstossungen, Nah- und Fernbeziehungen zeichnet sich aus zeit-

licher Distanz betrachtet in ihrer grundlegenden Tektonik durch eine ‹longue durée› aus. Dies wäre beispielsweise ablesbar an der sich im 19. Jahrhundert formenden Kulturförderung in der Schweiz.⁹² In ihr geben bis heute nicht die Vorlieben der Vielen die kulturpolitische Marschrichtung vor, sondern die Präferenzen der Eliten. Und diese nutzen ihre kulturellen Wertschätzungen bekanntlich zur sozialen Unterscheidung und zur Zementierung ihrer sozialen Vormachtstellung.

Neue kulturelle Konkurrenz

Die Bemühungen des Stadttheaters um die Verbannung der Konkurrenz aus der inneren Stadt scheiterten an der lang verbrieften Basler Messesfreiheit, an den behördlichen Massnahmen, die Herbstmesse attraktiv zu halten, und schliesslich an der 1875 eingeführten Gewerbefreiheit. Weil das Stadttheater aus diesen Gründen nur wenig Erfolg darin hatte, die Rahmenbedingungen seiner Konkurrenz zu erschweren, bemühte es sich gleichzeitig um die Verbesserung der eigenen Produktionsbedingungen. Im Laufe des 19. Jahrhunderts gewährte die öffentliche Hand aber nur in sehr kleinem Umfang Unterstützung – zunächst mit kostenfreien Holz- und Gaslieferungen, später mit eher bescheidenen Finanzhilfen. Diese waren gebunden an die Auflage, ein professionelles Orchester zu unterhalten, das auch für Einsätze etwa bei Chorkonzerten zur Verfügung stehen musste. Unabhängig davon waren die professionellen Musiker begehrte Instrumentallehrer in den grossbürgerlichen Haushalten. Anders als Theater galt Musik in den tonangebenden frommen Kreisen als unverdächtig, was die Entwicklung Basels zu einer ‹Musikstadt› überhaupt erst ermöglichte und vorantrieb.

**Anders als Theater galt
Musik in den frommen
Kreisen als unverdächtig**

Mit der Kleinbasler Vereinigungsfeier von 1892 aber scheint sich die kulturpolitische Stimmung grundsätzlich zugunsten des Stadttheaters gewandelt zu haben. Unter dem ideologischen Schirm des Patriotismus, der offenbar auch pietistische Bedenken gegen Theater verblasen liess, spannten politische Entscheidungsträger und kulturelle Meinungsmacher zusammen. Ohne dass ein dokumentierter Regierungsratsbeschluss vorliegt, änderte sich die Bewilligungspraxis der Behörden: Sie genehmigten seit 1890 Zirkusgastspiele nur noch ausserhalb der Theatersaison und damit auch nicht mehr während der Herbstmesse. Zudem wurde das Stadttheater von einem Pachtbetrieb in einen Regiebetrieb umgewandelt, der mit einer Einbindung von Regierungsvertretern in die Führung des Theaterbetriebs einherging. Der Zirkus als gewichtigster Konkurrent des Stadttheaters verschwand stillschweigend aus dem Innern der Stadt. Gut dreissig Jahre nach

dem ersten Gastspiel eines Zirkus auf dem Barfüsserplatz war die räumliche Zone rund um den Steinenberg und seine Imprägnierung mit einem bestimmten Verständnis von kultureller Hierarchie gelungen.

Doch schon bald und wiederum aus dem Kreis der Schaustellungen am Barfüsserplatz kündigte sich ein neuer Nebenbuhler um die Publikumsgunst an: der Film und das Kino. Seit der Erfindung des Kinematographen machten Wanderkinos zunächst überall dort Halt, wo sich für eine gewisse Zeit grössere Menschenmengen versammelten. So liess erstmals während der Herbstmesse 1896 ein Kinematograph im Casino-Saal am Barfüsserplatz die Bilder laufen. 1907 eröffnete dann das erste ortsfeste Kino in der Stadt.⁹³ Wie schon beim Zirkus nahm das Theater den Kampf auf – diesmal gegen einen Konkurrenten, der eine sich rasant weiterentwickelnde technische Innovation für ästhetische Neuerungen nutzte, der alle Alters-, Bildungs-, Geschlechts- und Einkommensgruppen ansprach und Teil einer rasch wachsenden, global agierenden Filmindustrie war. Dass Film und Kino trotz Kritik von vielen Seiten innert weniger Jahre mehr Publikum fanden als das Theater, lag letztlich auch daran, dass es neben der Investition für ein Vorführgerät lediglich eines verdunkelten Raums bedurfte. Das machte dieses neue Kulturformat selbst in christlichen oder erzieherischen Verwendungszusammenhängen einsetzbar und auf gewisse Weise ortsunabhängig. Filme wurden dort vorgeführt, wo ein entsprechender Bedarf vermutet oder manifest wurde. Anders als die einstige kulturelle Importidee Stadttheater konnte sich die Innovation Film durchsetzen – ohne eine entsprechende Zone in der Stadt besetzen zu müssen.

Vom Baum aus gesehen

Alexandra Binnenkade

Was wäre, wenn nicht Menschen, sondern Bäume die Geschichte Basels erzählen würden? Einige Bäume stehen auffällig-unauffällig zum Teil schon seit Hunderten von Jahren an ihren Plätzen. Was haben sie im Verlauf ihres Lebens gesehen, gehört, was in der Erde und in der Luft gespürt? Welche Räume erfordern sie, wie gestalten Bäume den städtischen Raum mit, was ermöglichen sie – als Akteure, als Markierungen, nach denen Menschen sich und Beziehungen orientieren? Bäume sollen hier nicht als Objekte im Zentrum stehen, als stumme Zeugen im Hintergrund, sondern als Akteure in ihrem Raum. Ihr Platz, ihre Form, ihre Präsenz – ihre ganze Körperlichkeit – tragen zu dem bei, was sich unter ihnen abspielt. Sie haben im Lauf der Zeit zahllosen Menschen Raum gegeben, ihren Gesprächen, ihren Spielen, Streiten und ihrem Schlaf. Bäume sind zwar wichtig genug, dass Häuser, Plätze und Strassen nach ihnen heissen. Dennoch werden sie selten explizit erfasst. Basels Geschichte von den Bäumen aus gesehen erfordert vielleicht ein wenig Fantasie, aber es stellen sich auch viele neue Fragen.





45 Wirtschaft zum Löwenfels (Breo), 1890.



46 In den Langen Erlen, zwischen 1955 und 1965.



47



48

- 47 Schützenmattpark, 1942.
- 48 Schützenmattpark, 1914.
- 49 Schützenmattpark, 1956.
- 50 Schützenmattpark, 1970.
- 51 Schützenmattpark, 1938.



50





52 Petersplatz, 1968.



53 Petersplatz, zwischen 1940 und 1950.



54 Schwarzwaldallee, 1939 oder 1940.

55 St. Jakobs-Strasse, Generalstreik, 1919.



56 Friedhof am Hörnli, 1946.

57 Gotthelfschulhaus, 1936.



58 Auf der Pfalz, 1924: Eine der Kastanien von 1740 ist umgefallen.



Experimentierfelder der Selbstbestimmung: Freiräume in Basel, 1930–2000

Dominique Rudin, Nathalie Baumann

Alte Stadtgärtnerei: Ein Höhe- und Wendepunkt zur Einführung

«Die moderne Stadt hat einen beträchtlichen Teil ihrer möglichen Kontaktstellen für das soziale Leben verloren. Plätze und Strassen, einst unkommerzialiserte Freiräume, werden meistens als Verkehrsknotenpunkte und möglichst effiziente Verbindungslinien behandelt und ausgestaltet. In der Monotonie des öffentlichen Stadtgrüns spiegelt sich ein erstarrtes System von gestörten Beziehungen zur Natur, ökonomischer und rationaler Denkweise und formalisierter Gesetze. Mit dem ehemaligen Schlachthofareal steht Basel jetzt seit langem wieder ein grösserer Freiraum offen, der auch in Zukunft in diesen Ausmassen kaum mehr seinesgleichen finden wird.»⁹⁴

Das Zitat entstammt einer «Selbstdarstellung der Interessengemeinschaft Alte Stadtgärtnerei Basel», vermutlich vom Frühjahr 1987. Es steht beispielhaft für die Beweggründe links-alternativer Gruppierungen der 1970er- und 1980er-Jahre, sich vehement für eigene, selbstgestaltete und selbstverwaltete Orte einzusetzen. Die «moderne Stadt» wurde als unwirtlicher Raum wahrgenommen, dessen Planung und Ausgestaltung geprägt waren von wirtschaftlichen Anforderungen und den Bedürfnissen des motorisierten Verkehrs. Der urbanen, neulinken oder alternativkulturellen Opposition jener Jahre ging es marxistisch gesprochen darum, die Entfremdung der Menschen – untereinander, von der Natur, ihren Quartieren, ihrer Stadt – in der kapitalistisch-bürgerlichen Stadt zu überwinden.⁹⁵ Der Freiraum Alte Stadtgärtnerei (ASG) darf für Basel als Höhepunkt dieses Bestrebens betrachtet werden [59].

1985 gab die Basler Stadtgärtnerei ihr Areal im St. Johannquartier auf, das direkt an den ehemaligen städtischen Schlachthof angrenzte. Beide Areale – Schlachthof und Stadtgärtnerei – galten seit der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre als stadtplanerische Entwicklungsgebiete.⁹⁶ Nach dem Wegzug der Stadtgärtnerei wurde das wildwüchsige Areal mit seinen zahlreichen Gewächshäusern zunächst legal zwischengenutzt und von August 1987 bis Juni 1988 besetzt. Die sogenannte «Stadtzgi»-Ära, zu der auch die Besetzung des ehemaligen Kino Union 1988/89 an der Klybeckstrasse 64 nach der Räumung des ASG-Areals zu zählen ist, war Höhe-



59 Besetzung der «Alten Stadtgärtnerei», undatiert. — Die Fotografie wurde vermutlich am 21. Juni 1988, dem Tag der polizeilichen Räumung, auf dem St. Johannis-Platz in Richtung des Areals aufgenommen.

und gleichzeitig Wendepunkt der linksalternativen Freiraumbewegung in Basel. Das Ende der ASG-Bewegung markiert auch den Abschluss der konfliktbehafteten langen Achtundsechzigerjahre mit ihren autonomen Jugendzentren und häufigen Hausbesetzungen. Am Ende der 1980er- und zu Beginn der 1990er-Jahre entstand eine neue Generation von Freiräumen, oftmals in Kooperation mit privaten und staatlichen Akteur:innen.

Freiräume waren in den 1970er- und 1980er-Jahren wichtige Schauplätze für das Alternativmilieu.⁹⁷ Beides, Freiräume und Alternativmilieu, waren keine Basler Besonderheiten, sondern transnationale, insbesondere westeuropäische Phänomene. Wichtige Impulse kamen aus der Gegenkultur («counterculture») des angelsächsischen Raums. Aktionsformen wie Sit-ins und Hausbesetzungen, das Tragen langer Haare bei Männern und Frauen, die Produktion und Rezeption von Medien der Gegenöffentlichkeit (marxistische und kulturkritische Periodika, Radio-, Film- und Videoaktivismus) und das Hören von Beat-, Folk-, Rock- und

später Punkmusik sind Beispiele von Erkennungsmerkmalen, die Angehörige des Alternativmilieus auszeichnen konnten. Die kulturellen Ausdrucks- und politischen Protestformen suchten die Grenzüberschreitung. Politische Aktionen zielten oft nicht bloss auf Wirkung vor Ort ab, sondern auch auf eine breitere, massenmediale Öffentlichkeit. Die ‹Politik der Strasse› kommunizierte über Presse, Radio und Fernsehen in einen überregionalen, fallweise gar transnationalen Diskursraum hinein. Dies war in Basel insbesondere im Kontext des Konflikts um die Alte Stadtgärtnerei zu beobachten.⁹⁸

Das Phänomen der Freiräume in Verbindung zu setzen mit dem Alternativmilieu, mit den zahlreichen Jugend- und Protestbewegungen der 1970er- und 1980er-Jahre, öffnet jedoch nur einen Ausschnitt aus einem breiteren Gesamtbild. Um das vielgestaltige, auch widersprüchliche Phänomen der Freiräume besser zu verstehen, weiten wir unseren Betrachtungszeitraum aus: einerseits bis zurück in die 1930er-Jahre, auf frühe Orte, deren Entstehung, Funktion und Verhältnis zur Aussenwelt freiräumliche Merkmale haben; andererseits auf die Entwicklung in Basel nach der ASG-Ära. Dass sich der Beitrag auf die Jahre bis 2000 konzentriert, hängt mit den zum Zeitpunkt der Archivrecherchen zugänglichen Quellen zusammen.

Viele Orte in unserem Beitrag haben einen klaren Bezug untereinander, etwa durch personelle Verbindungen. Andere stehen stärker für sich alleine, insbesondere unsere Beispiele aus den 1930er-Jahren. ‹Freiraum› ist ein schillernder Begriff, er taucht im Laufe der Zeit als Forderung und Praxis in sehr unterschiedlichen Bewegungen und Gruppen auf, mit ebenso unterschiedlichen Anliegen, Zielen und (Raum-)Bedürfnissen: avantgardistische Künstler:innen, progressive Studierende, autonomistische Jugendliche, feministische Aktivistinnen, homosexuelle Männer. Entsprechend unterschiedlich war die Zugänglichkeit dieser Orte, von der hohen Eintrittsschwelle eines Clublokals für homosexuelle Männer in den 1930er-Jahren oder einer feministischen Hausbesetzung der 1970er-Jahre bis zur relativen Offenheit eines Freiluftareals wie der Alten Stadtgärtnerei. Gemeinsam ist den untersuchten Freiräumen, dass sie Anlaufpunkte für soziale Gruppen und politische Strömungen waren, die sich anderswo weder heimisch noch respektiert und repräsentiert sahen. Sie boten Gemeinschaftserfahrungen und eröffneten Handlungsspielräume für Menschen, die mit bürgerlichen Werten, Normen und Strukturen über Kreuz lagen. Insofern waren (und sind) Freiräume Experimentierfelder, in denen individuelle Freiheiten und kollektives Handeln erprobt werden konnten (und können). Egal, ob Akteur:innen die Öffentlichkeit, manchmal auch

**Individuelle Freiheiten
und kollektives Handeln
konnten erprobt werden**

den Konflikt suchten oder eher Schutz- und Rückzugsorte: Entscheidend ist ein Zusammenspiel aus Autonomie-, Emanzipations- und Territorialitätsstreben (das legale oder illegale Einnehmen von Raum in der Stadt) durch soziale Gruppen, die sich nicht zur bürgerlichen Gesellschaft zählen wollten oder konnten – und von dieser nicht in ihrer Mitte akzeptiert wurden. Insofern betrachten wir Freiräume auch als «Identifikationsmedien».⁹⁹ Ein Freiraum war immer auch ein Symbol und Medium für Identitätskonstruktionen. Der persönliche Positionsbezug zu einem Freiraum beziehungsweise zu jenen, die er repräsentierte, ordnete insofern auch den soziokulturellen und politischen Raum der Stadt. Oder andersherum: Konflikte wurden sichtbar, wo Freiräume Kontrapunkte setzten zu bürgerlichen Normen, Werten und Institutionen.

Im Folgenden kann nur auf einen Bruchteil aller Schauplätze und Akteur:innen zwischen circa 1930 und 2000 eingegangen werden. Der Beitrag will exemplarisch Vernetzungen, Zusammenhänge und Veränderungen aufzeigen, von frühen Vorboten über die Hochphase der Freiraumbewegung bis zur Um- und Zwischennutzungskultur. Wobei sich das Themenfeld geschlechtergeschichtlich unausgewogen darbietet: Abgesehen von dezidiert feministischen Aktionen, die wir unten in den Fokus rücken, kommen Frauen in den Quellen ausgesprochen selten als Wortführerinnen und Protagonistinnen vor. Ein Zeichen dafür, dass auch linksprogressive, avantgardistische und homosexuelle Strömungen, Netzwerke und Organisationen häufig patriarchal geprägt waren.

Orte der Gemeinschaft

Exemplarisch für Freiräume in den 1930er-Jahren rücken wir das Lokal des homosexuellen «Schweizerischen Freundschafts-Verbandes» sowie den «Club 33» in den Fokus. Letzterer wurde von der «Gruppe 33» gegründet, einer Vereinigung von vorwiegend jungen, antifaschistisch gesinnten Künstlern, die sich 1933 vom einflussreichen Berufsverband «Gesellschaft Schweizerischer Maler, Bildhauer und Architekten» (GSMBA) abspaltete. Beide Gruppen gehörten einer gesellschaftlichen Minderheit an: homosexuelle Männer aufgrund ihrer sexuellen Identität, die Künstler aufgrund ihrer progressiven künstlerischen Positionen, ihrer (effektiven oder vermuteten) Sympathie für den Kommunismus und teilweise prekären Existenzgrundlage. Im Fall der homosexuellen Männer stand das diskrete Treffen von anderen Männern im Zentrum, ohne polizeiliche Repressionen befürchten und ohne sich im Versteckten treffen zu müssen. Der von ihnen etablierte Freiraum war zugleich ein Schutzraum. Die «Gruppe 33» schloss sich zusammen, weil sie von

staatlicher Förderung und etablierten Kunsthäusern kaum berücksichtigt wurde und keine Ausstellungsmöglichkeiten hatte. Die Vergemeinschaftung bezweckte in beiden Fällen den Zusammenschluss von Gleichgesinnten sowie Hilfe zur Selbsthilfe.

Homosexuellen-Treffpunkte der 1930er-Jahre

1933 wurde die Sektion Basel des «Schweizerischen Freundschafts-Verbandes» gegründet. Ihren Treffpunkt hatte sie im Restaurant Besenstiel an der Steinentorstrasse 6; Mitglieder waren ausschliesslich homosexuelle Männer.¹⁰⁰ Nicht so bei der «Centralleitung» des Verbands in Zürich. Dieser ging aus einer Zusammenlegung des homosexuellen Damen-Clubs Amicitia (1931 bis 1933) und ehemaligen Mitgliedern des Excentric Clubs hervor und stand beiden Geschlechtern offen. Für den Dachverband legten Frauen den Grundstein, unter ihnen Anna Vock, die ihn präsidierte und redaktionelle Leiterin der Verbandszeitschrift «Freundschafts-Banner» war.¹⁰¹

Von der Existenz der Basler Sektion wissen wir aus den Akten des Polizeidepartements.¹⁰² Im Unterschied zu anderen Deutschschweizer Kantonen waren homosexuelle Handlungen unter Erwachsenen in Basel ab 1919 zwar straffrei. Weiterhin unter Strafe standen jedoch homosexuelle Verbindungen zu Minderjährigen und männliche Prostitution. Dies bot den Behörden eine rechtliche Grundlage, homosexuelle Männer auch nach der gesetzlichen Liberalisierung engmaschig zu überwachen. Über Basler Treffpunkte homosexueller Frauen in dieser Zeit ist die Quellenlage sehr dünn; ein weitverbreitetes Problem, wie Untersuchungen zur Homosexualität im deutschsprachigen Europa zeigen.¹⁰³

Präsident Ernst Feist meldete die neu gegründete Sektion des Freundschafts-Verbandes offiziell beim Polizeidepartement an und legte dem Schreiben die Statuten und einige Nummern der Zeitschrift «Freundschafts-Banner» bei, sichtlich um Transparenz und ein einvernehmliches Verhältnis mit der Polizei bemüht.¹⁰⁴ Der Verband verfolge den Zweck, «die Prostitution zu bekämpfen, die Pflege idealer Freundschaft, die sittliche Hebung und Bildung unserer Artgenossen, die Veranstaltung von geselligen Anlässen sowie den Schutz seiner Mitglieder».¹⁰⁵ Trotz seiner Deklaration stand der Club unter polizeilicher Beobachtung. Davon zeugen verschiedene Rapporte, die oftmals diskriminierend und in herablassendem Ton verfasst sind. Im März 1934 wurde das Clublokal aus Platzgründen ins Restaurant Löwenzorn am Gernsberg verlegt. Selbstkontrollen durch den Verband hätten verhindern sollen, dass Minderjährigen Zutritt zum Lokal gewährt wurde. Weil dies offenbar nicht gelang – unter anderem auch

wegen interner Intrigen –, wurde der Verbandspräsident am 19. Dezember 1934 von der Polizei in den Lohnhof einbestellt, um die Auflösung seiner Organisation zu bestätigen.¹⁰⁶

Dieses Beispiel zeigt, wie sich ein Teil der homosexuellen Männer in Basel zusammenschloss und einen Ort schuf, um sich unbehelligt treffen zu können. Damit verschafften sie sich Freiräume, sowohl im konkret-räumlichen Sinn als auch im Sinne einer Erweiterung ihres Handlungsspielraums als Vertreter einer sexuellen Minderheit. Der Freundschafts-Verband unterstrich sein Ziel, den Mitgliedern Schutz zu bieten, und bemühte sich um Akzeptanz seitens Behörden. Der Treffpunkt im ‹Besenstiel› beziehungsweise ‹Löwenzorn› war kurzlebig und Vereinsmitgliedern und ihren Gästen vorbehalten. Auch war er in den Hinterzimmern von Restaurants einquartiert und damit abhängig vom Wohlwollen der Gastgeberschaft. Gleichwohl zeugt diese frühe Initiative von einem neuen (Selbst-)Bewusstsein als Gruppe. Gaston Dubois (ein Pseudonym) formulierte es im ‹Schweizerischen Freundschafts-Banner› 1934 folgendermassen: «Für jede Minderheit gibt es nur einen Weg, um ihre Rechte der grösseren Umwelt gegenüber zu verfechten: Zusammenschluss.»¹⁰⁷

‹Club 33›: Wo sich die Avantgarde traf

Ein Zusammenschluss Gleichgesinnter war auch das Ziel der ‹Gruppe 33›. Aus Protest traten zwölf vorwiegend junge Künstler aus der Regionalsektion der GSMBA aus und gründeten am 10. Mai 1933, am Tag der ersten Bücherverbrennung im nationalsozialistischen Deutschland, die ‹Gruppe 33›. Diese positionierte sich klar antifaschistisch, suchte den internationalen Austausch und setzte sich ein für die Förderung avantgardistischer künstlerischer Bestrebungen sowie deren Schutz gegen «jegliche Angriffe und Entstellungen von Seiten künstlerisch-reaktionärer Kreise».¹⁰⁸

Damit gemeint waren die Verfechter des «wurzelechten Schollen-Heimatgefühls»,¹⁰⁹ die damals das Schweizer Kunstschaffen dominierten, unter ihnen der Basler Kunstsammler Alfred Bader. Die GSMBA hatte 1919 massgeblich zur Einführung des kantonalen Kunstkredits beigetragen, eines zentralen Förderinstruments für regionale Kunstschaffende,¹¹⁰ vertrat aber mehrheitlich ein konservatives Kunstverständnis.¹¹¹ Alle zwölf Gründungsmitglieder der neuen Künstlervereinigung waren Männer, darunter Otto Abt, Paul Camenisch und Max Sulzbachner. 1943 trat ihr mit Irène Zurkinden die erste Künstlerin bei. Mentor der Gruppe war Georg Schmidt, der 1939 mit Unterstützung von Regierungsrat Fritz Hauser trotz



60 **«Interieur mit Männern» (Club der Künstlervereinigung «Gruppe 33»), Gemälde von Ernst Ludwig Kirchner, 1936.** — Der «Club 33», untergebracht in einer umgebauten Werkstatt an der Steinenvorstadt 53, entwickelte sich weit über Basel hinaus zu einem Hotspot der Kunst- und Kulturszene. Auch Ernst Ludwig Kirchner, der sich 1917 in Davos niedergelassen hatte, verkehrte dort. Kirchner war für die junge Generation von Basler Kunstschaffenden in den 1920er- und 1930er-Jahren eine wichtige Referenzfigur.

Widerständen seitens der Kunstkommission und der GSMBA zum Direktor des Kunstmuseums ernannt wurde.¹¹²

Bereits die erste Ausstellung der «Gruppe 33» fand an einem aussergewöhnlichen Ort statt: in den umgebauten Räumlichkeiten des Cafés Riggibach an der Freien Strasse. Für die Umsetzung tat sich die Gruppe mit Marguerite Schulthess zusammen, eine der ersten Galeristinnen («Maison Schulthess») in Basel. Beim Kunsthistoriker Willy Rotzler hinterliess die Ausstellung einen bleibenden Eindruck – gerade weil sie in einem unkonventionellen Setting gezeigt wurde: «Ich weiss noch genau, mit welcher Spannung unser kleiner «Kunstklügel» vom Realgymnasium an der Rittergasse in die Freie Strasse hinunterzog, um die angekündigte erste Ausstellung der «Künstlervereinigung» in den Räumen des Café Riggibach

bach zu besuchen. Schon dass die Ausstellung ausserhalb des üblichen Rahmens der Kunsthalle oder einer der drei privaten Galerien stattfand, hatte beinahe etwas Verruchtes, erschien uns als eine Demonstration.»¹¹³

Ihren Stammtisch hatte die ‹Gruppe 33› im Restaurant Kunsthalle. Einen eigens für ihre Zwecke passenden Ort fand sie 1934 mit einer leerstehenden Werkstatt in einem Hinterhaus an der Steinenvorstadt 53, direkt neben dem Bühneneingang des Kuchlin-Theaters. Paul Artaria, Mitbegründer der ‹Gruppe 33› und Architekt, baute die Räumlichkeiten zu einem Clublokal um, das im November 1934 feierlich eröffnet wurde. Der ‹Club 33› hatte exklusiven Charakter, das Reglement untersagte Personen, die nicht in Begleitung eines Clubmitglieds kamen, strengstens den Zutritt. Eine Club-Mitgliedschaft konnten ausschliesslich Männer erwerben.¹¹⁴ Der Ort entwickelte sich zu einem Hotspot der avantgardistischen Kunstszene: Hier trat das von Erika und Klaus Mann sowie weiteren Exilierten gegründete Kabarett Pfeffermühle auf und die Tanzgruppe der Ausdruckstänzerin Katja Wulff, die sich bereits 1923 in Basel niedergelassen hatte. Das Lokal war Treffpunkt der Le-Bon-Film-Gründer um Georg Schmidt, auch der Kabarettist Alfred Rasser und der Dirigent Paul Sacher zählten zu den Gästen. Die Kunsthistorikerin Yvonne Höfliger-Griesser bringt die Vielgestaltigkeit des Avantgarde-Treffs auf den Punkt: «Der ‹Club› war Freiraum, Auffangstation, Schmelztiegel, Probebühne, Literaturpodium, Ausstellungsraum, Diskussionsforum, Gaststube, Festsaal, Widerstandsnest, Nabel der Welt, Kommandozentrale – alles zugleich [...]»¹¹⁵

Und wie oft, wenn ein Ort vieles zugleich war, gab es zunehmend Konflikte um seinen Zweck. Bereits 1937 kritisierten Vertreter der ‹Gruppe 33›, der Club habe sich zu einem «Wirtsort» entwickelt, sollte aber zuallererst ein Ort sein, wo «die ‹Gruppe 33› ihre besten Arbeiten erstmalig in Ausstellungen zeigt».¹¹⁶ Lärmklagen, ungebetene Gäste und ein Betrieb, der ausser Kontrolle geriet, taten ihr Übriges. Nach acht Jahren erhielt der Club 1942 vom Vermieter die Kündigung.¹¹⁷ Zum neuen Treffpunkt wurde der erste Stock des Restaurants Museumstube an der Barfüssergasse 12 bestimmt. Der neue Ort, kein in Eigenregie geführtes Lokal, konnte nicht mehr an die schillernde Bedeutung der Vorgänger-Institution anknüpfen [60].¹¹⁸

Kulturzentrum in den Ruinen des Grossbürgertums

Der Mangel an Ausstellungsräumen insbesondere für junge Kunstschaffende war in Basel über viele Jahre eine Konstante. Mitte der 1960er-Jahre ergriff der Künstler Kurt Fahrner die kulturpolitische Initiative. Er war *enfant terrible* des Basler



61 Eröffnung des «Aktiv-Cultur-zentrums Spectro-Machie» an der Austrasse 77, 26. April 1969. Foto: Photoatelier Lendi-Lichtenberg, 1969. — Bereits zum zweiten Mal nutzten der Basler Künstler Kurt Fahrner und seine Weggefährten eine grossbürgerliche Abbruchvilla als Zentrum für junge Kunst, politische Diskussionen und alternative Kulturformate.

Kunstabetriebs, ihm haftete seit der Enthüllung seines Werks «Bild einer gekreuzigten Frau» 1959 auf der «Klagemauer» des Barfüsserplatzes das Etikett eines Skandal-künstlers an: Den exponierten Ort mitten in der Stadt nutzte Fahrner für seine Vernissage, weil er keine Galerie fand, die sein Bild ausstellen wollte.¹¹⁹ Dabei hatte er schon vor der «Barfüsser-Affaire» – unter dieser Bezeichnung wurde das entsprechende Dossier bei der Staatsanwaltschaft geführt¹²⁰ – mit der Idee gespielt, in Basel ein Kulturzentrum aufzubauen, wie er es in Paris bei der um 1900 gegründeten Künstler:innenkolonie «La Ruche» gesehen hatte. Fahrner schwebte ein Ausstellungs- und Kulturraum für Kunstschaffende vor, kuratiert in Eigenregie. Er mietete eine leerstehende Abbruchvilla an der Missionsstrasse 8. In dieser «Ruine

des Grossbürgertums» fand im Mai 1965 eine spektakuläre, filmisch verewigte Ausstellungsvernissage statt.¹²¹ Prominent in Szene gesetzt Fahrners Gliederpuppe «Shinto Bérénice», die er guillotinierte. Neben Fahrners Werken waren Eisenplastiken von Willy Weber und eine Schuhkollektion der Gruppe-33-Künstlerin Irène Zurkinder zu sehen.¹²²

Die Villa an der Missionsstrasse war eine Zwischennutzung avant la lettre. Einige Jahre später fand Fahrner an der Austrasse 77 erneut eine Abbruchvilla.¹²³ Dort wurde im April 1969 das «Aktiv-Culturzentrum Spectro-Machie» eröffnet, das als Verein organisiert war, mit Fahrner als Präsident [61]. Die Ziele waren – ähnlich wie beim Club 33 – «Förderung und Präsentation neuer Ausdruckformen, Aussagen und Ansichten».¹²⁴ Die «Spectro-Machie» entwickelte sich zum selbstverwalteten Ausstellungsraum, Konzerthaus, Theater- und Kinosaal. Auch (politische) Vorträge und multimediale Veranstaltungen fanden dort statt, Mitglieder der kurz davor gegründeten Progressiven Studenten Basel (PSB) gingen ein und aus, die studentische Aktionsgruppe «Arena» hielt Versammlungen ab und führte Veranstaltungen durch. Die «Arbeiterzeitung» zeigte sich anlässlich der Spectro-Machie-Eröffnung begeistert über die «pädagogische Weisheit der Haus- und Hof-Eigentümerin», die ihr unbenutztes Anwesen der «Spekro-Jugend» zur Verfügung stellte: «Bravo! Auf solche und ähnliche Art wären wohl viele Probleme der jungen Generation zu lösen.»¹²⁵

Der Betrieb der Spectro-Machie an der Austrasse geriet unter anderem wegen Drogenumlaufs ausser Kontrolle, doch ohnehin musste sie wegen des Abbruchs der Villa nach wenigen Monaten umziehen. Kurt Fahrner stieg aus dem Projekt aus, Vereinsmitglied Hanspeter Schweizer übernahm am neuen Ort «das Zepher».¹²⁶ Doch auch hier, am Claragraben 123, entfaltete sich in der Spectro-Machie eine Eigendynamik, die sich der Kontrolle der ursprünglichen Betreiberschaft bald entzog.

Orte der Konfrontation

In den späten 1960er-Jahren ist eine Zunahme politischer Ausdrucksformen zu beobachten, die auf Provokation und direkte Konfrontation mit Autoritäten setzten. Protagonisten wie Kurt Fahrner können als Wegbereiter gesehen werden, deren kritischer und herausfordernder Umgang mit der Öffentlichkeit zum Habitus einer jüngeren Protestgeneration wurde. Sie agierte im historischen Kontext einer generell wachsenden Politikmüdigkeit und -skepsis in weiten Teilen der Basler Bevölkerung, nicht zuletzt angesichts der städtebaulichen Auswirkungen des Wirtschaftswachstums.¹²⁷

Das sich formierende Alternativmilieu manifestierte sich in Basel in Form von Bewegungen und Protoparteien, etwa die ‹Progressiven Organisationen› oder das studentische Veranstaltungsforum ‹Arena›, und räumlich in ersten Kommunen und Wohngemeinschaften.¹²⁸ 1971 erfolgte die erste polizeilich dokumentierte Hausbesetzung am Petersgraben 24, und am Claragraben 123 entstand das erste autonome Jugendzentrum Basels. Eine Infrastruktur mit Cafés, Beratungs- und Anlaufstellen sowie Läden bildete sich heraus, die im Alternativmilieu wurzelte und dieses ansprach.¹²⁹ Nach und nach entwickelte sich zudem eine eigene Medienlandschaft mit Flugblättern, Plakaten, freien Radios und Piratensendern (zum Beispiel Radio Verte Fessenheim/Radio Dreyeckland, gegründet 1977), aber auch Publikationen. So entstand ein eigentlicher ‹Milieuraum› in Stadt und Region Basel, der aus den breitgefächerten Bedürfnissen und Anliegen einer mehrheitlich jungen, links-alternativen Szene erwuchs und eine Sichtbarkeit schuf für sich verändernde (Wert-)Vorstellungen, politische Anliegen und ästhetische Vorlieben.

‹Arena›: Ein Forum der Achtundsechzigerbewegung

Die studentische Achtundsechziger-Gruppierung ‹Arena› formierte sich im November 1968 und war mit abnehmender Intensität bis Anfang 1973 aktiv.¹³⁰ Sie war eine Plattform für politische Diskussionen und kulturelle Veranstaltungen und fungierte als Treffpunkt für progressive Kreise. Diverse Arbeitsgruppen gestalteten das Inhaltsprofil. Zentral war die Arbeitsgruppe ‹Planung›. Sie organisierte Diskussionen und verfasste Stellungnahmen zur Stadt- und Raumplanung. Eine der tonangebenden Stimmen war der junge Architekt Rudolf (Ruedi) Bachmann. Ende der 1960er-Jahre engagierte er sich gegen den Abriss von Altbauten am Andreasplatz und trug massgeblich dazu bei, dass 1979 die Bärenfelsenstrasse zur ersten verkehrsberuhigten Wohnstrasse der Stadt wurde. Zudem war er an der Ausarbeitung des Umnutzungskonzeptes ‹Ent-stoh-loh› von 1973 für die alte Militärkaserne beteiligt.¹³¹ Diese Beispiele stehen exemplarisch für die stadtplanerische Stossrichtung der ‹Arena›, die auf demokratischere, partizipative Planungsprozesse abzielte und das Primat des motorisierten Verkehrs in der offiziellen Stadtplanung infrage stellte [62].¹³² Unschwer sind darin auch Ansätze des Basler Soziologen, Stadtforschers und Planungskritikers Lucius Burckhardt zu erkennen.¹³³

Die vornehmlich männlichen Aktivisten griffen regelmässig urbanistische Themen auf. Die ‹Arena› ist insofern historisch interessant als junge, reformerische Akteurin im Bereich der städtischen Raumplanung und Stadtentwicklung. Sie

BASLER BÜRGER ERGREIFEN DIE INITIATIVE ZUR RETTUNG IHRER STADT:

IN DER VERGANGENHEIT ÜBERLIESS MAN DAS WACHSEN UND DIE AUSGESTALTUNG UNSERER STADT ENTWEDER DEM ZUFALL ODER DEN MÄCHTIGEN INTERESSENGRUPPEN, DENEN IHR EIGENES HEMD (SPRICH: PROFIT) NÄHER LAG, ALS DER KITTEL (SPRICH: BEDÜRFNISSE DER BEVÖLKERUNG). DAS ERGEBNIS IST FÜR ALLE SICHTBAR - VERPESTETE LUFT, VERSTOPFTE STRASSEN, UNMENSCHLICHE BETONWÜSTEN - UND WIRD VON DEN WACHEN BÜRGERN NICHT MEHR LÄNGER HINGENOMMEN. SIE ERKENNEN MEHR UND MEHR, DASS DIE LEBENSINTERESSEN DER MEHRHEIT **NUR DURCH DIE MEHRHEIT SELBST** GEWAHRT UND GESCHÜTZT WERDEN KÖNNEN. DAS MITTEL ZUR DURCHSETZUNG DIESER INTERESSEN IST DIE **DIREKTE DEMOKRATIE**, DIE VOLKSABSTIMMUNG. EIN WEG DAZU, IM SINNE DES MENSCHEN, IST DIE **EINFÜHRUNG DES NULLTARIF!** WARUM?

SEHEN SIE SICH DEN KREIS UM DIE STADT BASEL AN: 6 KM DURCHMESSER! WIE KLEIN IST DOCH DER CITYRING, ABER WAS DER KOSTET!! DABEI SCHÜTZT ER NUR DIE INNERSTADT. NEIN, WIR WOLLEN AUCH DIE DICHTEN WOHN- GEBIETE SCHÜTZEN!

DER GEPLANTE AUTO-BAHNRING WÄRE HIERZU EHER BRAUCHBAR, WEIL ER DEN GANZEN DICHTEN STADTRAUM UMFASST. ABER DER RING KOSTET NOCH MEHR, JAHRZEHNTE DER BAUMEREI KÄMEN DAZU!

NEIN, WENN INVESTIEREN DANN DORT, WO ES SICH LOHNT, WO ES BILLIGER IST.

BILLIGER UND BESSER IST DIE SCHLISSUNG DES EISENBAHNRINGS IM NORDEN DER STADT!

DIE SCHIENE BRAUCHT WENIGER PLATZ ALS DIE STRASSE, HAT ALSO MEHR KAPAZITÄT.

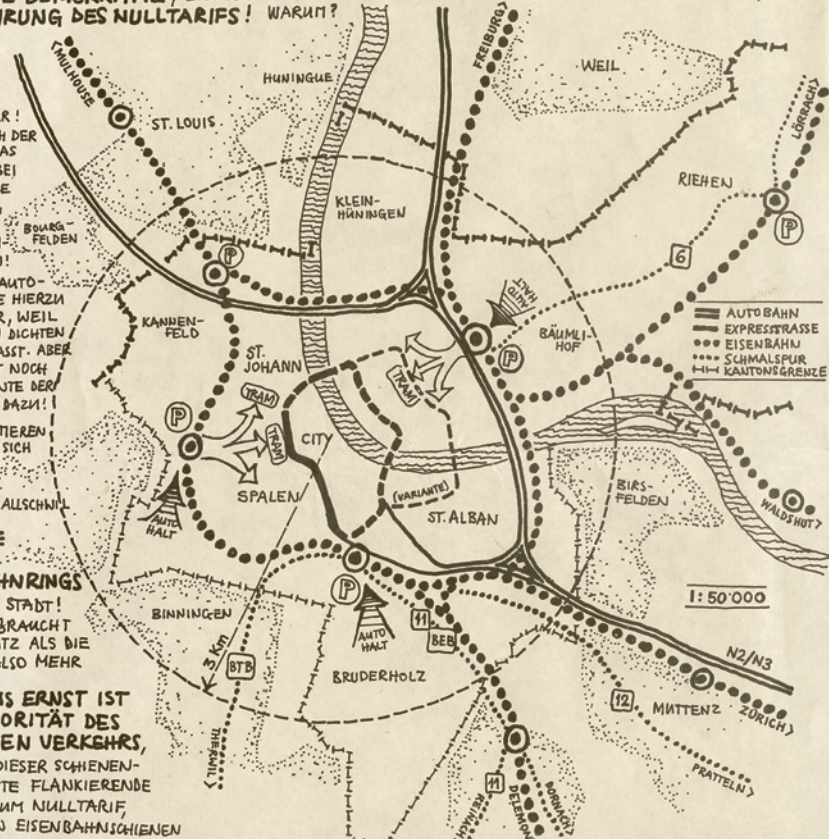
WENN ES UNS ERNST IST MIT DER PRIORITÄT DES ÖFFENTLICHEN VERKEHRS, DANN BILDET DIESER SCHIENENRING EINE ERSTE FLÄNKIERENDE MASSNAHME ZUM NULLTARIF,

DENN: AUF DEN EISENBAHNSCHIENEN KANN EIN REGIONALES SCHNELLBAHN-SYSTEM ZIRKULIEREN (GROBVERTEILER), EIN BESTANDTEIL DES VERKEHRSVERBUNDES UNSERER REGION. DIE ZUSÄTZLICHEN STATIONEN, DIE SIE HIER ENTDECKEN SIND VERBUNDEN MIT GROSSZÜGIGEN PARKHÄUSERN - EINE WEITERE FLÄNKIERENDE MASSNAHME ZUM NULLTARIF. ROLLTREPPEN FÜHREN IN DIESEN KNOTENPUNKTEN EINERSEITS ZUM AUTO, ANDERSEITS ZUM TRAM (FEINVERTEILER). DIE RADIALSTRASSEN MÜSSEN IN DIESE KNOTEN FÜHREN,

DANN IST KEIN STRASSENRING MEHR NÖTIG, KEINE UNNÖTIGE PARKPLATZ-SUCHE IN DEN WOHN- GEBIETEN. WEIL ABER DURCH DIESE MASSNAHME MEHR MENSCHEN DAS TRAM BENUTZEN, MUSS MEHR ROLLMATERIAL HER UND DEMZUFOLGE EINE VERBESSERUNG DES NETZES. **ALLE REDEN VOM ÖFFENTLICHEN VERKEHR - WIR REALISIEREN IHN MIT DEM JA ZUM NULLTARIF!** NUR SO WERDEN DIE GEHÖRDEN GEZWUNGEN ZU HAN-

DELN, WEIL DER NULLTARIF FLÄNKIERENDE MASSNAHMEN ERZWINGT: DIESE MASSNAHMEN BEDEUTEN EINE LEBENSFÄHIGE STADT.

ARENA POSTFACH 659
4001 BASEL
ARBEITSGRUPPE PLANUNG
IMPULS TOTENGÄSSEN
4051 BASEL
AKTIONSGRUPPE FÜR DREI-GLIEDERUNG



62 Flugblatt der «Arena»-Arbeitsgruppe «Planung» und einer Aktionsgruppe «Impuls», undatiert (vermutlich 1972). — Die Arbeitsgruppe präsentierte, flankierend zur kanto-

nalen Gratis-Tram-Initiative, ein Gesamtverkehrs-konzept, das den öffentlichen Verkehr fördern und den Automobilverkehr aus der Innenstadt verbannen wollte.

ist aber auch raumgeschichtlich interessant, weil an ihr exemplarisch die oftmals prekäre Situation neuer soziopolitischer Gruppierungen in einer etablierten städtischen Raumordnung gezeigt werden kann. Eine ‹Arena›-Arbeitsgruppe fragte im September 1969: «Grosse Ratlosigkeit: Wo findet die Basler Jugend eine Unterkunft? Einen Treffpunkt ohne Vorstand und Statuten, ohne Begrenzung von Zeit, Alter und Nation; ohne Fraktions- und Konsumzwang?»¹³⁴

Schauplatz ihrer offiziellen Gründung am 21. November 1968 war, Kurt Fahrner hatte es vorgemacht, eine alte Bürgervilla an der St. Jakobs-Strasse 30. Als der Vermieterin die linke Ausrichtung der Gruppierung zu Ohren kam, musste sie das Feld räumen und fand vorübergehend Unterschlupf in Fahrners Spectro-Machie an der Austrasse. Im September 1969 wurde auch dieser Mietvertrag gekündigt – auch hier mutmasslich wegen der politischen Veranstaltungen.¹³⁵ Diese ‹nomadische› Existenz teilte die Gruppe mit vielen progressiven Formaten und Initiativen ihrer Zeit. So verlegten sich ‹Arena› und andere progressive Kräfte im Herbst 1969 darauf, Versammlungen in der Öffentlichkeit abzuhalten, zum Beispiel am 9. Oktober in der Schalterhalle des Bahnhofs SBB. Aus diesem Kontext sind früheste Forderungen nach einem ‹autonomen Kommunikationszentrum› dokumentiert.¹³⁶

Wo findet die Basler Jugend eine Unterkunft?

Nach weiteren Zwischenstationen am Nadelberg 20 und im Offenen Saal der Kunsthalle in den Jahren 1970 bis 1972 wurde die ‹Katakombe› zum letzten Stützpunkt der ‹Arena›. Die kleine Kunstgalerie in einem Keller beim Totentanz wurde betrieben von Pierre Gürtler, 1968 einer der Wegbereiter der ‹Art Basel›.¹³⁷ Und während die junge Basler Kunstmesse im Begriff war, die Kunstwelt zu erobern, verloren sich die Spuren der ‹Arena› buchstäblich im Basler Untergrund. Just dort, wo 1977 «ein schwules ‹Kommunikationszentrum› mit Cafeteria, Informationsraum und Diskothek» entstehen sollte, ein Hotspot des progressiven Basler Nachtlebens, insbesondere auch für die neu aufkommende Punk-Szene.¹³⁸

Die Forderung nach autonomen Räumen:

AJZ Claragraben – AJZ Hochstrasse – AFZ Aktion Frauenzentrum

Die 1942 gegründete Basler Freizeitaktion (BFA) schuf schon früh betreute Angebote zunächst für Jugendliche, die in Jugendorganisationen eingebunden waren. Mit der Eröffnung des Sommercasinos 1962 nahm die BFA eine schweizweite Pionierrolle ein.¹³⁹ Erstmals existierte damit für alle jungen Einwohner:innen der Stadt eine Anlaufstelle, in der programmatisch zu ‹sinnvollen› Freizeitaktivitäten ange-

leitet werden sollte. Das Angebot an Werkstätten und Kursen mit dem Ziel, «der schulentlassenen, unorganisierten Jugend Gelegenheiten und Weisungen zur Verbringung ihrer Freizeit»¹⁴⁰ zu vermitteln, fand indes eher bescheidenen Anklang. Wesentlich grösser war das Bedürfnis, schlicht einen Treffpunkt zu haben und populäre Musik zu hören. Insbesondere progressiven Jungen war das Sommercasino nicht Freiraum genug: Gegen Ende der 1960er-Jahre fasste die Idee der Autonomie Fuss. Selbstorganisation und Selbstverwaltung sowie die damit einhergehende Ablehnung von Autoritäten führten zu gänzlich neuen Formen jugendlicher Treffpunkte. Es entstanden Orte, an denen Behörden und etablierte zivilgesellschaftliche Akteure (Kirchen, gemeinnützige Organisationen) Kontrollverluste hinnehmen mussten. Orte, an denen der Anspruch jugendlich-progressiver Kräfte auf Teilhabe am städtischen Raum sich forsch manifestierte.

AJZ Claragraben (1972/73) und AJZ Hochstrasse (1981)

«Flugblätter wurden verteilt. Wie ein Lauffeuer ging es durch die Stadt: die <Spectro> öffnet wieder», berichtete die <National-Zeitung> Mitte Januar 1971 über die Neueröffnung der <Spectro-Machie> am Claragraben 123.¹⁴¹ Zwischen Fahrners Künstlerinitiativen an Missions- und Austrasse und dem späteren ersten autonomen Jugendzentrum bestand ein enger Zusammenhang. So vollzog ein Teil der Akteure zum Beispiel aus dem <Arena>-Umfeld den Ortswechsel mit. Vor allem aber übernahm zunächst Hanspeter Schweizer, Mitgründer des Vereins Spectro-Machie, die Leitung am neuen Ort, der Ausstellungen, Konzerte und Gastronomie für ein jugendlich-alternatives Publikum bot. Während Verantwortliche und Gäste die <Spectro-Machie> und das direkt benachbarte makrobiotische Restaurant Mañana als soziale Rückzugsorte beschrieben, galt die Liegenschaft am Claragraben der Öffentlichkeit als Brennpunkt eines «Rauschgiftproblems».¹⁴² Die Behörden wiederum hofften, der Ort könne Mittel zum Zweck sein, um die Drogenszene unter Kontrolle zu halten. Nach einem Konflikt mit der Vermieterin, der Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige (GGG), besetzte die Interessensgemeinschaft AJZ am 1. März 1972 das Erdgeschoss. Die Vollversammlung des ersten Autonomen Jugendzentrums in Basel, an der angeblich rund fünfhundert Personen teilnahmen, forderte in einer Resolution an die GGG und den Basler Regierungsrat «Freiheit und Selbstbestimmungsrecht»: «Wir verlangen [...] ein Jugendzentrum, in dem uns niemand dreinzureden hat und in dem unsere Probleme nicht wie in den bestehenden Jugendlokalen in Profit umgewandelt, sondern gelöst werden. Der Mangel an Freiheit, das Gefühl des Erstickens in dieser bürgerlichen Bürokratie, die

ständige Kontrolle, die der Staat, vertreten durch die Polizei, über uns ausübt, die Ausbeutung am Arbeitsplatz und in der Freizeit kotzt uns an.»¹⁴³

1972 spitzte sich die Lage zu: Es fehlte im AJZ an Organisation, Ansprechpersonen und Gemeinsinn. Insbesondere Drogenhandel und -konsum (Haschisch, LSD, Heroin) führten zu Desintegration und Dysfunktionalität.¹⁴⁴ Die GGG kündigte zum wiederholten Mal und endgültig am 31. März 1973. Im AJZ regte sich kaum noch Widerstand. Ein letztes AJZ-Aktionskomitee-Flugblatt bezeichnete das AJZ als Ort, der nur noch «dem Bedürfnis eines ausgeflippten Flachliegerhauens» entsprochen habe.¹⁴⁵ Für die Jugendlichen war das AJZ Rückzugs- und Zufluchtsort vor öffentlichen Einrichtungen, auch vor Jugendheimen und Gefängnissen. Mit der paradoxen Auswirkung, dass ein Professionalisierungsprozess in der Sozial- und Jugendarbeit einsetzte, von dem sich Behörden und Politik mehr Kontrolle über den «Unruheherd Jugend» und die Probleme rund um den Drogenkonsum erhofften. Dazu gehörte nicht zuletzt, dass es nicht mehr wie im AJZ möglich sein sollte, sich zu Hunderten zu versammeln.¹⁴⁶

Im Rückblick markiert das erste AJZ den Übergang von den (legalen) Nutzungen leerstehender Stadtvillen in den 1950er-/1960er-Jahren zu den Haus- und Arealbesetzungen der 1970er- und 1980er-Jahre. Die Spectro-Machie bildete dabei eine Scharnierstelle. Gruppierungen wie die «Arena» und vor allem das erste AJZ waren ihrerseits wegweisend für die hartnäckigen Forderungen nach Freiräumen in den folgenden Jahrzehnten. Selbstverwaltete Orte, die für den Wunsch nach Gemeinschaftserfahrung und «Wärme» standen,¹⁴⁷ für das Streben nach individueller Selbstverwirklichung und das Erproben neuer Formen des Zusammenlebens. Teil dieser Entwicklung waren militant ausgetragene Wohnraumkonflikte Ende der 1970er-Jahre.¹⁴⁸ Die Streitpunkte Mietpreise, Eigentumsverhältnisse, Abriss von Altbauten und lieblos-zweckrationale Architektur verschmolzen im Alternativmilieu zu einer klassenkämpferischen Stadtentwicklungspolitik.

In diesem Kontext wurde der Kampf um Freiräume mit zunehmend harten Bandagen geführt. Haus- und Arealbesetzungen und (oftmals von Gewalt begleitete) Demonstrationen wurden vor allem ab 1979/80 zu gängigen Praktiken.¹⁴⁹ Die stadtpolitischen Bewegungen der 1980er-Jahre rückten den Stadtraum und die Bedürfnisse der Jugend in den Mittelpunkt. Auf den Ereignisverlauf im Zusammenhang mit dem zweiten AJZ an der Hochstrasse im Frühjahr 1981 wird hier aus Platzgründen nicht detaillierter eingegangen [63].¹⁵⁰ Wie schon das erste oszillierte auch das zweite AJZ zwischen Euphorie und struktureller Krise. Nachdem der Basler Regierungsrat das Experiment AJZ für gescheitert erklärt hatte, räumte die Polizei am 5. Mai 1981 das weitläufige Gebäude. Nach einem Intermezzo in der



63 Das besetzte ehemalige Postgebäude an der Hochstrasse, Blick von der Peter-Merian-Brücke aus, Videostill aus «Es herrscht wieder Frieden im Land», Videogenossenschaft Basel, 1981. — Die sozialen Bewegungen der späten 1970er- und vor allem dann die Wohn- und Frei-

raumbewegungen der 1980er-Jahre nutzten das damals neue Medium Video ebenso intensiv wie experimentell. Die 1979 gegründete Videogenossenschaft Basel hatte ihren ersten Standort im Dachgeschoss der Reithalle auf dem Kasernenareal.

Andlauerklinik am Petersgraben 9/11 kam der Aktivismus für einen autonomen Freiraum in Basel für einige Jahre zum Erliegen.

Die Ereignisse rund um die Hochstrasse hinterliessen in der Stadtgesellschaft allerdings Narben: Vor allem die bürgerliche Presse und Politik zeigte sich schockiert über Drogenkonsum, hygienische Zustände und Gewaltereignisse im AJZ, aber auch über die Gewalt zwischen Polizei und Jugendlichen, die nicht selten in der Innenstadt ausgetragen wurde. Beides wurde nicht der AJZ-Jugend allein angelastet. Auch Polizei, Behörden und Regierung, die auf ganzer Linie überfordert schienen, standen in der Kritik. Diese traf insbesondere den sozialdemokratischen Polizeidirektor Karl Schnyder, auch aus den Reihen seiner eigenen Partei. In der Folge spaltete sich 1982 die linkskonservative Demokratisch-Soziale Partei (DSP) ab, und die SP erlitt bei den Grossratswahlen 1984 einen Verlust von 6,5 Prozent der Stimmen.¹⁵¹ Nach diesen Verwerfungen kehrte etwas Ruhe ein – bis 1986 mit der Alten Stadtgärtnerei das Thema der Freiräume mit Wucht auf die stadtpolitische Agenda zurückkehrte.

abzeichnete, dass das Anliegen in absehbarer Zeit keine Chance auf Realisierung hatte, lancierten junge Feministinnen die ‹Aktion Frauenzentrum› (AFZ) und besetzten am 11./12. März 1977 eine Liegenschaft an der Hardstrasse 83 [64]. Einzelne von ihnen dürften bereits im ersten AJZ am Claragraben aktiv gewesen sein.¹⁵⁶ An der Hardstrasse im Gellert planten sie ein Frauencafé, das als Treffpunkt dienen sollte, «ohne Belästigungen und Zudringlichkeiten, denen wir in allen öffentlichen Restaurationsbetrieben ausgesetzt sind».¹⁵⁷ Zudem sollten ein Kinderspielzimmer, eine feministische Bibliothek, eine Fachstelle für medizinische, rechtliche und soziale Beratung, eine Notschlafstelle sowie Sitzungszimmer eingerichtet werden. Bei Regierung und Behörden stiess die illegale Aktion zunächst auf Ablehnung.¹⁵⁸ Auch Organisationen der ‹alten› wie ‹neuen› Frauenbewegung stellten sich nicht geschlossen hinter die Besetzung.¹⁵⁹ Dennoch zeigen Archivadokumente, dass die Anliegen ernstgenommen wurden, nicht zuletzt dank der Fürsprache durch die Frauenzentrale Basel sowie den Basler Frauenverein am Heuberg. Parallel zu den Vorbereitungen der polizeilichen Räumung am 19. März trafen die Behörden Abklärungen «für ein Frauenzentrum, das die vernünftigen und bisher nirgends richtig wahrgenommenen Aktivitäten ausübt».¹⁶⁰

Ein eigentliches Frauenzentrum, das unterschiedlichste Funktionen auf sich vereinigte, kam letztlich nicht zustande. Doch wurden in der Folge auf die ganze Stadt verteilte Angebote mit sehr verschiedenen Trägerschaften eingerichtet, die auch auf Vorarbeiten der AFZ fussten.¹⁶¹ Am 1. Juni 1981 wurde das Frauenhaus als Schutzraum für misshandelte Frauen eröffnet, finanziert von einer Stiftung und dem Kanton.¹⁶² Bereits ab dem 1. Mai 1979 offerierte die spendenfinanzierte Frauenberatungsstelle INFRA am Lindenberg 23 (Restaurant Hirscheneck) kostenlose Hilfestellungen bei beruflichen, medizinischen und juristischen Fragen.¹⁶³ Als wohl erstes Projekt ging aber 1978 aus der AFZ das Café ‹Frauenzimmer› an der Davidsbodenstrasse 25 hervor.¹⁶⁴ Vermieterin war die von Ruedi Bachmann mitgegründete Wohngenossenschaft CoHabitat. 1983 zog das Café auf das Kasernenareal (Klingentalgraben). Nach der Streichung kantonaler Subventionen im Jahr 1993 hielt es sich bis Anfang des neuen Jahrtausends, zuletzt unter dem Namen ‹effzett›, an wechselnden Orten.

Feministische Raum-Anliegen erwiesen sich im Rückblick als oftmals durchsetzungsfähig und beständig. Die AJZ-Bewegungen schlitterten vom Ideal der Autonomie in Situationen der Anomie, also der Abwesenheit verbindlicher, langfristig angelegter Regeln des Zusammenlebens.¹⁶⁵ Der feministische Aktivismus folgte einer anderen Handlungslogik: Er wollte bürgerlich und patriarchal geprägte Normen und Regeln ändern, den Handlungsspielraum für Frauen ver-

grössern und Frauen vor Belästigung und Gewalt schützen. Dementsprechend hatten dauerhafte und zuverlässige Anlaufstellen Priorität. Hierfür wusste sich die Frauenbewegung in Gesellschaft und Politik wiederholt erfolgreich Gehör und in der Stadt Raum zu verschaffen. Einige der so geschaffenen Orte sind als Institution eine feste Grösse geworden. Gerade das Frauenhaus steht dafür, wie progressive Ideen jener Zeit die Stadt sozial und räumlich nachhaltig verändert haben. Mit seiner Eröffnung war die Stadt nicht länger ein Raum, der von Gewalt betroffene Frauen ins Leere laufen liess.

«Katakombe»: Neue homosexuelle Sichtbarkeit

Wie für die neue Frauenbewegung waren auch für die Homosexuellenbewegung der 1970er- und 1980er-Jahre Raumfragen zentral, wobei sich der Aktivismus homosexueller Frauen nicht immer eindeutig der einen oder der anderen Bewegung zuordnen lässt. Exemplarisch zeigen wir anhand der «Katakombe» auf, wie sich Bedürfnisse der Szene, eigene Orte und der Stadtraum zueinander verhielten.¹⁶⁶ Im Kontext der Achtundsechzigerbewegung und vor allem im Nachgang zu den Stonewall-Unruhen 1969 in New York City politisierten sich homosexuelle Menschen zunehmend auch in Basel. Eine eigentliche Bewegung nahm Form an, die ihre Forderungen nun explizit in die Öffentlichkeit trug. Dies zeigt sich bereits an der Selbstbezeichnung «schwul» bei homosexuellen Männern, in Abgrenzung zu «homosexuell» oder zur früheren Selbstbezeichnung «homophil». Sich als schwul zu bezeichnen, war ein politischer Positionsbezug. Der neuen, kämpferischen Homosexuellenbewegung fühlte sich vor allem die junge Generation zugehörig.

Diese forderte eine Befreiung der Sexualität sowie Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen. Voraussetzung hierfür war, gegenüber Familie, beruflichem Umfeld und Öffentlichkeit zur eigenen sexuellen Orientierung zu stehen («Coming out»)¹⁶⁷ «Raus aus den [öffentlichen] Toiletten, rein in die Strassen!», lautete die Parole, einem Film des deutschen Regisseurs Rosa von Praunheim entnommen.¹⁶⁸ Dieser Perspektivenwechsel ist charakteristisch für die Homosexuellenbewegung der 1970er-Jahre. Eine Vorführung des erwähnten Films am 21. Juni 1972 an der Universität Basel war auch der Auslöser für die Gründung der Homosexuellen Arbeitsgruppen Basel (HABS) nach dem Vorbild der Homosexuellen Arbeitsgruppen Zürich (HAZ, Herbst 1971). Die HABS zählte 33 Mitglieder, darunter 4 Frauen;¹⁶⁹ ein Indiz dafür, dass der Aktivismus homosexueller Frauen jener Zeit sich stärker in der feministischen Bewegung und weniger im Umfeld der männlichen Homosexuellenbewegung entfaltete.¹⁷⁰



65 ‹Katakombe› am Totentanz 17/18, undatiert. —

Das Kellerlokal wurde von 1977 bis 1980 als «schwules Kommunikationszentrum» mit Informationsraum, Cafeteria und Disco betrieben.

Nach drei Jahren wechselnder Lokalitäten konnten die HABS sich 1975 im Volkshaus einmieten und eine Disco betreiben. Allerdings verlangte die staatliche Liegenschaftsverwaltung als Vermieterin genau das, was die HABS nicht mehr wollten: Es dürfe von aussen nicht sichtbar sein, dass hier ein Schwulenlokal einquartiert sei.¹⁷¹ Das Lokal im Volkshaus wurde unter dem Namen ‹Zabi› (‹Zabriskie Point›) betrieben, 1977 wurde es von der ‹Katakombe› am Totentanz 17/18 abgelöst, ehemals ein Jazzkeller und eine Galerie [65]. Die ‹Katakombe› wurde als «schwules

Kommunikationszentrum» betrieben, mit Informationsraum, Cafeteria und Disco. Auch Menschen mit anderer sexueller Orientierung hatten Zugang. Für alle offen zu sein, entsprach der Intention der HABS, homosexuelle Menschen aus der Isolation zu führen und Öffentlichkeitsarbeit in diesem Sinn zu betreiben. Jedoch nahm der Discobetrieb so stark überhand, dass der eigentliche Zweck des Lokals, die politische Arbeit, in den Hintergrund rückte und immer mehr HABS-Mitglieder gegenüber der «Katakombe» skeptisch eingestellt waren.¹⁷²

Nicht zufällig erinnert diese Entwicklung an jene des «Club 33». Was einst als Freiraum für eine Minderheit konzipiert und betrieben wurde, entwickelte sich zum allseits begehrten Treffpunkt, was wiederum zur Folge hatte, dass die eigentliche Zielgruppe sich nicht mehr repräsentiert fühlte. Wenig überraschend also, dass bei den HABS nur eines von zwei Augen weinte, als der Mietvertrag 1980 gekündigt wurde. Bereits 1979 waren die HABS ins neu gegründete und selbstverwaltete Lokal «Hirschenkeck» am Lindenberg 23 gezogen. Bis zur Eröffnung eines neuen homosexuellen Zentrums in Basel sollte es mehr als zehn Jahre dauern. Im Januar 1991 wurde an der Gärtnerstrasse 55 das «SchLeZ» (Schwulen- und Lesben-Zentrum) eröffnet. Dem Trägerverein gehörten nun von Anfang an auch homosexuelle Frauen an. Der Treffpunkt bestand bis Juni 1997.¹⁷³

Wie andere soziale Bewegungen der 1970er- und 1980er-Jahre etablierte auch die Homosexuellenbewegung eine eigene Infrastruktur; so eröffnete 1977 Peter Thommen mit «arkados» an der Rheingasse 67 die erste homosexuelle Buchhandlung der Schweiz.¹⁷⁴ Und sie bespielte aktiv den öffentlichen Raum, um auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen. Dazu gehörte die Beteiligung an 1.-Mai-Umzügen ab 1975 oder die «Gay 80» – der «2. Eidgenössische Schwulentag» – in Anspielung auf die Gartenbauausstellung «Grün 80». Zentrale Forderung der Gay 80 war die Abschaffung des sogenannten «Homo-Registers», einer von der Polizeibehörde geführten Kartei mit Namen von homosexuellen Menschen. Eine Kleine Anfrage betreffend jenes Registers von Ruth Mascarin, Grossrätin der Progressiven Organisationen Basel (POB), wurde im Kantonsblatt vom 18. Juni 1980 von den Basler Behörden dahingehend beantwortet, dass die Register im Auftrag der Polizeidirektion 1979 vernichtet worden seien.¹⁷⁵

Orte der Kooperation – das Kasernenareal als frühe soziokulturelle Umnutzung

Zum Schluss wenden wir uns mit der ehemaligen Militärkaserne sowie der ehemaligen Autogarage Schlotterbeck dem Phänomen grossflächiger Um- und Zwischen-

nutzungen zu, die vor allem ab den 1990er-Jahren in grösserer Zahl in Basel entstanden. Es waren nicht unbedingt ruhige, aber doch friedlichere Schauplätze als die stark konfliktbehafteten Freiräume der 1970er- und 1980er-Jahre, eher geprägt von Aushandlungsprozessen und Kompromissbereitschaft. In erster Linie boten sie Gestaltungsraum für zivilgesellschaftliche Initiativen hinsichtlich Alternativkultur, progressivem Kunstschaffen oder Angebote für Frauen, Ausländer:innen und Quartierbewohner:innen.

Die Transformation der Kaserne zum kulturellen und sozialen Treffpunkt im Herzen Kleinbasels setzte mit dem absehbaren Auszug des Militärs 1966 ein. Bereits 1964 erlaubte Kreiskommandant Albert Wellauer der Bildhauerin Mary Vieira, im Trakt der ehemaligen Klosterkirche ein Atelier einzurichten, was zur Ateliergenossenschaft Klingental sowie zum Ausstellungsraum Klingental führte.¹⁷⁶ Manche der Künstler:innen früherer Initiativen fanden sich hier wieder, darunter Mitglieder der ‹Gruppe 33›, des ‹Kreis 48› sowie der Farnsburggruppe.¹⁷⁷ Der Ort stand insofern in einer Traditionslinie künstlerischer Freiraumsuche.

Obwohl die Quartierbevölkerung früh schon einen Fuss in der Tür hatte – die Kinderkrippe des Bläsisifts 1968, der von Eltern aus dem Quartier gegründete Spiel-Estrich 1974 –, war die Zukunft der Kaserne als Quartier- und Kulturzentrum anfangs ungewiss. Um die Neunutzung des Areals zu klären, schrieb der Regierungsrat 1972 einen Ideenwettbewerb aus. Allerdings wurde keine der Wettbewerbseingaben umgesetzt. Vielmehr kaufte die Regierung 1973 ein für die damalige Zeit unkonventionelles Konzept ein: ‹Ent-stoh-loh›, erarbeitet vom Verein KOMM VIP (Kleinbasler Öffentlichkeitsbereich Menschlicher Mitwirkung, Vereinigung interessierter Personen).¹⁷⁸ 1974 bildete sich aus dieser Initiativgruppe die Interessengemeinschaft Kaserne (IKA), die ab 1975 die ehemaligen Stallungen und weitere Räumlichkeiten mietete. VIP und IKA sind Beispiele dafür, wie Bürgerinitiativen und Alternativmilieu begannen, Einfluss auf Stadtentwicklungsfragen zu nehmen. Die VIP war ein Zusammenschluss von Initiativen aus dem Quartier, die auf dem Areal aktiv waren oder werden wollten. Im achtköpfigen Vorstand arbeiteten unter anderem junge Architekt:innen wie Vreni Christen und Ruedi Bachmann, Vertreterinnen des alternativen Kindergartens Gampiross, Kunstschaffende wie Michele Cordasco, der später die Werkräume Schlotterbeck und Warteck pp mit auf den Weg brachte, oder Peter F. Althaus, der wenige Jahre zuvor als Direktor der Basler Kunsthalle der ‹Arena› Gastrecht gewährt hatte.

Das ‹Ent-stoh-loh›-Konzept bestand im Kern darin, der ‹maximalen Wertschöpfung› einen alternativen Massstab entgegenzuhalten: den der ‹Bewohnbarkeit der Stadt› durch den Erhalt vertrauter historischer Bauten.¹⁷⁹ Insbesondere in

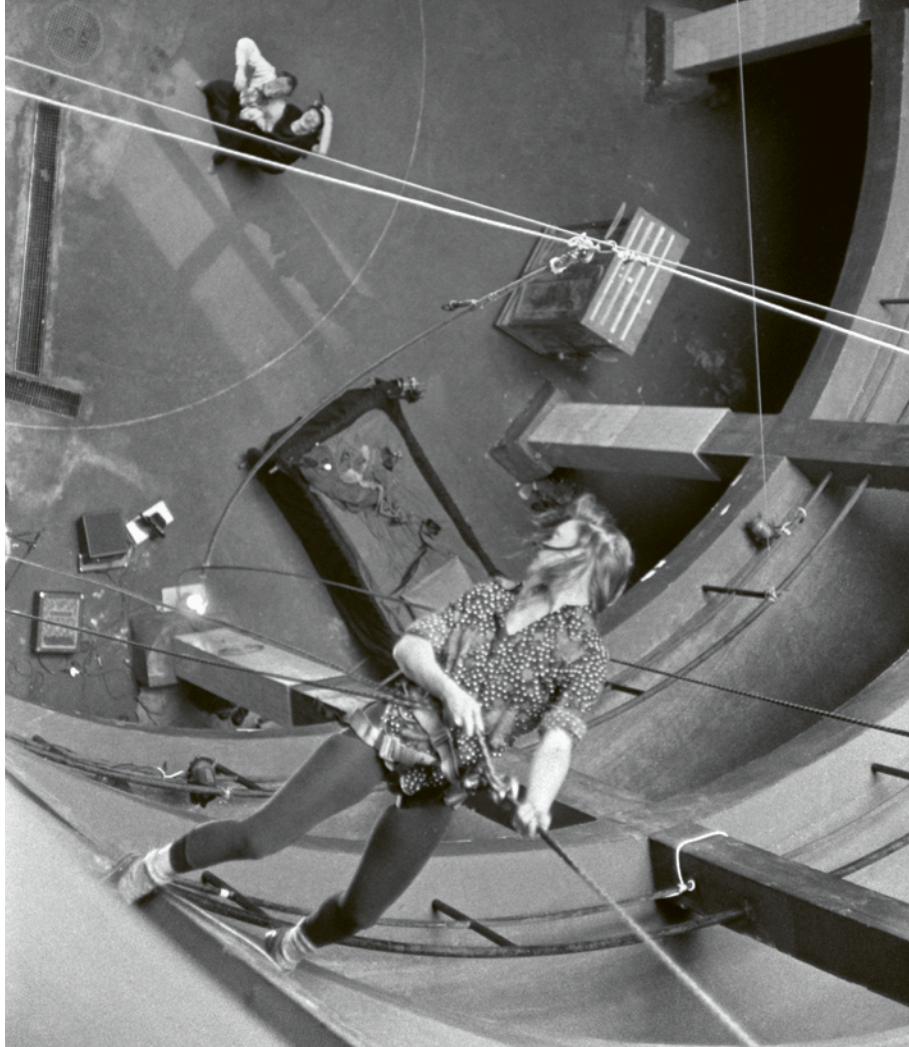
ihrer Anfangsphase war die Kaserne ein alternativkulturelles Zentrum: Kollektive Organisationsformen (Kulturwerkstatt Kaserne, Café Frauenzimmer), linke Gegenöffentlichkeitsmedien (Videogenossenschaft Basel, Quartierfilmgruppe Kleinbasel), gesellschaftliche Minderheiten (Moschee, die ‹ZischBar› der HABS und neue Formen des Kulturschaffens wie das Basler Jugendtheater) fanden hier ihren Platz.¹⁸⁰

Die Hartnäckigkeit und das vergleichsweise geordnete Vorgehen von VIP und IKA, aber auch das jahrelange Verschleppen von Traktanden zum Kasernenareal durch Behörden und Politik halfen bei der Etablierung als urbanes Kulturzentrum.¹⁸¹ Gleichzeitig war die Umnutzung der Kaserne ein frühes Zeichen eines langfristigen und grossflächigen städtischen Veränderungsprozesses: Infrastruktur aus der historischen Epoche der Moderne – Areale der Industrie, der Eisenbahn oder eben des Militärs – wurde zusehends obsolet. Neue Nutzungsformen waren gefragt im Kontext eines starken Bevölkerungsrückgangs, der bis um die Jahrtausendwende anhielt,¹⁸² sowie einer sich akzentuierenden Deindustrialisierung. Der Kanton suchte nach Wegen, die Stadt wieder zu einem attraktiven Wohn- und Arbeitsort zu machen; dazu gehörte spätestens ab den 1990er-Jahren auch eine aktive Kreativszene.

Werkraum Schlotterbeck und weitere Zwischennutzungen mit einer Tendenz zur Professionalisierung

«Was macht Basel anders als Zürich?» Diese Frage stellte der Fernsehmoderator und spätere Zürcher Stadtrat Filippo Leutenegger am 12. November 1993 in der Sendung ‹Arena›, die illegale Besetzungen in den Brennpunkt rückte.¹⁸³ In der Limmatstadt tobte der Kampf um das besetzte Wohlgroth-Areal, in Basel lief gerade die legale Zwischennutzung der ehemaligen Schlotterbeck-Garage friedlich aus. Hatte man in der Rheinstadt ein erfolgreiches Rezept gegen die Besetzungen von stillgelegten Arealen gefunden? Etwas hatte sich tatsächlich verändert: «Sicher schien, dass es diesmal nicht mit Tränengas und Gummischrot abgehen sollte wie zwei Jahre zuvor beim Volkspark, der damals noch die Alte Stadtgärtnerei war und längst zum Kultobjekt, zum gelobten Land der Freiraumsucher avanciert ist.»¹⁸⁴

Diese Zwischenbilanz zur Schlotterbeck-Zwischennutzung zog das ‹Basler Magazin› im Mai 1992. Nach der Schliessung der Schlotterbeck Automobile AG 1989 kaufte die Schweizerische Volksbank das Areal an der Viaduktstrasse im Baurecht mit Plänen für einen neuen Hauptsitz. Vorerst stand da noch die spektakuläre vierstöckige Schlotterbeck-Garage von 1928. Die Bank beschloss, die Räumlichkeiten temporär zu vermieten, um der Gefahr einer Besetzung vorzubeugen



66 Abseilen im Werkraum Schlotterbeck, 1991–1993, undatiert. — Der Werkraum befand sich in der vierten Etage der ehemaligen Autogarage. Zwischen siebzig und achtzig Kunstschaffende und Handwerker:innen waren dort eingemietet.

und einen Teil der Kosten zu decken.¹⁸⁵ Auf das Angebot reagierte eine Gruppe Kulturschaffender aus dem Umfeld der ‹Alten Stadtgärtnerei›. Die Bank war zunächst skeptisch, zumal sie von der Polizei Hinweise bekam, unter den interessierten Kreisen befänden sich vormals fichtierte Personen,¹⁸⁶ doch liess sie sich letztlich auf das Experiment ein. Als Vertrags- und Ansprechpartner wurde am 19. Juni 1990 ein Trägerverein gegründet. Präsident wurde Jakob Tschopp, Bibliothekar an der Universitätsbibliothek Basel und akribischer Dokumentalist der (Zwischen-)Nut-

zungen in der Schlotterbeck-Garage und auf dem ehemaligen Brauereigelände Warteck.¹⁸⁷ Die ehemaligen ‹Stadtgärtner› Markus Ritter und Ronald Wüthrich übernahmen ebenfalls Funktionen: Ritter, seit 1988 Grossrat für die neugegründete ‹Grüne Alternative Basel›, fungierte als Vizepräsident des Vereins, Wüthrich als Koordinator der Zwischennutzung [66].

Am 22. Oktober 1990 konnte die vierte Etage der Autogarage bezogen werden. Zwischen siebzig und achtzig Kunstschaffende und Handwerker:innen mieteten sich ein. Im Werkraum Schlotterbeck war und wurde vieles möglich, eins aber war untersagt: dort zu wohnen, weil dies als Anfang einer Besetzung betrachtet worden wäre – ein Nachhall aus Zeiten der autonomen Jugendzentren.¹⁸⁸ Eingeläutet wurde mit dem Schlotterbeck und ähnlich gelagerten Zwischennutzungen eine neue Ära der Partnerschaften zwischen Kulturschaffenden und Kreativbranche auf der einen und staatlichen oder privaten Eigentümer:innen und Kulturförderstellen auf der anderen Seite. Es begann die Zeit der Zwischen- und Umnutzung von Arealen und Infrastrukturen der sich deindustrialisierenden Stadt.

Die Aufteilung der Mietkosten im Schlotterbeck widerspiegelt eine unkonventionelle Partnerschaft: Der jährliche Mietpreis wurde ungefähr zur Hälfte von den Untermieter:innen bezahlt, die andere Hälfte von staatlichen und privaten Akteur:innen wie der Kulturpauschale des Kantons Basel-Stadt, der Schweizerischen Volksbank und der Erziehungs- und Kulturdirektion Basel-Landschaft. Dass ihre ehemaligen Weggefährten nun einer Bank Miete zahlten, löste in Teilen der Freiraumbewegung Empörung aus.¹⁸⁹

Der Mietvertrag war bis Ende Juni 1993 befristet. Zahlreiche Mieter:innen zogen danach in andere Zwischennutzungen weiter, zum Beispiel in den heute noch existierenden Werkraum Warteck pp – das pp steht programmatisch für ‹permanentes Provisorium›. Weitere, ähnlich konstituierte Zwischennutzungen waren das Stücki (1988–1995), der Frobenius (1992/93), der Kulturraum Bell (1993–1997/1999), die Kiosk AG (1994–2001) sowie das Unternehmen Epoque (1997/98).¹⁹⁰ Viele Zwischennutzungen der 1990er-Jahre wurden vom Verein b.e.i.r.a.t. initiiert und betreut, der im Umfeld des Schlotterbeck gegründet worden war.¹⁹¹ Vom Werkraum Schlotterbeck gingen – über das Unternehmen Epoque – auch entscheidende Impulse für das Unternehmen Mitte aus, das sich 1998 an der Gerbergasse 30 als alternatives Kaffee- und Kulturhaus installieren konnte. Schlüsselfiguren hier waren unter anderem Daniel Häni und Barbara Buser. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass es sich dabei um den ehemaligen Hauptsitz der Schweizerischen Volksbank handelte, die inzwischen von der Credit Suisse (CS) aufgekauft worden war, die inzwischen von der UBS übernommen wurde.

Deindustrialisierung und Kulturalisierung des Stadtraums

Die Strategie des Verhandeln und der Kompromissuche, wie sie die Initiant:innen des Werkraums Schlotterbeck verfolgten, stiess nicht allseits auf Wohlwollen. Militante Kreise setzten weiter auf Besetzungen. So im Falle der ‹Elsi› an der Elsässerstrasse 5–11a, wo von 1997 bis 2004 ein Wohn- und Kulturhäuserprojekt bestand,¹⁹² oder der autonomen Villa Rosenau im Grenzgebiet zu Frankreich, die ab 2004 jahrelang als das ‹letzte besetzte Haus in der Stadt Basel› galt, bis sie von den Behörden nach einem Brand 2013 innerhalb weniger Tage abgerissen wurde.¹⁹³ Doch prägend für den Stadtraum oder die Jugend-, Kultur- oder Stadtentwicklungspolitik waren diese Orte – anders als die beiden AJZ oder die ASG – kaum noch; ihre Ausstrahlungskraft dürfte sich vornehmlich auf eine kleine, allerdings überregional und international gut vernetzte linksautonome Szene beschränkt haben.

Grossflächig wirksam, räumlich wie politisch, wurden vielmehr Zwischen- und Umnutzungen von ehemaligen Eisenbahn-, Gewerbe- und Industriestandorten, unter anderen der Brauerei Warteck im Wettsteinquartier, der Grossmetzgerei Bell im St. Johannquartier, des DB-Güterbahnhofs im Rosentalquartier, des Dreispitz sowie der Industrie- und Hafenareale im Klybeck. Das im Werkraum Schlotterbeck erprobte Zwischennutzungsmodell wurde andernorts adaptiert und professionalisiert. Der Soziologe und Raumplaner Philippe Cabane, ab 1999 Mitinitiant der Zwischennutzung nt/Areal (ca. 2000–2011), charakterisierte das kooperative Modell als ‹Deal› im Sinne von ‹Gewaltfreiheit gegen Kulturraum› [67].¹⁹⁴ Eng damit verbunden war, dass wirtschaftliche Aktivitäten, insbesondere in Form von Gastronomie und Clubkultur, integral mitgedacht wurden.

Die Zwischennutzungen der 2000er- bis 2020er-Jahre waren weder geprägt von der drängenden Suche nach eigenen, geschützten Orten, noch standen sie für politisch unbequeme und emanzipatorische Anliegen. Sie schlossen diese nicht unbedingt aus, aber repräsentierten sie auch nicht. Anderes stand im Vordergrund: Gastronomie, Musik, Trendsportarten sowie günstige Ateliers und Arbeitsräume für Generationen neuer Kreativschaffender. Teils dienten die Zwischennutzungen gar der Bändigung unbequemer Gruppierungen. Im Falle des Wagenplatzes, einer alternativen Wohnkolonie in Bauwagen, die sich 2012 am Klybeckquai niedergelassen hatte, wurde das Konfliktpotenzial zwischen Gruppierungen, die auf Autonomie bedacht waren, und der sich konsolidierenden Zwischennutzungskultur evident. Im Zuge der Etablierung der Klybeckquai-Zwischennutzung 2014 kam es zur polizeilichen Teilräumung des Wagenplatzes. Dieser wurde auf einen Bruchteil



67 nt/Areal auf dem ehemaligen Güterbahnhof der Deutschen Bahn, 2011. — Von 2002 bis 2011 belebte die Zwischennutzung, initiiert vom Verein «k.e.i.m.» («Verein zur Entwicklung urbaner Flächen und Standorte»), den achtzehn

Hektaren grossen ehemaligen Güterbahnhof der Deutschen Bahn. Die Zwischennutzung fand als Modell für grossräumige urbane Entwicklungsareale weit über Basel und die Schweiz hinaus Beachtung.

seiner ursprünglich genutzten Fläche zurückgedrängt. Den Medien zugespielte Unterlagen zeigten, dass die Zwischennutzungsträgerschaft «Shift mode» von staatlicher Seite vertraglich verpflichtet wurde, Besetzungen möglichst zu verhindern.¹⁹⁵ Insofern wurde hier das aus der Freiraumbewegung erwachsene Konzept der Zwischennutzung von der städtischen Verwaltung zum Kontrollinstrument gegenüber einer nach Freiraum strebenden Gruppierung verwendet.

Die Geschichte der Freiräume ist keine einfache Entwicklungsgeschichte, dennoch können historisch drei Phasen unterschieden werden: Bis in die 1960er-Jahre herrschte das Bedürfnis vor, sich mit Gleichgesinnten zusammenschliessen, die dieselben Ziele verfolgten. Club 33 und die Vereinslokale für homosexuelle Männer waren Orte, die wichtig waren als Treffpunkte und Plattformen. Politisch nach aussen wirksam waren sie weniger, sondern dienten primär der Selbstvergewisserung. Ab etwa 1970 ist eine Häufung von konfrontativen Situationen rund um Freiräume zu beobachten, in einem polarisierten Umfeld mit engagierten Sympathisant:innen und dezidierten Gegner:innen. Diese stark politisierte Phase wurde wiederum abgelöst durch das Aufkommen kooperativer Strategien

nach dem Ende der Stadtgärtnerei-Bewegung, flankiert vom Ende des ›Kalten Krieges‹ um 1990 herum.

Das Fazit und der Blick in die Zukunft sind ambivalent. Städtischen genauso wie privaten Akteur:innen wurde ab den 1990er-Jahren viel Kritik zuteil, dass der Freiraum-Gedanke mit der sich etablierenden Um- und Zwischennutzungsökonomie ausverkauft würde. Von Philippe Cabane, Mitinitiator des nt*/areal, gibt es die Beobachtung, dass mit zunehmender Akzeptanz als wirksames Stadtentwicklungsinstrument «sich Zwischennutzungen zu Oberflächen einer ökonomischen Verwertungslogik» entwickelten.¹⁹⁶ In der Tat ist der zeitweise stark systemkritisch aufgeladene Begriff ›Freiraum‹ seit den 2000er-Jahren zum gerne verwendeten Signalwort in Konzeptpapieren und Werbematerialien von Stadt-, Quartier- und Arealentwicklungen mutiert. Ebenfalls dürfte zutreffen, dass Zwischennutzungen sozial- und kulturpolitisch unerwünschte Effekte haben können, etwa steigende Boden-, Liegenschafts- und Mietpreise (Gentrifizierung).

Doch zugleich ist die hier beleuchtete Geschichte im Kontext eines doppelt verzahnten historischen Wandels des städtischen Raums zu betrachten. Zum einen der Deindustrialisierung ab den 1970er-Jahren,¹⁹⁷ zum anderen des Aufkommens von ›Kreativität‹ und ›Innovation‹ als Kernwerte spätmoderner Individualität, aber auch als ökonomische Triebkräfte, an deren Erstarben gerade die Gegenkultur erheblichen Anteil hatte. Der Soziologe Andreas Reckwitz spricht von einer eigentlichen ›Kulturalisierung der Stadt‹.¹⁹⁸ Diese beiden verwobenen Entwicklungen – Deindustrialisierung und Kulturalisierung der Stadt – führen zu einer Situation, in der einerseits der infrastrukturelle Umbruch zu bewältigen war, andererseits eine blühende, aber selten hochprofitable Kreativwirtschaft bezahlbaren Raum benötigte. Die wachsende Bedeutung kreativer Berufe und ihrer Raumbedürfnisse in der postindustriellen Ära wurde auch in Basel registriert. Kurz nach der Räumung der Alten Stadtgärtnerei hatte die interdepartementale Arbeitsgruppe ›Freiräume/Kulturraum-Inventar‹ der Stadt Abklärungen bezüglich Raumbedarf von Jugendlichen und Kulturschaffenden treffen lassen.¹⁹⁹ Und spätestens in den 2010er-Jahren wurde die Kreativindustrie zu einem wirtschaftspolitischen Thema.²⁰⁰ Der Wandel weg von konfrontativen Freiraumpolitiken hin zu Zwischen- und Umnutzungen, die immer auch unter ökonomischen Gesichtspunkten betrachtet wurden, war insofern keine einseitige Aneignung einer progressiven Idee durch Staat und Wirtschaft. Der dahinterstehende Siegeszug dessen, was Reckwitz den ›ästhetischen Kapitalismus‹ nennt, konnte aber für den ideologischen Bewegungsflügel, dem mehr an grundlegenden sozioökonomischen Veränderungen oder gar an einer Abschaffung des Staates gelegen war, kaum weniger als eine bittere Enttäuschung sein.

Das Klybeck – ein Stadtteil mit toxischer Hypothek

Martin Forter

Die chemische Industrie prägte das Klybeck während 150 Jahren mit ihren zusehends grösseren Fabriken, höheren Kaminen, Bürobauten und Arbeiterhäusern. Heute stehen die Fabriken leer. Was der Region Basel Wohlstand brachte, war eine schmutzige Branche. Schon beim Umbau des von Landwirtschaft und Fischerei geprägten Klybeck zu einer Produktionsstätte der chemischen Industrie spielte deren Sondermüll eine entscheidende Rolle. Das dürfte sich wiederholen, wenn nun anstelle der stillgelegten Industriearale ein Dienstleistungs- und Wohnquartier entstehen soll. Denn die jahrzehntelange Nutzung durch BASF und Novartis beziehungsweise deren Vorgängerfirmen verschmutzte nicht nur die Böden der Chemiegelände. Chemiemüll lagert auch unter Strassen und Plätzen im Quartier.

Ab 1863 zogen immer mehr Farbstoff-Fabrikanten ins Klybeck,²⁰¹ wo sie den flüssigen und festen Chemieabfall günstig über den Klybeckteich oder direkt im Rhein entsorgen konnten.²⁰² Seine neue Nutzung als Abwasserkanal und die bisherige als Fischgrund prallten aufeinander. Das Chemieabwasser vergiftete teilweise die Fische. Das zeigte eine Studie von 1883 im Auftrag des Bundesrates. Um sie am Ufer zu schonen, empfahl deren Autor, die Rohre für Chemieabwasser bis in die Rheinmitte zu verlängern.²⁰³ 1884 entstand im Klybeck die «Gesellschaft für chemische Industrie in Basel», die Ciba AG.²⁰⁴ Trotz des neuen Fischereigesetzes von 1876 leitete sie ihr Abwasser in den Rhein. 1903 drohten ihr Fischer mit einer Klage. Die Ciba erkaufte sich ihr Stillschweigen mit geheimen Verträgen und entschädigte sie bis zum Tod des letzten Berufsfischers 1951.²⁰⁵ Damit hatte sich dieser Nutzungskonflikt erledigt.

Benzidin und Blasenkrebs

1885 brachte die deutsche Agfa den ersten Benzidinfarbstoff auf den Markt. Er vereinfachte insbesondere das Färben von Baumwolle.²⁰⁶ 1895 beschrieb ein Arzt erstmals gehäuft auftretende Blaseschwülste bei Arbeitern einer Farbenfabrik und sah die Ursache in diesen Farbstoffen. Das wurde zunächst bestritten. Später aber wurde klar: Benzidin und andere aromatische Amine lösen beim Menschen

Blasenkrebs aus.²⁰⁷ Trotzdem entwickelte sich Benzidin zum wichtigen Grundstoff der Farbenchemie.²⁰⁸

Zwischen 1900 und 1971 liess die Ciba im Klybeck geschätzte sechs- bis siebentausend Tonnen Benzidin produzieren,²⁰⁹ bis weit ins 20. Jahrhundert vorwiegend in Handarbeit. Selbst nach dem Duschen hafteten die Farbstoffe oft noch auf der Haut der Chemiarbeiter.²¹⁰ Die alten Farbmühlen am Rhein «stäubten, die Leute wurden krank» und litten teils an Blasenkrebs.²¹¹ Daran erkrankten von 1901 bis 1933 mindestens 77 Arbeiter der Basler chemischen Industrie.²¹² Der Urologe Achilles Müller erinnerte sich 1951: «Es war am Anfang wie eine schwere Epidemie, immer wieder wurden die hoffnungslosen Fälle entdeckt.»²¹³ Erst 1971 verzichtete Ciba-Geigy auf Benzidin.²¹⁴

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts überflutete die Wiese das Klybeck mehrmals, trotz neuer Begradigungen und Verbauungen. Deshalb liess die Basler Regierung zwischen 1897 und 1936 die Strassen im neuen Quartier auf Dämmen bauen und das Land dazwischen auffüllen,²¹⁵ auch mit Abfall der Ciba: Drei Viertel davon würden «zum Auffüllen von Land abgeführt», schrieb 1903 der Basler Kantonschemiker.²¹⁶ Der Chemiemüll gelangte in den Unteren Rheinweg, den Uferplatz, den Altrheinweg beim Kinderspielplatz Ackermätteli²¹⁷ und wohl auch in die dortige Ackerstrasse, wo – wie im Unteren Rheinweg – 2021 im Grundwasser Benzidin zum Vorschein kam.²¹⁸ Diese Deponien wurden bis heute nicht systematisch untersucht. Unklar ist auch, ob anderswo im Quartier weiterer Sondermüll liegt. Nachgewiesen ist er teils im Untergrund der Fabrikgelände, etwa auf der ehemaligen Klybeckinsel.²¹⁹

Die giftige Spur bis zur ersten Kläranlage

Seit 1932 bremste das Flusskraftwerk Kembs die Strömung des Rheins. Der meist farbige Chemiemüll floss nun langsamer von Basel weg. Die trockenen Sommer Ende der 1940er-Jahre und die florierende Industrie machten ihn im Rhein umso sichtbarer. Deshalb lagerten die Basler Firmen den festen Chemieabfall fortan in Deponien ab.²²⁰ Flüssige Stoffe aber vermischten sich im Rhein weiterhin mit dem ungereinigten Haushaltsabwasser. Basel-Stadt plante zwar schon 1943 eine Kläranlage,²²¹ aber die Industrie zog nicht mit. Das änderte sich erst 1971, als das nationale Gewässerschutzgesetz von 1955 verschärft wurde. Ab 1982 drohten bei Gewässerverschmutzung Gefängnisstrafen. Jetzt befürworteten auch die Basler Chemie- und Pharmakonzerne den Bau von Kläranlagen. Diese gingen just 1982 in Kleinhüningen in Betrieb.²²²

Die chemische Industrie im Klybeck, 1889–1999

1889



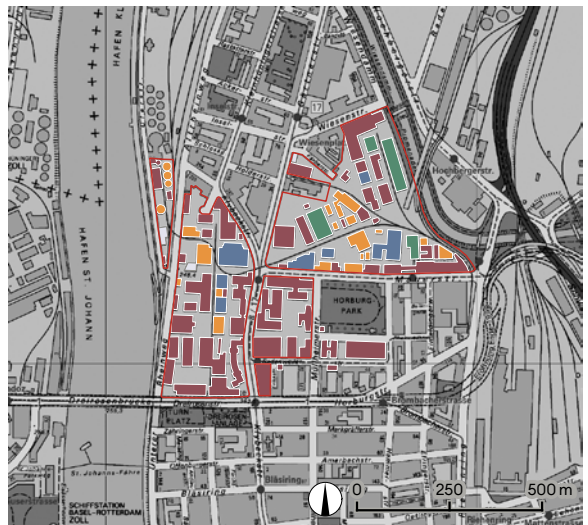
1905



1945



1999



68 Das Produktionsgelände der chemischen Industrie im Basler Stadtteil Klybeck dehnte sich im Lauf von gut hundert Jahren über das ganze Quartier aus.

- Areale
- Farbstoff-/Chemikalien-/TS-Produktionsbetriebe
- Pharma-Produktionsbetriebe
- Chemikalienlager / Umschlagplätze
- Infrastruktur / Büros / Labors
- Weitere Gebäude

Bis dahin ergoss sich das Chemieabwasser nicht nur via alte tönernen Rohre in den Rhein, sondern versickerte teils bereits vorher im Boden. Explosionen und Schwefelwasserstoff-Verpuffungen verursachten gemäss Ciba SC und Novartis häufig «Kanalisationsbrüche». Diese wurden «überhaupt» erst «entdeckt», weil das auslaufende, «saure» Chemieabwasser sich durch «Gesteinsauflösungen» Hohlräume in den Untergrund frass, was zu «Gebäudesenkungen» führte.²²³ 1999 schätzte die Ciba, dass von 1925 bis 1980²²⁴ allein aus den Produktionsbetrieben im «Areal 3» nördlich der Mauerstrasse über 9500 Tonnen Schadstoffe in den Boden gelangt waren.²²⁵ Aus allen Produktionsarealen im Klybeck könnten somit 25 000 bis 35 000 Tonnen Schadstoffe versickert sein, auch Rückstände aus den Benzidin-Fabriken: «Belegte Schäden»²²⁶ gab es etwa am Abwasserrohr von Bau K-99, wo die Ciba Benzidin produzierte, ebenso bei Bau K-90, wo sie zumindest ein Benzidinpigment herstellte.²²⁷ Auch beim Umschlag, bei der Lagerung von Rohstoffen und Abfällen sowie bei zahlreichen kleineren und grösseren Havarien, Bränden und Explosionen gelangten Chemikalien ins Erdreich:²²⁸ Im Bau K-99 loderten etwa 1907 und 1910 «Grossfeuer» sowie Dachstockbrände. Den Bau K-90 erschütterte 1958 eine Explosion mit Feuer, 1967 brannte es erneut und 1969 folgte eine weitere, schwere Explosion. Mit dem Löschwasser könnten auch Benzidin und andere Stoffe in den Untergrund geflossen sein.

Chemiemüll prägt Stadtentwicklung

Wie stark das Grundwasser unter ihren Arealen im Klybeck verschmutzt war, konnte Ciba-Geigy 1988 mangels Messstellen nicht umfassend beurteilen.²²⁹ Dies schien auch Ende 1996 nicht möglich, als die Novartis AG die Ciba Spezialitätenchemie AG (Ciba SC) verselbstständigte. Im Altlastenvertrag von Anfang 1997 vereinbarten die beiden Firmen, bei einem Landverkauf im Klybeck «dem Käufer möglichst die gesamte *Verantwortung* für alle drohenden oder eingetretenen *Schäden* und *Altlasten* [...] zu überbinden».²³⁰

Auch die Altlastuntersuchungen zu Beginn der 2000er-Jahre brachten keine Klarheit. Boden und Grundwasser wurden mit Billigung des Basler Amts für Umwelt und Energie (AUE) meist nur auf Schadstoffe untersucht, welche die Altlastenverordnung von 1998 explizit aufzählt. Nicht aber auf Chemikalien, welche Novartis, Ciba SC oder ihre Vorgängerfirmen im Klybeck verwendet hatten, wie zum Beispiel Benzidin. Darum kamen praktisch keine sanierungspflichtigen Verschmutzungen zum Vorschein.²³¹

2019 verkauften Novartis und BASF ihre Klybeck-Areale mit den stillgelegten Chemiefabriken.²³² Die Käufer wollen darauf ein Wohnquartier bauen. Wie im Altlastenvertrag von 1997 bei einem Verkauf vorgesehen, übernahmen die neuen Besitzer Swisslife und Rhystadt / Central Real Estate AG die Verantwortung für das Altlastenproblem.²³³ Ob dies ein guter Handel war, lässt ein Blick ins Basler Rosentalquartier bezweifeln. Auch dort will der Kanton auf einem ehemaligen, nur oberflächlich untersuchten²³⁴ Chemieareal der J. R. Geigy AG / Syngenta AG einen neuen Stadtteil bauen. Wie im Klybeck sei hier gemäss dem kantonalen Amt für Umwelt und Energie nur der Boden, nicht aber das Grundwasser verschmutzt.²³⁵ Also ist nur der Aushub zu entsorgen. Um die Baugruben herum aber soll das Gift im Boden bleiben.²³⁶ Für die Behörde unerwartet²³⁷ enthielt das Aushubmaterial jedoch Benzidin «in geringen Mengen».²³⁸ Doch schon kleinste Mengen dieser hochgiftigen Substanz sind problematisch, wie die sanierungspflichtige Sondermülldeponie Gamsenried der Lonza AG bei Brig (VS) zeigt. Dort macht Benzidin nur gerade 153 Kilogramm der circa 4,5 Millionen Tonnen Deponieinhalt aus, aber 52 Prozent seines Toxizitätspotenzials.²³⁹

Produktion in China und Indien

Nach rund 150 Jahren ist die chemische Industrie in Basel Vergangenheit. Die Produktion findet heute in erster Linie in China und Indien statt. Mit dieser Verlagerung habe die Branche neben Arbeitskosten auch zehn bis fünfzehn Prozent Umweltkosten pro Kilo Produkt eingespart, betont Peter Donath, ehemaliger Umweltschutzchef des Basler Ciba-SC-Konzerns. Denn die Firmen legten die im Klybeck und in Europa installierte Umwelttechnik wie Kläranlagen und Abluftreinigungen weitgehend still. Die Branche, so Donath, nehme dafür heute in Asien in Kauf, unter katastrophalen arbeitshygienischen und umwelttechnischen Bedingungen zu produzieren.²⁴⁰

Anmerkungen

- 1 StABL, NA 2067, Aviatik C5 Flugplatzprojekt Hard C, Schweizerische Landesplanungskommission, Regionalgruppe Nordwestschweiz (Hg.): Bericht über die beabsichtigte Rodung der Hardwaldung bei Basel 1941, S. 5.
- 2 Ebd.
- 3 Mischke; Siegfried 2016, S. 326. Das Fürstbistum Basel war ab dem Jahr 1004 Besitzer der Waldungen, die bis ins Elsass reichten. Der vorderen Burg Wartenberg gehörte der Hardwald bei Muttenz und Birsfelden. In der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts gingen die letztgenannten Hard-Areale in grossen Teilen in das Eigentum der Stadt Basel über.
- 4 Vgl. Ewald 2005, S. 10–13.
- 5 Den Wechsel der Waldweiden in Winter und Sommer schildert für die Prattler Hardwaldgebiete Zeugin 1954, S. 101 f.
- 6 Lexer 1872, Sp. 1189, ⟨hart, stm⟩.
- 7 Idiotikon, Bd. 2, 1885, Sp. 1595 f., ⟨Hard I⟩.
- 8 Rohner 1998, S. 108.
- 9 Zu traditionellen Formen der Waldnutzung vgl. Stuber; Bürgi 2011.
- 10 Zeugin 1954, S. 125. Perler 2022. Bericht von Johannes Martin in Manz; Salathé 2020, S. 194.
- 11 Radkau 2018, S. 28.
- 12 Boerlin-Brodbeck 1999, S. 118.
- 13 Sonnlechner 2004, S. 268.
- 14 Ebd.
- 15 Hier und in den folgenden Absätzen: StABS, STA Bf I A 6-2, Canzley Basel, Mandat vom 21.08.1667.
- 16 StABS, Land und Wald H 13, Verzeichniß derer vom 1er Juli 1819 bis Illème Juni 1820 eingezogenen Wald Strafen im Bezirk Birsseck. Zum Waldstrafenregister vgl. Cronjäger 2025, Kap. 7.
- 17 StABS, Land und Wald K 3. Im Folgenden Einträge aus dem Jahr 1856 zitiert [ohne Seitenangaben].
- 18 Zu diesem Streitfall vgl. Jungmann 1945.
- 19 StABS, Land und Wald K 1, 1816–1834, Hagenbach (Oberförster) an die Wald Commission von Basel, 20.09.1816.
- 20 Vgl. Grammatisch-Kritisches Wörterbuch, 1793–1801, Sp. 572, ⟨Observánz⟩.
- 21 Vgl. Simon 1981.
- 22 Vgl. StABS, Gemeinearchive Bürgergemeinde Basel J III 2, Hardwaldstreit 1834–1839, Protokoll 01.06.1839.
- 23 Manz; Salathé 2020, S. 195.
- 24 StABS, Land und Wald K 1, Hard, 1835–1837, Kreisschreiben an sämtliche eidgenössische Stände vom 27.05.1835.
- 25 Manz; Salathé 2020, S. 195.
- 26 Vgl. Degen, Bernard u. a.: Basel (Kanton), in: Historisches Lexikon der Schweiz 2016.
- 27 Vgl. Zeugin 1954, S. 125. Zu den unterschiedlichen Überlieferungen siehe: Suter 2008. Manz; Salathé 2020, S. 111–116. Rebmann 2023.
- 28 Ein vergleichsweise aktueller politik- sowie sozialgeschichtlicher Blick auf die Kantons-trennung findet sich in Ewald; Marti 2001.
- 29 Manz; Salathé 2020, S. 193 ff., Zitat S. 193.
- 30 Zur schweizerdeutschen Etymologie: Idiotikon, Bd. 1, 1881, Sp. 1595 f., ⟨Frävel, Fräven⟩.
- 31 Marx 1842.
- 32 Merian 1821. Vgl. Paltzer 1912, S. 9.
- 33 Birkhäuser; Hauber; Jedelhauser 1987, S. 7, S. 16 f.
- 34 Vgl. ebd., S. 112.
- 35 Vgl. Forter 2000.
- 36 Vgl. Birkhäuser; Hauber; Jedelhauser 1987, S. 182. Wunderlin, Dominik: Schweizerhalle, in: Historisches Lexikon der Schweiz 2011.
- 37 Vgl. Birkhäuser; Hauber; Jedelhauser 1987, S. 171.
- 38 StABL, NA 2186 Wald, D 01.00.03, Verwaltung 1873–1945, Protokoll des Regierungsrates des Kantons Basel-Landschaft, 22.03.1927.
- 39 Ebd., Kantonsforstamt Baselland an die Direktion des Innern in Liestal, Brief, 13.09.1927. Siehe ausserdem: StABS, Land und Wald K1, 1846–1954, Bürgergemeinde Basel: Ratschlag betreffend Verkauf einer Waldparzelle bei der Station Muttenz, 02.03.1920 sowie Kaufvertrag Metallurgische Gesellschaft Hardwaldung. Das Departement des Innern des Kantons Basel-Stadt an den Regierungsrat, 22.04.1922.
- 40 StABL, NA 2067, Aviatik C5 Flugplatzprojekt Hard C, Birsfelden/Muttenz, Brief der Gemeinde Muttenz bzw. des Präsidenten des Gemeinderates an Herrn Regierungsrat Mosimann, Liestal, 25.02.1941.
- 41 ⟨Die Hard darf nicht gerodet werden!⟩, in: Landschäftler 39 (43), 20.02.1941. ⟨Darf die Basler Hard abgeholzt werden? Eine ausserordentliche Gemeindeversammlung in Muttenz⟩, in: Basellandschaftliche Zeitung 43, 20.02.1941, S. 3 f. StABL, NA 2067, Aviatik C5 Flugplatzprojekt Hard C, 1935–1942.
- 42 Vgl. Lüdi; Zoller 1949.
- 43 StABL, NA 2067, Aviatik C5, Flugplatzprojekt Hard C, Rebsamen, W.: Wald oder Luftverkehr? unveröffentl. Zeitungsartikel, 1936.
- 44 Siehe StABS, Land und Wald K 1, Vereinbarung zwischen der Bürgergemeinde der Stadt Basel und der Einwohnergemeinde Basel, vertreten durch den Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt, über die Erhaltung der Hard als Wald und Erholungsstätte für die Stadt Basel sowie über die Durchleitung von Rhein- und die Gewinnung von Trinkwasser, 25.05.1954.
- 45 Diese und weitere Protestaktionen nach der Chemiekatastrophe sind festgehalten im Video von Zwick 1987, zur Mineralwasserverteilkation auf dem Barfüsserplatz: 00:06:43. Für diesen Hinweis danken wir Stefanie Bräuer.
- 46 Forter 2010.
- 47 StABL, NA 2067, Aviatik C5 Flugplatzprojekt Hard C, 1935–1942, S. 5. Schweizerische Landesplanungskommission, Regionalgruppe Nordwestschweiz (Hg.): Bericht über die beabsichtigte Rodung der Hardwaldung bei Basel, 1941, S. 3.
- 48 Basler Stadtbuch, Chronik-Eintrag vom 14. Dezember 2016.
- 49 Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK); Bundesamt für Strassen ASTRA (Filiale Zofingen); EBP Schweiz AG: AP Dossier. Nationalstrassen. Strassen Nr. N02. Rheintunnel Basel, Umweltverträglichkeitsbericht 3. Stufe, Anhänge A7–A16, 29.09.2023, S. 4.
- 50 ⟨Nein zum Rheintunnel⟩, <https://neinzumrheintunnel.ch/>, abgerufen am 25.04.2024.
- 51 StABS, Kirchen D 2, Sigristen an Rat, 11.10.1872.
- 52 Dohrn-van Rossum 1992.
- 53 Corbin 1995. Arnold; Goodson 2012.
- 54 StABS, Kirchen D 2, Bann St. Theodor an Kirchen- und Schulcollegium, 8.10.1856 (Unterstreichung im Original).
- 55 StABS, Kirchen D 2, Kirchen- und Schulcollegium an den städtischen Rat, 17.10.1856. Fallet-Scheurer 1916.
- 56 Fallet-Scheurer 1916.
- 57 Bauer 1981, S. 34–35. Sarasin 1997, S. 9–77.
- 58 StABS, Kirchen D 2, Sigristen an Rat, 11.10.1872.
- 59 StABS, Kirchen D 2, Gutachten Kirchen und Schulgutscommission, 25.10.1872.
- 60 Stockmeyer 1873, S. 25.
- 61 BN, 07.03.1874.
- 62 Schweizerischer Volksfreund, 06./15.11.1883. StABS, Kirchen D 2, Petition Grütliverein Kleinbasel, März 1884.
- 63 StABS, Kirchen D 2, Bericht Innendepartement, 19.11.1906.
- 64 StABS, Kirchen D 2, Kantonaler Landwirtschaftlicher Verein an Innendepartement, 21.09.1906.
- 65 StABS, Kirchen D 2, Kirchenvorstand St. Leonhard an Justizdepartement, 29.11.1906.
- 66 Grosser Rat BS, Petition P429 betreffend «Glocken Nachtruhe – für einen ruhigen Schlaf in Basel», Kommissionsbeschluss 14.06.2021, <https://groserrat.bs.ch/ratsbetrieb/geschaeft/200110689>, abgerufen am 28.08.2024.

- 67 Basler Nachrichten (BN), Nr. 250, 22.10.1858.
- 68 Schweizer Grenzpost und Tagblatt der Stadt Basel, Nr. 261, 03.11.1877. Schweizer Volksfreund und Anzeigenblatt der Stadt Basel, Nr. 284, 01.12.1885. StABS, Protokolle Regierungsrat, 07.03.1888.
- 69 BN, Nr. 256, 29.10.1860.
- 70 StABS, Straf und Polizei F 10, Gesuch der Theaterkommission vom 22.09.1880.
- 71 Vergleichbare Auseinandersetzungen im gleichen Zeitraum stehen im Zentrum jüngerer Studien über andere Städte des deutschsprachigen Raums. Für Zürich vgl. Kohler 2008, für Bern vgl. Veraguth 2015, für Berlin vgl. Hildbrand 2023.
- 72 Schweizer Grenzpost und Tagblatt der Stadt Basel, Nr. 265, 08.11.1877.
- 73 Roskamm 2017, S. 293 f.
- 74 Schweizer Volksfreund und Anzeigenblatt der Stadt Basel, Nr. 259 vom 01.11.1885.
- 75 BN, Nr. 250, 22.10.1858.
- 76 1850: 27°170; 1860: 37°9'15; 1880: 60°5'50; 1900: 109°161.
- 77 Tanzer 1992.
- 78 Vgl. Keller; Schibli 2020.
- 79 Vgl. Sarasin 2000, S. 349–354.
- 80 Vgl. Sarasin 1997.
- 81 Schläpfer 1992, S. 32.
- 82 Brönnimann 1973, S. 8.
- 83 Aeberhard 2020, S. 144.
- 84 Vgl. Gojan 1998, S. 87–96.
- 85 Vgl. Vinken 2010, S. 30 f.
- 86 Sarasin 1997, S. 247.
- 87 Brönnimann 1973, S. 10.
- 88 Kreis 1995, S. 214.
- 89 StABS, Protokolle Kleiner Rat, 15.12.1860.
- 90 Vgl. Groys 1992.
- 91 Vgl. Koslowski 2019.
- 92 Eine Geschichte der Kulturpolitik und Kulturförderung in der Schweiz ist noch zu schreiben. Auch für Basel liegen nur einzelne Forschungsergebnisse für einzelne Kulturbereiche vor. Vgl. etwa Koslowski 1998. Boerlin-Brodbeck 2000. Häner 2017.
- 93 Vgl. Meier-Kern 1993.
- 94 StABS, DI-REG 1c 17-3-4 (4), 4/ 1984–1991, Selbstdarstellung der Interessengemeinschaft alte Stadtgärtnerei Basel, undatiert [vermutlich 1987].
- 95 Zentral für die linke Kritik in den 1970er- und 1980er-Jahren an der modernen Stadt vgl. u. a.: Lefebvre 1968, 1970.
- 96 StABS, DI-REG 1c 17-3-4 (2), 1966–1977/2.
- 97 Zur Einführung siehe Reichardt 2014. Reichardt; Siegfried 2010. Weitere im Textabschnitt verwendete Literatur: Kraushaar 2001. Klimke; Scharloth 2007. Siegfried 2008. Wielgohs 2008. Skenderovic; Späti 2012. Zutavern 2015. Rudin 2019.
- 98 Koechlin, Michael (Prod.): Die Alte Stadtgärtnerei, Südwestfunk 1988.
- 99 Anders 2010, dort insbesondere S. 475–477.
- 100 Kokula; Böhmer 1991, S. 180.
- 101 Trüeb; Miescher 1988, S. 19–23.
- 102 StABS, PD-REG 1a 1950–1904.
- 103 Steinle 2023, S. 108.
- 104 StABS, PD-REG 1a 1950–1904, Brief von Ernst Feist an Carl Ludwig, Vorsteher des Polizeidepartementes, 19.08.1933.
- 105 Ebd., Statuten des Schweizerischen Freundschafts-Verbandes, Centralleitung Zürich, (s. a.), S. 1.
- 106 Ebd., Aktennotiz der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt vom 19.12.1934. Zur engmaschigen Überwachung der Homosexuellen in Basel vgl. auch StABS, PD-REG 8a 1 (1) 4 und StABS, PD-REG 1a 1950-1905. StABS, PD-REG 1a 1950-1905.
- 107 Vock, Anna (Hg.): Schweizerisches Freundschafts-Banner, Zürich 2 (13), 1934, Titelseite.
- 108 StABS, PA 925a B 4-2-II 4, Arbeitsausschuss der Künstlervereinigung, Sitzung vom 30.06.1937.
- 109 Kunstsammler Alfred Bader, zitiert in: Bitterli 1999, S. 75.
- 110 Bitterli 1990, S. 29–30.
- 111 Bitterli 1999, S. 64–77. Zudem Christ 1983, S. 31–41.
- 112 Rosebrock 2022, S. 139–144.
- 113 Rotzler 1983, S. 145.
- 114 StABS, PA 925a B 4-2-II, Statuten des Club 33.
- 115 Höfliger-Griesser 1983, S. 64.
- 116 StABS, PA 925a B 4-2-II 4, Arbeitsausschuss der Künstlervereinigung, Sitzung vom 30.06.1937.
- 117 Ebd., Protokoll der Generalversammlung des Clubs 33 vom 25.03.1942.
- 118 Höfliger-Griesser 1983, S. 64.
- 119 «Klagemauer» meint die Stützmauer vor dem Historischen Museum Basel mit Blick auf den Barfi, die 1979 durch eine Freitreppe ersetzt wurde. Debatte, Prozess und Konsequenzen der Kunstaktion sind detailliert beschrieben in: Schubarth 1983.
- 120 StABS, JD-REG 1c 12-0-4.
- 121 N. N. (Reg.): Kurt Fahrner – Shinto Bérénice, Basel 1965.
- 122 B. A. S. [Bernhard A. Scherz], in: NZ, 24.05.1965.
- 123 Meier 1998, S. 23.
- 124 Flugblatt «Die Spectro-Machie», 30.04.1969, zitiert nach: Meier 1998, S. 23.
- 125 Frank, in: Arbeiterzeitung, 05.05.1969.
- 126 Meier 1998, S. 23. Vgl. auch Privatarchiv Fahrner, Vereinsinterne Abmachung in der Spectro-Machie, 26.04.1969 und Archiv GGG, Notiz über das heutige Gespräch im Drop-in, 09. 11.1971.
- 127 Kreis 2000, S. 286–293.
- 128 Piñeiro; Winzeler 2017, besonders S. 52–70. Weitere im Abschnitt verwendete Literatur: Weichler 1987, S. 297–309. Rudin 2019, S. 294–297.
- 129 Zahlreiche Beispiele sind zu finden im Hand- und Adressbuch «Freii Sicht uff Basel»: Helmy; Wüthrich 1982.
- 130 Zur Achtundsechzigerbewegung in Basel vgl. Stibler 2018. Zur «Arena»: Lachenmeier 2002.
- 131 Interview mit Ruedi Bachmann in: «Eigennutz gegen Allgemeininteresse», Antenne, SRF, 30.05.1972.
- 132 Lachenmeier 2002, S. 40.
- 133 Einen Überblick über die kritischen Schriften von Lucius Burckhardt zur Basler Stadtplanung bieten: Ritter; Schmitz 2022.
- 134 Informationsschreiben einer «Arena»-Arbeitsgruppe vom 24.09.1969, zitiert nach: Lachenmeier 2002, S. 20.
- 135 Lachenmeier 2002, S. 20–21.
- 136 «Konferenzsaal-Gespräch», in: BN, 10.10.1969, zit. nach Straumann 2000, S. 21.
- 137 Interview mit Pierre Gürtler, 17.07.2007.
- 138 Zitat: Trüeb; Miescher 1988, S. 115. Krebs 2009, S. 45.
- 139 Zur Geschichte des Sommercasinos vgl. Platz 2014.
- 140 JuAR Basel 2017, S. 5.
- 141 -minu [Hans-Peter Hamel], in: NZ, 18.01.1971. Im Abschnitt verwendete Literatur: Piñeiro; Winzeler 2017, S. 58–59.
- 142 «Die Sackgasse – Das Drogenproblem in der Schweiz», Dossier Gegenwart, SRF, 01.12.1972.
- 143 Resolution der AJZ-Vollversammlung vom 04.03.1972, zitiert nach: Haefelfinger; Strub 1974, S. 131.
- 144 Piñeiro; Winzeler 2017, S. 67.
- 145 Flugblatt zur Schliessung des AJZ, zitiert nach: Haefelfinger; Strub 1974, S. 134, Hervorhebung im Original.
- 146 Dazu auch: Piñeiro; Winzeler 2017, S. 68–70. Zudem: Baumeister 2019.
- 147 Zur Wärme- und Kältemetaphorik im Alternativmilieu siehe: Reichardt 2014, S. 186–203.
- 148 Zeitgenössisch dazu: Stadler; Bohren; Steiner u. a. 1980. Neuer: Piñeiro; Winzeler 2017, S. 70–91.
- 149 Zur neuen Qualität der Demonstration nach 1968: Skenderovic; Späti 2012, S. 114–116.
- 150 Ausführlich dazu: Piñeiro; Winzeler 2017, S. 103–143. Siehe auch Manz; Gaçon: «Es herrscht wieder Frieden im Land», Basel 1981.
- 151 StatJB 1984, S. 175.
- 152 Zur Problematik der Unterscheidung von «alter» und «neuer» Frauenbewegung vgl. Schulz; Schmitter; Kiani 2014, S. 9–10.

- 153 Ebd., S. 29.
- 154 Zum Frauenzentrum in Genf: ebd., S. 78.
- 155 «Alle für ein Frauenzentrum», in: Sonderheft Frauenmagazin Emanzipation 1, Oktober 1976.
- 156 StABS, PA 994 B 1, Unterdossier «AFZ Aktionsgruppe Frauenzentrum BS»: Flugblatt «Rote Zora», undatiert [1975–1978].
- 157 StABS, PA 791b E 7, Dossier «Organisation»: «Konzept der Aktion Frauenzentrum (AFZ)», 1978.
- 158 StABS, PD-REG 1c 5 (1) 56, Aktennotiz Leiter Sicherheitsabteilung, Pol. Hptm. Fassbind, vom 14.03.1977.
- 159 Ebd., Flugblatt von «Frauen kämpfen mit» (Basel) und «Femmes en lutte» (Lausanne), undatiert [Februar/März 1977], sowie Presse-Communiqué der Frauenzentrale Basel, 22.03.1977.
- 160 Ebd., Schreiben von Regierungsrat Lukas Burckhardt an Sozialpädagogischer Dienst der Basler Schulen vom 18.03.1977.
- 161 Ebd., Schreiben von Susanne Jenny, Frauenzentrale Basel, an Regierungspräsident Arnold Schneider, 25.02.1978.
- 162 Helmy; Wüthrich 1984, S. 30.
- 163 «Neue Frauenberatungsstelle in Basel», in: Emanzipation 2, 1979, S. 15.
- 164 StABS, PA 994 B 1, Unterdossier «AFZ Aktionsgruppe Frauenzentrum BS»: Protokoll der Vollversammlung der Aktion Frauenzentrum, 30.08.1977.
- 165 Dazu ausführlich: Piñero; Winzeler 2017, S. 125–129.
- 166 Einen detaillierten Überblick über die Gay-Treffpunkte und -Aktivitäten in Basel gibt: Huber 2019a.
- 167 Trüeb; Miescher 1988, S. 106 ff.
- 168 Schlusssatz im Film von Rosa von Praunheim: «Nicht der Homosexuelle ist pervers, sondern die Situation, in der er lebt», Freunde der Kinemathek, Deutschland, 1971.
- 169 Berner; Schubert; Tschamper 2012, S. 9.
- 170 Huber 2019b, S. 4.
- 171 Ebd., S. 111.
- 172 Ebd., S. 111–118. Siehe auch Berner; Schubert; Tschamper 2012, S. 11.
- 173 Huber 2019b, S. 38.
- 174 Trüeb; Miescher 1988, S. 126.
- 175 Kantonsblatt 183.1 (47), 18.06.1980.
- 176 Kouril 2019, S. 5.
- 177 Gasser 1984, S. 202–208.
- 178 StABS, PA 1110a J 4 (1), Konzeptdossier «ENT-STOH-LOH», 1973.
- 179 Ebd., S. 7 ff.
- 180 Im Abschnitt verwendete Literatur: Küchler; Rettenmund 2005, S. 4 f., 12 und 25–28. Berger; Bind; Zutavern 2010, S. 95–139. «50 Jahre habs» 2022. Ausserdem: Berger; Quartierfilmgruppe Kleinbasel: «Im Juni 1977 wurde den Mietern am unteren Rheinweg 44, 46, 48 und an der Florastrasse 36, 38, 40, 42, 44 die Wohnung gekündigt» und «Mir Bsetze – Die Geschichte eines Kampfes». Tréfas 2022, S. 123–131.
- 181 Schneider-Sliwa 2003, S. 34.
- 182 «Mit Gewalt oder Geschenken gegen illegale Besetzer?», SRF, «Arena», 12.11.1993.
- 183 Janett; Platz, in: Basler Magazin, 02.05.1992.
- 184 Heinz Huber zitiert in: Häni; Ritter; Silber u. a. 1993, S. 17.
- 185 Ebd., S. 157.
- 186 StABS, PA 1125, Dokumentation Jakob Tschopp-Janssen (1937–2013) zur Werkraumbewegung Basel.
- 187 Walter, in: TagesWoche, 05.10.2015.
- 188 WoZ, 01.02.1991, zitiert nach: Häni; Ritter; Silber u. a. 1993, S. 156.
- 189 Bürgin; Cabane 1999, S. 12 ff.
- 190 Ebd.
- 191 Shuler, Benjamin, in: WoZ, 05.08.2004.
- 192 Jirát, Jan, in: WoZ, 21.02.2013.
- 193 Cabane 2014, S. 21. EspaceSuisse, [https://www.densipedia.ch/zwischenutzung-nt-areal-basel-aktiv,abgerufen am 11.07.2024](https://www.densipedia.ch/zwischenutzung-nt-areal-basel-aktiv,abgerufen%20am%2011.07.2024).
- 194 Zur Entwicklung, Einordnung und Bewertung des nt/Areals siehe auch Berger 2011.
- 195 Rosch, in: bz, 25.03.2015.
- 196 Cabane 2014, S. 23.
- 197 Kreis 2000, S. 293.
- 198 Reckwitz 2012, S. 269–312.
- 199 Rossé; Meury 1989.
- 200 Rossel 2010.
- 201 Ciba SC; Novartis 2000, S. 6.
- 202 Bürgin 1958, S. 90.
- 203 Nienhaus-Meinau 1883.
- 204 Ciba SC; Novartis 2000, S. 6.
- 205 Forter 2000, S. 39–43.
- 206 Grossmann 1950, S. 10.
- 207 Koller; Pletscher 2018. Forter 2023, S. 15.
- 208 Fierz-David; Blangey 1943, S. 120.
- 209 Forter 2023, S. 28–31.
- 210 Novartis Live Magazin 2023.
- 211 Hugger 1984, S. 63.
- 212 Schaad 2003, S. 262–267, Anh. 5–6.
- 213 Müller, zit. nach: Schaad 2003, S. 195.
- 214 ETAD 1997, S. 25.
- 215 Amt für Umwelt und Energie Basel-Stadt (AUE BS) 2023.
- 216 StABS, Fischerei B 9, Hans Kreis, Kantonschemiker des Kantons Basel-Stadt: Abschrift des Gutachtens an das Eidgenössische Oberforstinspektorat betr. Verunreinigung des Rheinwassers durch chem. Fabriken, Basel, 1903.
- 217 Ciba-Geigy; CSD 1988.
- 218 AUE BS, undatiert.
- 219 StABS, Bauacten U1, Basel-Stadt, der Kantonsingenieur an den Vorsteher des Bau-
- departements: Bericht, 25.05.1916. Forter 2019, S. 54, 68–70 und Karte 1.
- 220 Forter 2000, S. 161–260. Forter 2010, Karte 8.
- 221 StABS, BD-Reg 1 A 604–5, Schreiben des Kantonsingenieurs an den Vorsteher des Baudepartements des Kantons Basel-Stadt betr. Abwasserreinigungsanlagen für Basel-Stadt, 17.05.1943.
- 222 Forter 2000, S. 74–152.
- 223 Ciba SC; Novartis 2000, Beilage 4, S. 1.
- 224 Wo im Klybeck welche Abwasserröhren undicht waren, vgl. Ciba-Geigy 1982.
- 225 Ciba SC 1999, S. 2.
- 226 Ciba SC; Novartis 2000, Beilage 4, S. 1 und Beilage 5, S. 1.
- 227 Forter 2023, S. 27, 32 und 35.
- 228 Ebd., S. 37–39.
- 229 Ciba-Geigy 1988, S. 2.
- 230 Hervorhebungen im Original, Novartis; Ciba SC 1996, S. 13.
- 231 Forter 2019, S. 54 und 63.
- 232 «Pharmakonzern Novartis verkauft seinen Teil des Klybeckareals», in: SRF 2019. «Auch BASF trennt sich vom Klybeck-Areal», in: bz Basel, 03.07.2019.
- 233 «Ein neues Basel entsteht», in: Handelszeitung, 04.06.2020.
- 234 Forter 2023, S. 63–74.
- 235 Basel-Stadt, Amt für Umwelt und Energie, 2009.
- 236 Geotechnisches Institut 2020, S. 17.
- 237 Basel-Stadt, Regierungsrat, Regierungsratsbeschluss vom 02.05.2023, S. 2.
- 238 Basel-Stadt, Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt (WSU), Medienmitteilung vom 24.11.2023.
- 239 Lonza; Arcadis 2021, S. 71–72.
- 240 Interview des Autors mit Peter Donath, 27.10.2011. Watson, 01.11.2016.

